

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Wochenpreis 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
vierteljährlich 3,30 Mk., halbjährlich 6,60 Mk.,
jährlich 13,20 Mk. Post- und Transportkosten
sind eingeschlossen. Einzelne Nummer 5 Pfg.
Sonntagsnummer mit Illustration Sonntag-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragene in die Post-Zeitungs-
Preisklasse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostpreußen 2 Mark,
für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (setz-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Wochentag über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inletzte für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Beendigung des Generalstreiks.

Rom, den 19. September. (Fig. Ver.)

Nachdem die Regierung dem Bürgermeister von Mailand die weitgehendsten Erklärungen abgegeben hat und sich verpflichtet hat, von der Verwendung von bewaffneter Macht bei Streiks abzusehen, beschloß das Mailänder Central-Komitee der Gewerkschaften Italiens die Wiederaufnahme der Arbeit, nachdem der Protest dreimal 24 Stunden gedauert hatte. So wenigstens heißt es in einem gestern abend der römischen Arbeitskammer zugesandten Telegramm, das Cabrini, Murialdi und Duaglio unterzeichnet ist. Bald darauf wurden zwei weitere Telegramme aufgegeben, in denen es hieß, daß die Entscheidung der Central-Kommission von der Mailänder Volksversammlung nicht angenommen und die Fortdauer des Streiks bis Mittwoch, den 21. d. Mts. abends, beschlossen worden sei. Diese Telegramme wurden erst heute mittag der römischen Arbeitskammer übergeben. So wurde das Telegramm der General-Kommission, die ja in der That die höchste Instanz darstellt, für Rom maßgebend und bestimmte die hiesige Arbeitskammer, ganz unvernünftig, die Wiederaufnahme der Arbeit zu dekretieren. Sollte sich etwa das Telegramm der General-Kommission als gefälscht erweisen, so hätte Giolitti eine Rechnung mit dem Proletariat zu begleichen, um die ihn niemand beneiden wird. In einigen Städten kam dies Telegramm schon gestern nachmittag an, wurde aber von den Arbeitskammern als verdächtig abgelehnt.

In Rom wurde also heute früh — mit einigem Wurren — die Arbeit wieder aufgenommen. Um 7 Uhr erschienen schon die ersten Zeitungen, nur der „Avanti“ wartete die übliche Stunde — 7 Uhr abends — ab, was jedenfalls nicht gerade zweckmäßig war. Wir erfahren, daß die hiesigen städtischen Schulleute sich geweigert haben, die Trams zu führen, obwohl 70 von ihnen die erforderlichen Patente besitzen. Sie sagten, die Herren sollten zufrieden sein, daß sie nicht auch streikten, die Trams zu führen, dafür dankten sie. Außer dem Trams- und Profanstreik war der der Straßenkehrer am sichtbarsten: die häuslichen Abfälle, deren Abfuhr aufgehört hatte, türmten sich auf den Straßen in einer Weise, daß außer den Katzen niemand seine Freude daran haben konnte.

Was die Verwendung der Truppen und Polizei betrifft, so hat man sie in den meisten Orten sehr beschränkt; auch benehmen sich die Herren recht anständig. Ein Arbeiter sagte uns, er hätte noch nie in seinem Leben so viel freundliche Worte von den Polizisten gehört wie gestern. Einem Carabinieri wurde eine Kopfwunde beigebracht, er zog blank, aber zwei Offiziere fielen ihm in den Arm und beschworen ihn, ruhig zu sein.

In Turin und in Genua hat trotz allem die Polizei von der Waffe Gebrauch gemacht und in beiden Städten ist ein Menschenleben ihnen zum Opfer gefallen. Die Polizei hat nichts gelernt und nichts vergessen. Es wird längere Zeit erfordern, ehe es den im alten Geist erzogenen Polizisten in Fleisch und Blut übergeht, was der Polizei eines Kulturlandes obliegt. In Turin wurde der Polizist durch einen Steinwurf am Anke verletzt, zieht den Revolver und schießt den nächsten Arbeiter nieder; die Kugel dringt durch den Mund und führt den sofortigen Tod herbei. Es ist ein wahrer Wunder, daß es nicht zu einem blutigen Aufstand kam, denn die Menge wurde bei dem Anblick des Blutes von rasender Wut gepackt. Man wollte die blutüberströmte Leiche in die Arbeitskammer tragen, und es gelang der Kavallerie nur mit unendlicher Mühe, die Menge zu bestimmen, den Toten in die Leichenhalle tragen zu lassen. Ein endloser Zug von Arbeitern folgte der von der Kavallerie umgebenen Leiche.

In Genua ist gestern nacht ein Arbeiter, der mit andern Genossen den General Escard veranlassen wollte aus dem Wagen zu steigen, von einem Polizisten erschossen worden. Einzelheiten fehlen. In den andern Orten scheint kein Geringes vorgekommen zu sein. Man spricht von blutigen Konflikten in Medicina in der Romagna.

In folgenden Städten hat man, soweit bis jetzt berichtet wurde, gestreikt oder streikt noch heute: Monza, Como, Padua, Parma, Alexandria, Vigevano, Sampierdarena, Cornigliano, Spezia, Savona, Vicenza, Faenza, Corchia, Rimini, Forlì, Imola, Reggio Emilia, Poggio, San Mauro, Sestri Ponente, San Remo, Pegli, Ribarolo, Santa Croce (Toskana), Siena, Orbetello, Piombino, Mirandola, Florenz, Neapel, Bari, Spinazzola, Taranto, Volcano, Ancona, Fabriano, Bologna, Terni, Ravenna, Montedera, Pisa, Cesena und Mantua. In den meisten Städten hat der Streik 48 Stunden gedauert; in einigen 30 Städten währt er fort. Das Abschneiden aller Verbindung hat eine gleichzeitige Bewegung nicht aufkommen lassen: Venedig, Neapel, Carrara, Acoli-Picino, Palermo, Messina, Catanzaro beginnen erst heute den Ausstand. Immerhin hat die moderne proletarische Bewegung einen allgemeinen Ausstand, der so gewaltige Arbeitermassen umfaßt, noch nicht gesehen. In Mailand allein streikten 80 bis 90 000 Menschen, in Ligurien etwa 60 000, und es handelte sich um Streiks, die mit so eigener Konsequenz durchgeführt wurden, daß die Parteigenossen all ihren Einfluß aufboten, um die Totengräber und Krankenwärter zur Fortsetzung ihrer Thätigkeit zu bewegen.

Natürlich kann man zur Zeit noch nicht das Facit des Streiks ziehen. Soviel ist sicher, daß er eine gewaltige Manifestation der proletarischen Kraft und Disziplin

war, die der größte Optimist in Italien nicht erwarten konnte. Eine Bewegung, die ohne Vorbereitung für ein soziales und politisches Recht einer Klasse solche Kraft aufbieten kann, ist eine Macht im Lande. Überall ist die Arbeit nur auf Beschluß der Organisation und von allen Streikenden gemeinsam wieder aufgenommen worden; nirgends ist die Bewegung verkrüppelt, nirgends an Erschöpfung oder Unlust erloschen, sondern überall beendet worden in der vollsten Kraft, als wollte man sagen: „Wir wollten Euch zeigen, was wir können. Ihr habt eine Probe und das genügt für diesmal.“

In hohem Maße war der Streik überall erschwert durch die Sorge, die Anarchisten könnten Unruhen begeben. Das Unterdrücken der Tagespresse war ein Fehler. Die Unfähigkeit, sich der Telegraphen zu bedienen, eine wesentliche Schwäche.

Trotz alledem hat die Bewegung die Regierung im höchsten Maße in Verlegenheit versetzt und wird ihr noch böse Stunden bereiten.

Die äußerste Linke hat gestern in Mailand folgende Tagesordnung angenommen:

Die in Mailand vereinigten Abgeordneten der äußersten Linken konstatieren mit lebhafter Befriedigung das hochherzige Erwachen der Volksenergien zur Verteidigung des Rechtes der Arbeiter, sie geben ihre feste Absicht kund, die sofortige Einberufung des Parlaments zu fordern, um über die Aktion der Regierung und die aus ihr entspringende Verantwortlichkeit zu verhandeln, und erklären die brutale Repression der letzten Zeit als der Regierung eines Kulturlandes für unwürdig und daher das Fortbestehen des Ministeriums für unzulässig, und verpflichten sich, geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, die den Mißbrauch der Waffen von Seiten der bewaffneten Macht ausschließen und den Schuldigen exemplarische Strafen sichern, einschließlich, die Disziplin dieser Maßnahmen mit allen Mitteln, eventuell auch durch die Obstruktion, durchzuführen.

Albertelli, Antolisei, Bossi, Cabrini, Caratti, Chiesa, Credaro, De Andreis, Dell'Acqua, Girardin, Rollini, Ruggato, Majano, Manzato, Morgari, Rossi, Olivieri, Pellegrini, Pennati, Pozzani, Lombardi, Ruffoni, Taroni, Todeschini, Turati.

Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Sozialisten. — Von dem Rufen und den Lehren des Streiks in ruhigerer Stunde!

„Die Freie Deutsche Presse“, vordem die „Freisinnige Zeitung“, kann es natürlich wieder nicht unterlassen, in häßlicher Weise zu bemerken, daß der Streik „in den letzten Tagen“ liege. Auch sonst macht sie zu dem Streik ihre geinenden Glossen. Demgegenüber seien einige Bemerkungen registriert, die die Wiener „Zeit“ über den Generalstreik und seinen Ausgang macht. Die „Zeit“ wirft allerdings die Frage auf, ob diesmal der Anlaß ausreichend zur Inscensierung einer so gewaltigen Demonstration gewesen ist, habe es doch den Anschein, als ob Giolitti, das heißt die Regierung, die Verantwortung für die blutigen Polizeithaten weniger treffen, als einige subalterne Deliquente. Immerhin kommt die „Zeit“ zu der Ansicht, daß der Demonstrationstreik seinen Zweck erreicht habe und imposant verlaufen sei. Sie schreibt:

Der Generalstreik sollte eine imposante Demonstration im Interesse eines großen Princips sein, des Princips der Nicht-Intervention der staatlichen Gewalten in den periodisch wiederkehrenden Zusammenstößen dieser beiden wirtschaftlich antagonistischen Interessengruppen. Die Demonstration hat ihren Zweck erfüllt: Der Ministerpräsident Giolitti hat in einer Depesche an den Bürgermeister von Turin feierlich erklärt, daß er an seiner vor drei Jahren abgegebenen feierlichen Erklärung festhalte, die absolute Streikfreiheit respektieren zu wollen und beifriedlichen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit nicht zu intervenieren. Damit haben sich die Generalstreiker zufriedengegeben.

Die Arbeiterschaft Italiens hat eine, vielleicht überstürzte, aber glücklicherweise erfolgreiche Kraftprobe abgelegt. Sie scheinen jedoch rechtzeitig zum Bewußtsein gelangt zu sein, daß der Anlaß dazu kein vollauf berechtigter, kein ganz opportuner gewesen sei. Deshalb dürften sie sich mit dem bescheidenen Zugeständnis Giolittis gern und rasch bescheiden haben. Denn das dürfte Italiens Arbeiterschaft schon gelernt haben: daß solch ein Generalstreik, wenn richtig und rechtzeitig benützt, eine mächtige Waffe ist, die sich aber unter Umständen zum gefährlichsten Dummzeig geformt kann.

Man sieht also, daß das Wiener Blatt die italienischen Vorgänge unendlich verständiger beurteilt, als das Organ des Hausrechts des Kapitalismus, des Herrn Eugen Richter.

Wellauf: Wenn die „Zeit“ meint, daß der Generalstreik unter Umständen zum gefährlichsten Dummzeig werden könne, so meint sie damit offenbar, daß die Waffe auf den Absender zurückprallen und ihn selbst schwer verletzen könne. Ein Dummzeig, der auf die Wurfleule, ist aber beinahe eine Waffe, die nach dem Wurf zu dem Werfenden zurückkehren soll, die ihn nicht verletzt, sondern ihm die Möglichkeit zum neuen Wurf giebt. In der That scheint der Streik der italienischen Arbeiter diesmal ein Dummzeig gewesen zu sein. Nachdem die Waffe ihre Wirkung gethan hatte, kehrte sie in die Hand des Proletariats zurück, das sich ihrer gegebenenfalls von neuem zu bedienen vermag.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September.

Ein schöner Fall.

Die Verhandlungen des Parteitages über den Fall Schippel haben Herrn v. Gerlach zu einem raffinierten Genusse verholfen, den er nach Feinschmeckerart in behaglicher Sorgfalt lang und langjam durchkostet.

Da hat er erstens den „kühlen, logischen, wissenschaftlich überlegenen“ Schippel, der in großer Rede auf ansehnliche Höhe steigt. Aber schnell, damit's kräftiger schmeckt, ein Prische Paprika drauf: Die Unteroffiziere der Partei können die Selbstverständlichkeit wissenschaftlicher Ueberlegenheit nicht vertragen; sie werden wild.

Dann wieder ein Schlächten kareu Schippel, darauf ein kräftiger Schluck jammervolle Kleingeister, denen wissenschaftliche Beweisführung einfach Sanktgeist ist.

Jetzt Rebel: „Selbst Rebel!“ Also eine bessere Mittelorte, aber immerhin: Sein Mangel an Fähigkeiten zu objektiver Würdigung macht auf Gerlach doch einen zu kläglichen Eindruck. Es wird ihm übel. Darum schnell etwas Wohlthuendes gefunden Menschenverstand hinzu mit klarem Kopfe und tiefem Sinne für Gerechtigkeit; v. Elm ist es, der das wohlige Behagen des Gourmands wieder herstellt.

Dann einige Platanen drauf. Der „Gemäßigte“ Bernstein als schärfster zollpolitischer Gegner Schippels, aber doch tolerant wie der ultraradikale Paplow. Kautsky, unansehnlich liberal; und nun noch einmal eine scharfe Würze. Die Verständnislosigkeit der Gegner Schippels, die sich in ausgetretenen Geleisen bewegt, noch ein Städchen Antizid, Waffensunderreiner, und nun, um die Ueberzeugung nicht zu weit zu treiben, in mäßigem Abfall über einige weniger charakterisierte Verteidiger Schippels wieder die konzentrierte Schippe: Schippel selber, der „mit Eleganz und tadelloser Sicherheit“ seine Gegner „absieht“? Oh, wie das stört! Da muß Redebour noch einen Genuß dazu leisten, indem er anfangs so bedeutend spricht, daß er „für das Gros der Delegierten entschließen zu hoch“ war.

Aber mit Redebour ist der Schmaus so gut wie am Ende, drum muß dieser schließlich in „leichter Oberflächlichkeit“ verfallen und darauf kommt der kräftige, gegen Magenbeschwerden schützende Schluck der Abstimmung, der die Annahme der „gehässigen“ Resolution Rebel mit dem bitteren Zusatz Freenthaler zur Folge hat.

In befriedigter Ruhe sßt nun der literarische Cabarettist in seinem Logenstuhle und hält — sich für einen großen Politiker. Ist aber nichts weiter wie ein kindisch herausgeputzter eifriger Schwärmer, der aus der Politik ein zierliches Spiel machen möchte. Leider findet er keine Mitspieler.

Somit beschäftigt sich noch das „Berliner Tageblatt“ mit dem Fall Schippel. Es findet im hohlen Verein mit der „Freisinnigen Zeitung“ des Lobbericher Müllers das Verhalten des Parteitages in diesem Fall schwächlich, den Beschluß nennt es ein Fiasko und Rebel einen blamierten Europäer.

So ist das nun. Einmal sind wir intolerante Feinde jeglicher Meinungsfreiheit, das andre Mal elende Schwächlinge, die sich vor den Posten am blamieren.

Die „Tägliche Rundschau“ ruft im Gegensatz zum „Tageblatt“: „Wehe der Wissenschaft!“ auch aus Anlaß des Falles Schippel.

Auch die „Konservative Korrespondenz“ teilt der Kreisblatt-Presse mit, daß sie von dem „grausamen Schicksal“ Schippels schreiben könne.

Die übrige Meute wird wohl morgen erst losgelassen werden. —

Deutsches Reich.

Untersuchungshaft.

Vor einiger Zeit berichteten wir über das Verleumdungsverfahren gegen den Redakteur eines lokalen Blattes in Königsberg, des „Zopper“. Durch einige Gedächtnis mit dunklen Andeutungen über fittlich bedenkliche Vorgänge, an denen ungenannte Personen beteiligt sein sollten, fühlten sich der Oberstaatsanwalt, der Gerichtsarzt Dr. Ruppe und der Polizeipräsident in Königsberg beleidigt und haben Strafantrag gegen den Redakteur Wefelin gestellt.

In der Folge wurde der Redakteur in Untersuchungshaft genommen. Kollisionsgefahr kann nicht vorliegen, denn die objektive That, die Veröffentlichung der in Rede stehenden Artikel, und die preßgesetzliche Verantwortlichkeit des Redakteurs stehen außer Frage.

Die Untersuchungshaft wurde mit Muthveracht begründet. Da es sich aber nur um ein Preßvergehen handeln kann und der Angeklagte Frau und Kinder hat, ist die Annahme des Muthverdachts ebenfalls grundlos.

Die Verhaftung macht deshalb um so größeres Aufsehen, als dem Verhafteten durch den Urtic eines Fremden kurz zuvor angeündigt wurde, daß seine Verhaftung beschlossene Sache sei und nur noch die Begründung „ausgehört“ werden solle.

Als sich diese Warnung als begründet erweisen und Wefelin verhaftet worden war, hat er sofort Beschwerde erhoben mit dem Erfolge, daß die Beschlußkammer des Landgerichts den Haftbefehl als unbeantragt aufhob.

Dagegen hat indes der Staatsanwalt das Oberlandesgericht angerufen und dieses hat nun den Haftbefehl wieder herbeigeholt.

Nun ist klar, daß jetzt die Begründung mit Muthveracht erst recht haltlos ist, denn wenn der Redakteur an Muth dachte, dann hätte er inzwischen Zeit genug gehabt zu fliehen. Wenn man den Mann trotzdem in Untersuchungshaft genommen hat, so liegt die Vermutung nahe, daß die Untersuchungshaft mißbräuchlich angewendet wird.

Auch aus den Unterbezirken wurde kürzlich ein Fall seltsamer Begründung der Untersuchungshaft bekannt. Aus Anlaß eines Streiks ist dort ein Landfriedensbruchprozeß eingeleitet und über mehrere Angeklagte Untersuchungshaft verhängt worden. Die Be-

Schwerde dagegen wurde abgewiesen mit der Begründung, daß die Annahme der Kollisionsgefahr in Rücksicht auf die dort zur Zeit bestehenden Streitverhältnisse berechtigt sei. Ein bestehender Streit kann unmöglich Einfluß haben auf die prozessuale Kollisionsgefahr ist die Gefahr, daß ein Angeklagter Beweismittel auf der Seite schaffen oder Zeugen zu beeinflussen versuchen könnte. Inwiefern diese Gefahr erhöht wird durch den Umstand, daß ein Streit am Orte besteht, ist ganz unerfindlich.

Die beiden Fälle verdienen ernsthafte Beachtung als Material zur Reform der Vorschriften über die Untersuchungshaft. Die Untersuchungshaft hat in den genannten Fällen ganz offenbar gar nichts zu thun mit dem ihr zugewiesenen Zwecke, die Verhaftung Schuldiger zu sichern. Sie erscheint hier vielmehr als ein Mittel, Strafe unter allen Umständen zu verhängen.

Zur Nachwahl in Jerichow I. und II., die durch den Tod des Fürsten Herbert Bismarck veranlaßt wird, stellen diesmal die Antisemiten einen Kandidaten auf in der Person des Rechtsanwalts Dr. Boblfarth in Genthin, der für die Antisemiten mehrmals in der Westpreignitz kandidierte.

In Jerichow hat noch niemals ein Antisemit kandidiert. Der Kreis geht zu denjenigen, die 1903 von der freisinnigen Volkspartei an die Reaktion ausgeliefert wurden. In der Hauptwahl erhielt Bismarck 10 430 Stimmen, unser Genosse Voigt in Gommern 8140 und der freisinnige Lehrer Werten in Berlin 6180. In der Stichwahl erhielt Bismarck 14 665 und Voigt 9742 Stimmen.

Unserer Kandidat natürlich wieder Genosse Voigt. Andre Kandidaten sind noch nicht benannt.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ macht sich große Hoffnungen.

Die Kalkwasserkur in Altona, die den schaulustigen Gutgesinnten gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers verlegt wurde, hat zu dem patriotischen Märchen Anlaß gegeben, der Kaiser habe die dortige Polizeibehörde getadelt und die Bestrafung einzelner Beamten veranlaßt.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ stellt feierlich fest, daß an dieser Geschichte kein wahres Wort sei. Die „Norddeutsche“ kommt da in die ungewohnte, ihr sicher aber sehr angenehme Lage, daß wir ihr ausnahmsweise einmal glauben.

Das Kommunal-Wahlrecht verächtlicht. Eine neue That hat der Liberalismus in Königsberg vollbracht, die sich würdig den andern Thaten anschließen kann. Im Frühjahr wurde bekannt, daß der liberale Magistrat allen denen das Wahlrecht nehmen will, die zwar ein Einkommen von 600—900 M. haben, aber infolge zu großer Einbeziehung oder aus sonstigen Gründen keine Steuern zahlen. Er hat das auch tatsächlich durchgeführt, indem er solche Personen nicht mehr in die Wählerlisten aufgenommen hat. Er begünstigt sein Vorhaben auf zwei Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts und befürchtet, falls er nach der bisherigen Weise weiter wählen läßt, daß die Wahlen mit Erfolg angefochten und für ungültig erklärt werden könnten. Es hatten nun mehrere Bürger, die von der Entscheidung betroffen waren, Einspruch gegen ihre Nichtaufnahme in die Wählerlisten erhoben, um die Angelegenheit zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen. Sollte der Magistrat mit seiner Ansicht durchdringen, so würden Hunderte von Bürgern — meist Arbeiter und Handwerker — das Wahlrecht verlieren und die besitzlose Klasse noch rechtloser als bisher gemacht werden. Am Dienstag hat sich die Stadtvorordneten-Versammlung mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, die Einsprüche als unbegründet zurückzuweisen. Selbst die Waldedler traten für die Wahlrechtsverschlechterung ein. Doch unsere Genossen hatten die Antwort bei der Hand. Sie stellten den Antrag, die Bürger, die ein Einkommen von 600—900 M. haben, gänzlich von der Gemeinde-Einkommensteuer zu befreien. Dieser Antrag soll in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung kommen.

Bauspöcher.

Aus Straßburg i. El. wird berichtet: Bei einem Straßburger Rechtsanwalt ist ein junger Mann bayerischer Nationalität als Richter angestellt, der Livree trägt. Der Wursche machte unlängst eine Besorgung per Rad, als ihm ein Fähnrich begegnete. Der Fähnrich hielt den Richter des Rechtsanwalts nicht nur für einen Militärburischen, sondern auch für seinen Untergebenen, und rief ihn mit sehr schändlicher Stimme zu sich heran. Der gutmüthige Bayer kam heran, weil er an nichts Böses dachte, wurde aber wegen Unterlassung des Grußes von dem blutjünglichen Fähnrich heftig angehaucht. Aber der Münchener war auch nicht von gestern. Er antwortete mit gutem bayerischen Accent: „Schau Dir die Zeit! doch an! 's is traurig, wanns noch net mal an Militärburischen von an Civilburischen unterscheidn konnt. Nachher blaud daham und studier' Dei Injuraktion!“ Auf diesen Gruß war der Fähnrich nicht vorbereitet. In der Erregung rief er einen Rusletier an und gab ihm den Befehl, den Wurschen zu verhaften. Der Rusletier kam dem Befehle nach und schleppte den Wurschen, den man vom Rade heruntergerett, nach der nächsten Kasernenwache. Nach Feststellung der Personalien wurde er entlassen, nicht ohne daß der Münchener dem Herrn Fähnrich angelündigt hatte, daß er sich die Verhaftung nicht würde gefallen lassen. Bald darauf erschien der Fähnrich in der Wohnung des Rechtsanwalts und suchte den Wurschen zu bestimmen, die Sache zu vergleichen. Der Wursche sollte wenigstens um Verzeihung bitten wegen Beleidigung des Fähnrichs, wegen des gut bayerischen Duzens usw. Der Wursche ließ sich auf diesen Vergleich nicht ein, sondern eröffnete dem Fähnrich, daß er den Fall dem Regiment mitteilen würde. Der Wursche begab sich zum Regimentskommandeur, doch bei diesem kam er erst vor die richtige Schmitze.

Der Fähnrich, so soll der Herr Regimentskommandeur dem Diener erwidert haben, wäre berechtigt gewesen, ihm wegen Beleidigung sofort das Seitengewehr in den Bauch zu stoßen. Der Herr Regimentskommandeur hätte ihn sofort angepöcht, wenn ihn der Wursche so beleidigt hätte. Im übrigen werde Strafverfolgung wegen Beleidigung gestellt werden.

Das sind ja nette Ansichten eines Regimentskommandeurs über Recht und Gesetz. Selbst in Militärtraktatprozeßbüchern steht kein Wort davon, daß ein Offizier das Recht hätte, jemanden wegen Beleidigung einfach abzustechen wie ein Kalb, noch dazu einen Civilisten und noch dazu, wenn die sogenannte Beleidigung höchstens eine Entwürdigung auf der Stelle“ für eine vorausgehende Beleidigung ist. Wie denn, wenn der Wursche, der doch zuerst beleidigt wurde, für sich das Recht in Anspruch nahm, den Fähnrich sofort anzuspöchen? Das hätte ein schönes Geschrei über Wesserbelden und „Verordnung der untern Volksklassen“ gegeben. Im umgekehrten Falle nennt man's feiner. Ehrenmüthe sagt man wohl in solchem Falle. Ist aber ja doch dafselbe, was man bei einem gewöhnlichen Civilisten Wesserbeldentum nennt.

Sarabafisches.

Unter den von der Verteidigung im Hilger-Krämer-Prozess geladenen Zeugen befand sich auch der Flaschenhändler Julius Drexler aus Ralswiek. Derselbe hatte vom Vergart Müller seiner Zeit die Erlaubnis erhalten, Bier in den Schlafhäusern zu verkaufen, was er auch 12 Jahre hindurch unbeanstandet gethan hat. Der Handel fand übrigens nicht auf Grubenterrain statt, sondern Drexler brachte das Bier den Leuten auf Bestellung und diese holten es sich von seinem Wagen weg ab. Da kam Vergart Wiggert. Dieser wollte darauf hin, daß die Leute ihr Bier aus der Schmitzischen Brauerei kauften, und Herr Wiggert ist zufällig der Schwiegerjohn des Brauereibesizers Schmitz. Drexler bekam das sofort zu fühlen. Selbst der Gendarm Wallzeig wurde gegen ihn mobil gemacht und sollte ihn in Strafe bringen. Dabei that sich ganz besonders der Schlafhausmeister Bremer hervor, indem er den Gendarmen direkt aufforderte, er solle machen, daß er den Drexler hinausbringe. Auf die erstaunte Frage weshalb meinte Bremer: „Ach, so ist das ja

nicht, Drexler könnte so viel verkaufen wie er wollte, wenn er Schmitzisches Bier hätte, dann hätte der Chef (Wiggert) nichts dagegen.“ Durch diese echt saarabafischen Manipulationen wurde Drexler gezwungen, seinen Handel ganz aufzugeben, da er nicht öfter wie sechs Mal hietwegen bestraft wurde. Herr Wiggert hatte also die Genehmigung, einen armen Teufel um seine Erlöse gebracht zu haben. Drexler versuchte nun, gegen Wiggert Schadenersatzklage zu stellen. Bezeichnenderweise wurde er jedoch zum Armenrecht nicht zugelassen, und da er selber verarmungslos ist, so waren ihm gleichsam die Hände gebunden. Nun nahm Drexler seine Zuflucht zur Presse, um den Vergart Wiggert zur Klagestellung gegen ihn zu zwingen. Die „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ brachte zwei Artikel, in denen Herrn Wiggert seine Handlungsweise zum Vorwurf gemacht wurde. Letzterer war unterdessen zum Geheimrat befördert und nach Schlesien versetzt worden. Drexler schickte ihm die beiden Nummern eingeschrieben; das Gleiche geschah auch Hilger gegenüber. Doch reagierte weder Herr Wiggert noch Herr Hilger auf diese Anspaltungen. Nach all diesen Mißerfolgen war Drexler noch nicht genug, sich Gerechtigkeit heischend, an den Handelsminister zu wenden und unter Klarlegung der Vorgänge und Beilage der betr. Zeitungsartikel denselben zu bitten, daß Herr Wiggert zur Stellung des Strafantrages veranlaßt werde. Geschehen ist nichts. Drexler erhielt nicht einmal einen Bescheid. Der arme hatte offenbar noch nicht genug an den bisher gemachten Erfahrungen, und so richtete er unterm 8. August er. ein Immmediatgesuch an den „obersten Bergbergn“, das nach seinem Inhalt an „Untertänigkeit“ durchaus nicht zu wünschen übrig läßt. Drexler schreibt wörtlich: „Für mich armen Mann bleibt nun nur noch der einzige Weg übrig, mich, vertrauensvoll auf die Güte und Gnade Eurer Majestät, dem Throne Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät mit meiner Bittschrift zu wenden. Eurer Majestät bitte ich ganz unterthänig, mir zur Erlangung meines Rechtes gnädiglich zu verhelfen, indem Eurer Majestät geruhen wollen, die zuständigen Gerichte zur Gewährung des Armenrechtes an mich anzuweisen lassen zu wollen, damit ich meine Klage wegen Schadenersatz gegen den jetzigen Geheimrat Wiggert zum Austrag bringen kann.“

Auch darauf ist bis heute nichts erfolgt.

Zur Lage der Unteren Bediensteten der pfälzischen Eisenbahnen.

Aus Ludwigs-hafen a. Rh. wird uns geschrieben: In den Reihen der untern Angestellten der pfälzischen Eisenbahnen ruhmte es seit Jahren. Bis zum Jahre 1895 war von einer Unzufriedenheit nach außen hin nichts wahrzunehmen, seit diesem Jahre aber ist der Teufel in die Wunde hineingefahren, wie sich unlängst ein höherer Beamter ausdrückte. Und das kam so: In den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges hing es an in den Werkstätten der Pfalzbahnen in Ludwigs-hafen an tüchtigem Personal zu mangeln. Kein Wunder; denn für 220 M. bis 270 M. Tagelohn fanden sich keine tüchtigen Arbeiter. Dazu kam, daß die Arbeit fortgesetzt drängte und daß deshalb auch die Arbeiter gedrängt wurden. Eine Wendung zum Bessern trat infolge des Umstandes ein, daß die Verwaltung von den Arbeitern höhere Leistungen forderte und daß infolge des fühlbaren Mangels an tüchtigen Arbeitern auch „Fremdlinge“ eingestellt werden mußten. Diese letzteren in aller Unschuld mit ihrer Agitation bei den Einheimischen ein und brachten es auch wirklich zur Gründung einer Jahreshalle des Hamburger Verbandes. Ihr Gründer und Leiter war ein Einheimischer, ein Schlosser aus Zweibrücken, der Sohn eines nationalliberalen Führers seiner Vaterstadt, der infolge der alten Freundschaft, die seinen Vater mit dem Chef der Ludwigs-hafener Werkstätte verband, in diese aufgenommen worden war. Diese Schlinge am Busen der Pfalzbahn hatte sich auf feiner Wanderschaft in Norddeutschland, in Berlin und andern Orten, wo er arbeitete, der Arbeiterbewegung angeschlossen und wirkte nun in der Heimat in eifrigster Weise für diese. Seine Agitation hatte die Folge, daß er aus dem Vortrieb hinausflog und daß ein unerhörtes Ereignis auf den pfälzischen Eisenbahnen, ein Teil der Werkstätten-Arbeiter eines schönen Tages Anlaß und Fall die Arbeit einstellte. Herr v. Lavale, der Direktor der pfälzischen Eisenbahnen, sah nunmehr, daß Ernst gemacht werden sollte, und er erklärte sich bereit, den Forderungen der Leute entgegenzukommen. Der pfälzische Bund that sogar noch etwas andres: er ging persönlich in eine Versammlung der unzufriedenen Eisenbahner, um zu hören, worüber sich diese beklagten. Was er aber da alles zu hören bekam, hat ihm offenbar für alle Zeiten die Lust benommen, nochmals in eine Versammlung unzufriedener Eisenbahner zu gehen. Die Redner nahmen kein Blatt vor den Mund und bedienten schonungslos die Sünden der Verwaltung in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse auf. Seitdem hat Herr v. Lavale keine Eisenbahner-Versammlung mehr besucht. Trotzdem ist er seinem Geschäft nicht entgangen: im bayerischen Landtage setzten ihm im letzten Jahrzehnt von einer Tagung zur andern die socialdemokratischen Abgeordneten mit vermehrter Heftigkeit zu und es war insbesondere der Abgeordnete Ehrhart, der es meisterhaft verstand, den schlauen Fuchs einzukreisen, daß er ihm nicht mehr auskam. In einer solch verzweifelten Situation war er wohl auch, als er sich das Gesändnis entschloß, daß er lieber mit organisierten Arbeitern zu thun habe als mit unorganisierten. Und es muß anerkannt werden, daß er der Organisation der Arbeiter bisher keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. Der Hamburger Verband konnte zwar keinen Boden fassen, dafür aber entwickelte sich der Schweinfurter Verband umso kräftiger.

Nichtsdestoweniger ist ihm die Agitation dieses Verbandes entschieden unsympathischer als die des bayerischen Christlichen Verbandes. Während die Leiter dieses Verbandes in den Ludwigs-hafener und Kaiserslauterer Werkstätten die Schöpfung der Meister und Ingenieure sind, wurden die Leiter des Schweinfurter Verbandes in beiden Orten unter den niedrigsten Ständen aus dem Betriebe der Pfalzbahnen hinausgeworfen. Das nahmen die Arbeiter aber doch nicht so richtig hin, als man es sich wohl gedacht haben möchte, und als vor wenigen Wochen der Convent des Verbandes unter Angabe von Gründen, die förmlich an den Haaren herbeigezogen werden mußten, entlassen wurde, veranstalteten sie eine Versammlung, der über 500 Eisenbahner beiwohnten. Neben der Darlegung der ganzen Verhältnisse drachten sie aber auch noch ein reichhaltiges Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse der untern Bediensteten dieses Bahnbetriebes bei, und die Schilderung dieser Verhältnisse lassen es erklärlich erscheinen, daß es gerade die untern Bediensteten sind, die für die Staatsanbahnung dieses Betriebes eintraten.

Während im jenseitigen Bayern die Beamten im inneren Verwaltungsdienste es bis zu einem Höchstentkommen von 4080 bis 5100 M. bringen, erhalten die in den gleichen Dienstverhältnissen stehenden pfälzischen Bahnbeamten nur 3600 M. Diätäre haben einen anfänglichen Tagelohn von 2,20 M.; innerhalb drei Jahren bringen sie es auf 3 M. pro Tag. Wenn der Diätar in das Beamtenverhältnis tritt, muß er erstens vollständig gesund und zweitens militärfrei sein. Sein Gehalt beträgt dann 1100 M. und nach zehn Jahren hat er es bis auf 1600 M. gebracht. — Die Lokomotivführer I. Klasse erhalten 600—700 M. und die Schaffner etwa 300—400 M. weniger als ihre bayerischen Kollegen. Nicht weniger als zweihundert Lokomotivführer warten auf ihre Anstellung, erhalten sie aber nicht. Um zu sparen und die Dividende der Frankfurter Aktionäre der Pfalzbahn zu erhöhen, werden die Leute als Schlosser-Hetzer in den Eisen geführt und erhalten, trotzdem sie den gleichen Dienst verrichten müssen wie die angestellten Lokomotivführer, nur 3,20 M. Tagelohn und Diäten. Diese betragen im Monat höchstens 55 M. Nach 6—7 Jahren Hüftdienst werden sie endlich angestellt. Bahnwärter beziehen bei einer täglichen Arbeitszeit von zwölf Stunden, den oft 2—3 stündigen Gang auf den Posten eingerechnet, monatlich 70,16 M. Innerhalb 25 Jahren bezieht der bayerische Kollege 4200 M. mehr als der Pfälzer. Angestellte Dremsler und Rangierer stellen sich mit allen Bezügen auf 1800 M. pro Jahr. Dremsler, die nicht angestellt sind, erhalten 2,20—2,40 M. pro Tag; nichtangestellte Rangierer von 2,30 M. bis zu 3 M. Tagelohn. Dazu kommen noch für beide Kategorien 18—20 M. Diäten

pro Monat. Streckenarbeiter erhalten im Sommer 2,40—2,60 M., im Winter 2,30—2,40 M. pro Tag. Die Maschinenhaus-Arbeiter erhalten ebenfalls bloß 2,40 M. bis 2,60 M. pro Tag. Die im Accumulatorenbetrieb beschäftigten Arbeiter, deren Arbeit besonders gesundheitsförderlich ist, erhalten 2,90 bis 3,20 M. pro Tag. Die Reiserelente bei den Lokalbahn erhalten bei 13 stündiger Arbeitszeit 2,70 bis 2,80 M. Wirtschaftlich am schlechtesten gestellt sind die Werksstätten-Tageelöhner. In der Kaiserslauterer Werkstätte erhalten die Arbeiter bei dort Beschäftigten 2,76 M. In Ludwigs-hafen, wofür die Privatindustrie in Konkurrenz tritt, beträgt der Durchschnittslohn der Werkstätten-Arbeiter 3,50 M. Wagenwäscher erhalten in Kaiserslautern 2,20 M. und Viehwagenwäscher 2,40—2,50 M. In Ludwigs-hafen erhalten sie 2,70—2,80 M. pro Tag. Gärtnerboden-Arbeiter mit unbegrenzter Arbeitszeit erhalten 2,30—2,40 M.

Daß es mit der socialen Fürsorge für die untern Angestellten der Pfalzbahn auch nicht weit her ist, versteht sich. Lohn-erhöhungen sind nur dem steten Drängen der organisierten Arbeiter zu verdanken, wie diese es auch sind, die der Verwaltung jede noch so geringfügige Verbesserung abtrotzen. Eine Pensionstafel für die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter fehlt natürlich. Gibt es doch sogar noch Arbeiter auf der Pfalzbahn, die nach 32 Dienstjahren noch mit 2,00 M. pro Tag entlohnt werden. Da diesen Leuten in den letzten Jahren je 10 Pf. auf ihren Tagelohn zugelegt wurden, besteht Aussicht, daß sie nach 40—50 Dienstjahren 4—5 M. Tagelohn erhalten. Die Verordnung des Bundesrats, die dieser zum Säuge der in Accumulatorenbetrieben beschäftigten Arbeiter erlassen, hat die Pfalzbahn-Verwaltung bis weit ins vorige Jahr hinein größtenteils vornehmlich ignoriert. Es bedurfte vielfacher Vorstellungen, bis man sich dazu herbeiließ, den Leuten — Seife und Handtücher zu stellen.

Die Behandlung läßt natürlich auch sehr viel zu wünschen übrig. Um die Dividenden in die Höhe zu schrauben, ist ein Ingenieur auf den klugen Einfall gekommen, ein bestimmtes Quantum Öl zum Schmieren der Maschinen anzusetzen. Wer mehr verbraucht zahlt den Mehrverbrauch. Bei der letzten Lohnzahlung im August wurden in Ludwigs-hafen an die 200 M. auf diese Weise vom Maschinenpersonal eingenommen. Da das Öl natürlich äußerst sparsam zugemessen wird, bleiben Kassenbrände nicht aus. Die Strafe hierfür beträgt 25 M. Im Neubäder Wohnbezirk wurden erst vor kurzer Zeit für einen Mehrverbrauch von 7 Mio. Schmieröl 22 Mark in Abzug gebracht. Und so geht es fort an allen Ecken und Enden. Es soll um jeden Preis gespart werden, selbst auf Kosten der Betriebssicherheit. Die „Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung“, der Hamburger „Bedruf“, unser Ludwigs-hafener Parteiorgan, die „Pfälzische Post“, die „Münchener Post“, die „Frankfurter Tagespost“, der bayerische Landtag, sie alle haben sich schon in eingehender Weise mit dem Betrieb der Pfalzbahnen beschäftigt. Der Erfolg ist ein ziemlich minimaler gewesen. Herr v. Lavale ist hahn im Horbe in München bei der Regierung und persona grata am Hofe und beim Regenten, dessen Jagd- und Tafelgast er ist. Eine Wendung zum Bessern tritt erst dann ein, wenn die Pfalzbahnen in den Besitz des bayerischen Staates übergehen, wozu jetzt auch endlich begründete Aussicht vorhanden ist. Bis dahin dominieren aber die Frankfurter Geldsäcke, und Herr v. Lavale ist nichts weiter als deren Sachwalter.

Die österreichische Gewerbe-Inspektion blüht in diesem Jahre auf eine zwanzigjährige Thätigkeit zurück, und der Bericht über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1903, der soeben erschienen ist, weist mit einer gewissen Genugthuung auf die Entwicklung hin, die sie seitdem genommen hat. Mit 10 Inspektionsbeamten wurde sie 1884 ins Leben gerufen und heute beschäftigt sie deren 70. Die 9 Inspektionsbezirke, in welche das Land damals eingeteilt worden war, mußten mit der Zeit in 31 Bezirke zerlegt werden, zu denen 1886 noch eine Binnenanfahrts-Inspektion und 1892 eine solche für den öffentlichen Verkehr in Wien kam. Die Zahl der inspezierten Betriebe belief sich 1884 auf 2564, im Jahre 1903 dagegen auf 19 049. Namentlich ist das Kleingewerbe in den letzten Jahren immer mehr der Aufsicht unterstellt worden. So erstens nun diese Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion ist mit ihrem wenn auch nur mäßigen und ungenügenden Wirken zum Besten der Arbeiter, so kann der Bericht speziell vom Jahre 1903 nur wenig Erfreuliches mitteilen. Die für die Ernte ungünstigen Witterungsverhältnisse, die infolge derselben eingetretene Ökonomie der Wirtenschaft sowie die beginnenden Wirren in Oestrichen übten auch auf den größten Teil der österreichischen Industrien einen lähmenden Einfluß aus. Eine Folge davon waren vielfach Lohnherabsetzungen, Halbtagelöhnen oder gänzliche Arbeitslosigkeit. Dabei behielten die Preise der Lebensmittel infolge der ungünstigen Ernte ihren hohen Stand. Vielfach sahen sich dadurch Arbeiter gezwungen, da es ihnen im Lande nicht möglich war, das zur Frühlings des Lebens Nötige zu erwerben, auszuwandern, neben Industrie-Arbeitern auch viele Landarbeiter aus Ungarn, Galizien, Krain, dem Krafauer und dem Leobener Bezirk, so daß in diesem Jahre die Einwanderung aus diesen Landesteilen neben der aus Rußland die stärkste in die Vereinigten Staaten strömende war. Am leichtesten fanden dort die aus dem Leobener Bezirk kommenden in den amerikanischen Hüttenwerken Arbeit, da sie mit den hier üblichen Arbeitsmethoden schon gut bekannt waren. Die Zurückbleibenden mußten sich vielfach mit ganz erbärmlichen Löhnen begnügen, namentlich Frauen, die mit ihrer Familie ihr Leben mit einem Wochenlohn von 4 bis 8 Kronen fristen mußten, so im östlichen Galizien im Stanislawer Bezirk. In Böhmen konnten viele Handfäherinnen und -Näherinnen selbst zu so reduzierten Löhnen keine Arbeit finden, ebenso im Bezirk Triest große Scharen von Arbeiterinnen, die sonst in der Seidenfabrik dort beschäftigt waren, da diese Industrien fast völlig froden, und viele waren deshalb gezwungen, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Nur in einzelnen Branchen der Maschinen- und Textilindustrie war der Geschäftsgang ein besserer, aber Lohn-erhöhungen waren auch hier sehr selten. Doch gelang es in der Herrenkleider-Konfektion in Wien und in einigen Provinzialstädten, Tarifvereinbarungen und Minimallohntarife mit den Unternehmern zu vereinbaren.

Die Anklagen wegen Majestätsbeleidigung entstehen Innen. Unter dieser Epithete veröffentlichen wir vor einigen Wochen die Mitteilung, daß der russische Student Moskietz unter eigenartigen Umständen wegen Verdrachts der Majestätsbeleidigung in Haft genommen worden sei. Der in Berlin fremde und der deutschen Sprache nur höchst mangelhaft mächtige Student hatte einen Arbeiter nach dem Wege gefragt. Nach Erteilung der erbetenen Auskunft hatte der Arbeiter ihn um ein kleines Geldgeschenk gebeten, welches ihm abgelehnt wurde. Nun erklärte der Arbeiter, er wolle dem Studenten den rechten Weg zeigen. Er ging eine Strecke weit neben ihm her, bis ihnen ein Schuhmann begegnete. Diesem erklärte der Arbeiter, daß sein Begleiter sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe. Auf der Wache wiederholte der Denunziant seine Behauptung. Der Russe wurde als Ausländer in Haft genommen, aber schon nach seiner Vernehmung wieder entlassen, da dem Untersuchungsrichter die Behauptung des Beschuldigten, daß er nur aus Mache für das abgelehnte Geldgeschenk falsch angezeigt worden sei, für glaubhaft erachtete. Jetzt hat der Student die gerichtliche Anzeige erhalten, daß das Verfahren gegen ihn eingeleitet sei.

Die Hereros abermals durchgebrochen?

Nach einer englischen Meldung soll es den Hereros abermals gelungen sein, die deutschen Einkreisungslinien zu durchbrechen und dabei trotz erheblicher Verluste den größten Teil ihres Viehs in Sicherheit zu bringen.

Wie die „Daily Mail“ aus Kapstadt vom 21. September meldet, haben die Hereros den deutschen Korbon nach schwerem Kampf durchbrochen und einen großen Teil ihres Viehs mitgenommen. Die Deutschen gaben keinen Parton und töteten Frauen, Kinder und Greise, die unfähig waren, zu entfliehen. Ueber diese Nachricht, namentlich soweit sie die Wiedernebelung des Schloßers behandelt, wird man nähere Nachrichten abwarten müssen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 21. September. (Fig. Ver.) Die gestrige Landtagswahl in der vierten (allgemeinen) Wählerkurie bedeutete einen Sieg der Socialdemokratie. In sämtlichen acht Wahlkreisen Steiermarks waren socialdemokratische Wahlbewerber aufgestellt. Um 10 Uhr nachts wurde als erstes das Wahlergebnis in der Stadt Graz bekannt. Von 34 700 Wahlberechtigten hatten 14 427 ihre Stimmen abgegeben, davon entfielen (wie bereits drahtlich berichtet) 8769 auf den Kandidaten des „Arbeiterwillen“, Kefel, der der erste socialistische Landtags-Abgeordnete Steiermarks ist. Aus dem Leoben Wahlkreis war bis 2 Uhr nachts folgende Stimmenzahl bekannt: Dr. Schacherl (Socialdemokrat) 6295, Niegler (Merital) 4359, Reuper (Dauerhändler) 3244.

Nach den bis jetzt (12 Uhr vormittags) recht spärlich eingelaufenen Nachrichten aus den übrigen sechs Wahlkreisen läßt sich kein positives Resultat herstellen, außer daß der socialistische Wahlbewerber im Bezirk „Umgebung Graz“, Pongraß, dem deutschen Kandidaten Regula unterlegen ist. Der „Arbeiterwillen“ rechnet mit einer Stichwahl in Leoben, wobei aber zweifellos Dr. Schacherl die Majorität davontragen dürfte.

Die Klerikalen gewannen 13 Mandate; 12 Stichwahlen sind erforderlich. —

Amerika.

Ein neues Feldgeschütz. Wie der „Morning Post“ aus Washington berichtet wird, werde die amerikanische Armee gegenwärtig mit einem neuen Feldgeschütz ausgerüstet, welches an Leistungsfähigkeit die von den übrigen Mächten verwendeten Geschütze übertrifft. Das Geschütz des neuen dreizölligen Geschützes wiegt 15 Pfund und erreicht eine Geschwindigkeit von 1700 Fuß in der Sekunde; die Tragweite beträgt 5 Meilen. 208 dieser Geschütze sind augenblicklich in Arbeit. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 22. September 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Mit dem Ablauf dieses Jahres endet die Wahlperiode der unbesoldeten Stadträte Naad, Schäfer, Dr. Weigert, Wielens, Wagner, Selberg, v. Friedberg und Kofle, sowie der besoldeten Stadträte Bohm und Rygand. In der vorigen Sitzung ist zur Vorbereitung der Neuwahl die Niederlegung eines besonderen Ausschusses beschlossen worden. Dieser ist vor Beginn der heutigen Sitzung von den Abteilungen gewählt und hat sich konstituiert; Vorsitzende sind Dr. Langerhaus und Michelet. Die socialdemokratische Fraktion ist durch die Stadtv. Borgmann, Bruns, Tolkendorf vertreten.

Auf die Glückwunschkarten des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung anlässlich der Verlobung des Kronprinzen sind Dankschreiben des Kaisers, des Kronprinzen und des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin eingegangen.

Das Ausschreiben der Stadtv. Suter (†) und Naas (in den Magistrat übergeben) hat eine Reihe von Ersatzwahlen notwendig gemacht. Es werden gewählt:

- in den Ausschuss für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten Stadtv. Witterhoff (A. L.);
- in die Arbeitshaus-Verwaltung Stadtv. Schulze (A. L.);
- in die Deputation für die Feuer- und Feuerversicherungsgesellschaften Stadtv. Alt (A. L.);
- in die Markthallen-Deputation Stadtv. Giese (A. L.);
- in das Kuratorium der Otto-Stiftung Stadtv. Wolf (A. L.);
- in die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathauses Stadtv. Modler (A. L.);
- in das Kuratorium der Reuter-Stiftung Stadtv. Abt;
- in das Kuratorium der Welschschule Stadtv. Liebermann (A. L.);
- in die Gewerbe-Deputation Stadtv. Berger und Förster (A. L.).

In die Strafreinigungs-Deputation ist ebenfalls ein Mitglied zu deputieren; es werden die Stadtv. Fried (A. L.) und Kron (Soc.) vorgeschlagen. Die Wahl wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Für den Rechnungsausschuss referiert über dessen letzte Beratungen Stadtv. Gründel (Soc.).

Eine lange Reihe von Einzelrechnungen aus den Jahren 1900 und 1901 wird dekretiert. Befehl genauer Prüfung der anschlüssigen Verwendung der bewilligten Gelder namentlich bei größeren Bauausführungen wünscht der Ausschuss, daß der Magistrat in Erwägung nehmen möge, ob es sich nicht ermöglichen läßt, die Schlüsselforderungen der einzelnen Unternehmer von den Abschlagszahlungen getrennt zu sammeln und sie so gesammelt den einzelnen Stadtrechnungen und der Schlussrechnung über Bauten beizufügen. Der bezügliche Ausschussantrag gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Die Stadtv. Haberland u. Gen. (Alle Linde) haben folgenden Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, möglichst gemeinsam mit anderen Städten geeignete Schritte zur Abwendung der Gefahren einzuleiten, welche durch Bestimmungen des neuen

Wohnungsgesetz-Vorschläge,

insbesondere durch die beabsichtigte Änderung des Fluchtliniengesetzes vom Jahre 1875 der Selbstverwaltung der Kommunen drohen.

Auf Vorschlag des Vorstehers, der dabei einer Anregung der socialdemokratischen Fraktion Folge giebt, wird die Verhandlung dieses Gegenstandes auf die nächste Sitzung verschoben.

Am Leopold-Platz nordöstlich der neuen Mozarthalle, zwischen Wein Engen- und Maxstraße, soll eine Paradenstraße (10 Paraden mit je 2 Klaffen, 1 Turnhalle und die notwendigen Nebenanlagen) errichtet werden. Die Kosten sind auf 216 000 M. veranschlagt.

Auf dem städtischen Gelände zwischen Koppenhagener, Klein-, Sonnenburger und Straße 9 soll ein Areal von 5000 Quadratmeter an der Sonnenburgerstraße zum Bau einer **Gemeinde-Doppelschule** verwendet werden.

Stadtv. Hinge (Soc.): Es spricht nicht gerade für eine besondere Fürsorge für unsere Volksschule, wenn man immer mehr dazu übergeht, Paradenstraßen zu erbauen. Diese sollten doch nur ein Notbehelf sein; wir sehen aber jetzt binnen kurzer Zeit schon die dritte derartige Vorlage an uns kommen. Man macht hier ein sehr kostspieliges Experiment. Die Paraden werden doch nicht so dauerhaft gebaut, daß sie auf eine längere Reihe von Jahren vorhalten können. Die Errichtung einer weiteren Gemeindegemeinschaft war in dieser Gegend mit ihrer lebhaften Bauhätigkeit längst notwendig. Es bedarf hier einer Doppelschule. Die Paraden müssen so angelegt werden, daß der baldigen Erbauung einer massiven Doppelschule nicht entgegengetreten wird. Magistrat und Schuldeputation sind verpflichtet, darauf zu achten, daß sofort, wenn die Zunahme der Bauhätigkeit und der Bevölkerung in einer Stadtgegend es erfordert, mit dem Bau definitiver Schulgebäude vorgegangen. Das ist in den letzten Jahren nicht in dem erforderlichen Umfange geschehen. An Plätzen für die Erbauung von Schulen fehlt es nicht, wenn man sich nur ordentlich umsehen will. Wir haben z. B. städtisches Terrain an der Seestraße und am Courbireplatz; es fehlt also nicht an Terrain, aber vielmehr an gutem Willen. Der Schulbau braucht auch keineswegs Jahre zu erfordern; wenn alle not thut, kann man in einem halben Jahre fertig werden, wie ein Beispiel im Osten der Stadt zeigt.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): schließt sich dem Vorredner in den meisten Punkten an. Auch er hält die Paraden für sehr kostspielig, zumal sie doch keine allzu große Lebensdauer haben können. Mietschulen seien billiger, hätten aber auch ihre großen Schattenseiten.

Der Magistrat sollte doch vorsehen, daß rechtzeitig für den Bau von Gemeindegemeinschaften das nötige Gelände; von einer Ueberfischung durch plötzlich auftretende Bedürfnisse könne man doch nicht sprechen.

Stadtschulrat Gerstenberg: Die Lebensdauer einer Parade ist auf 30 Jahre bemessen. Mietschulen giebt es in der dortigen Gegend überhaupt nicht. Auch wir sehen in den Paraden bloß einen Notbehelf, aber sie haben den großen Vorzug, daß sie verlegt werden können, und das will uns die liberale Gesellschaft für 5 Proz. des Herstellungspreises besorgen. Mit im ganzen vier solchen Paradenstraßen werden wir hoffentlich ausreichen.

Ein Antrag Hinge auf Ausschussberatung wird zurückgezogen, nachdem der Stadtschulrat erklärt, daß dann der Bau sehr verzögert werden würde. Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

Es folgt die Beratung des vom Magistrat vorgelegten Entwurfs eines Ortsstatuts für die

Pflicht-Fortbildungsschule

zu Berlin. Die Einzelheiten des Entwurfs sind bereits bekannt. Entsprechende Änderungen in der Ordnung des Fach- und Fortbildungsschulwesens sind gleichzeitig vorgeschlagen. Dem Magistrat soll vorbehalten sein, den Tag des Inkrafttretens zu bestimmen; in Aussicht genommen ist der 1. April 1905.

Von mehreren Seiten wird Ausschussberatung und die Ausdehnung der Einrichtung auf die weiblichen Schüler beantragt.

Stadtv. Cassel (A. L.): Wir begrüßen mit Freude, daß der Magistrat seinem Initiativantrag von vor 2 1/2 Jahren jetzt zu entsprechen sich bereit zeigt. Angenerkennenswert ist auch, daß die Fortbildung für das weibliche Geschlecht nicht fallen gelassen werden soll; wir hoffen, daß dieser Gedanke beim Magistrat nicht einschlummern, sondern bald reife Gestalt gewinnen wird. Auf die Kostenfrage und auf die Organisation wird in der Ausschussberatung ausführlich einzugehen sein. Bedauern aber müssen wir den Ton, der in der Begründung gegenüber den Leistungen der bisherigen fakultativen Schule angeschlagen wird (Aufstimmung). Diese Leistungen sind hochansehnliche und für die Bevölkerung sehr ersprießliche gewesen, und auch in der Zukunft sollten dem Fortbildungs- und Fachschulwesen keine beengenden Schranken gesetzt werden. (Beifall.) Auch in Zukunft darf das freiwillige Fachschulwesen nicht von seiner Blüte heruntergebracht werden. Wenn dem freiwilligen Fortbildungunterricht der erzieherische Charakter abgesprochen wird, so können wir das nicht gelten lassen, ebenso wenig die Behauptung, daß der fakultative Unterricht, der lediglich auf die Abend- und Sonntagsstunden angewiesen sei, schon wegen der Ueberbürdung der Schüler durch die Tagesarbeit nicht fruchtbar wirken könne. Die Erfahrung spricht durchaus dagegen; das ist von den Vertretern aller Richtungen, aus von den eifrigsten Vertretern der Zwangsschule in den früheren Ausschussberatungen zugestanden worden. Daß gewisse neue Elemente, die in die Fortbildungsschulen jetzt hineingezogen werden, ein Hemmnis für die fortgeschrittenen Schüler bilden, ist sicher. Auch der Magistrat hat früher über die fakultative Schule und ihre Leistungen ganz anders gedacht, als es die retrospektive Kritik in der Begründung vermuten läßt. Der Oberbürgermeister selbst hat erklärt, in den freiwilligen Schulen werde mehr geleistet als in der Zwangsschule. (Beifall.)

Stadtschulrat Gerstenberg: Der Magistrat hat die Verdienste des Geheimrats Vertram um die freiwillige Fortbildungsschule stets unbedingt anerkannt, auch waltet in der Begründung durchaus keine polemische Tendenz vor. Die fakultative Schule hat hervorragendes, glänzendes geleistet, aber nur an Einzelnen; an der Gesamtheit, an den Massen kann das nur die obligatorische Schule. Die allmähliche Durchföhrung in 2 1/2 bis 3 Jahren, wie sie beabsichtigt ist, wird uns in anschaulichster Weise die Rückwirkung auf das bisherige System erkennen lassen. Für den Erwachsenen, für den Gesellen wird die Fortbildung selbstverständlich fakultativ bleiben. Auch in den heutigen freiwilligen Schulen befinden sich nicht bloß Befähigte, sondern auch eine Anzahl Minderfähiger. Im Ausschuss wird über die Einzelheiten leicht Einverständnis zu erzielen sein.

Stadtv. Wajdel (Fr. Fr.): Wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber. Bedenken sind aufgetaucht bezüglich der Frage, ob die

Arbeiter nicht zu sehr belastet

werden; es wurde auch bemängelt, daß die weiblichen Personen im kaufmännischen Gewerbe einzuweisen nicht einbezogen werden, dagegen aber die ungelerten Arbeiter dem Zwange unterworfen werden sollen. Aber die Einführung des obligatorischen Unterrichts wird von uns allen als absolut notwendig erkannt. Wir wünschen nur eventuell durch Resolutionen ausgedrückt zu sehen, daß nicht alle Laien den Gewerbetreibenden auferlegt werden, daß auch eine Strafbestimmung aufgenommen wird für die Schüler, die sich die Lehrmittel nicht beschaffen. Wegen die Einteilung der Stadt in Bezirke und gegen die Einsetzung von Direktoren sowie gegen die diesen zuzuwiesenden Funktionen haben wir Bedenken, aber die sich der Ausschuss näher unterhalten wird.

Stadtv. Dr. Langerhaus (A. L.) sieht in der „sogenannten“ Zwangs-Fortbildungsschule, wie sie jetzt vorgeschlagen ist, nur eine Wiederholung und Vervollständigung des Volksschulunterrichts, ohne Fortschritt zu etwas Höherem. Würde sie ohne Veränderung nach den Magistratsvorschlägen durchgeführt, so zerstöre sie unzweifelhaft die fakultative. Er würde dem Plan nur dann zustimmen können, wenn ein großer Teil der bestehenden Einrichtungen mit hinüber genommen werden könnte. Die fakultative Schule habe unendlich vielen jungen Leuten ermöglicht, aus dem Proletariat in eine bessere Stellung sich empor zu arbeiten.

Stadtschulrat Gerstenberg verweist dem gegenüber auf den Zwang zum Besuch der Volksschule, der doch auch von den Schülern als solcher nicht empfunden werde. Die Last, die den Arbeitgebern auferlegt werde, sei vergleichsweise gegenüber dem finanziellen Engagement der Stadt sehr klein.

Stadtv. Dr. Dose (A. L.): Ich begrüße sehr viel positiver als meine Fraktionsgenossen die Vorlage (Beifall), welche einer längst als notwendig erkannten Maßregel die Durchführung sichern soll. Für die Unterwerfung der weiblichen kaufmännischen Angestellten unter den Schulzwang bin ich mit dem Kollegen Wajdel, ohne schon jetzt darauf zu drängen, aber nicht dafür, die ungelerten jugendlichen Arbeiter anzuschließen. Die obligatorische Schule zielt insbesondere auch auf diejenigen Arbeitgeber, welche es bisher noch immer außer acht gesetzt haben, daß der Lehrling dazu da ist, etwas zu lernen; hier tritt mit Recht der Zwang ein. Meistens hat erst kürzlich der Handelsminister in einem Uelaf den Tagesstunden vor den Abendstunden den Vorzug gegeben. Gerade hier liegt eine berechtigte Forderung der sogenannten Mittelstandspolizei vor, der wir zustimmen müssen, wenn wir den unberechtigten Forderungen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen wollen.

Stadtv. Glode (Soc.): Namens meiner Freunde spreche ich unsere Gemüthung über die Magistratsvorlage aus, weil wir uns das Verdienst zuschreiben, wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß die Frage sich in Fluß gehalten wurde (Widerpruch) durch die Anträge, die von unsren Freunden wiederholt gestellt worden sind. Kollege Wajdel hat das bei der Beratung unseres letzten Antrages ausdrücklich zugestanden. Während der Amtshätigkeit des Stadtschulrats Vertram wäre diese Vorlage nicht gekommen; noch auf dem Berliner Städtetag hat dieselbe mit allem Nachdruck die Wendung der heutigen Magistratsvorlage für die Pflicht-Fortbildungsschule bekämpft, und allein unser Kollege Singer ist dort für den Standpunkt eingetreten, den jetzt auch die Vorlage einnimmt. Das Bild hat sich mittlerweile vollständig verschoben. Indirekt hat freilich noch heute Herr Cassel die Zwangsschule bekämpft; und charakteristisch noch ist das Auftreten dieses Herrn, der als Vertreter des Liberalismus doch gerade den breiten Massen die Schulbildung im weitesten Maße zugänglich machen will. Die fakultative Fortbildungsschule soll ja gar nicht beseitigt werden; ich erkenne in der Vorlage eine derartige Absicht nicht. Wenn 29 000 Schüler schon in den fakultativen Schulen vorhanden waren, so beweist das doch nur das Bildungsbedürfnis der großen Masse, die sich in der Bildung durch Staat und Gemeinde vernachlässigt sieht. Merkwürdig ist die Ansicht, daß auf freiwilligen Schulen mehr gelernt würde; hätten dann wohl alle Kulturstaaten zum Zwange der Volksschule gegriffen? Ich habe auch zwei Jahre eine Fachschule be-

sucht; es gehörte wirklich große Energie und Selbstüberwindung dazu, wenn ich um 7 Uhr aus der Arbeit kam, nach zwei Stunden am Unterricht teilzunehmen; und es ist thörichtlich nur wenige, die davon einen hervorragenden Gewinn gezogen haben. Die Vorlage entspricht allerdings noch nicht allen Ansprüchen, die wir an eine Zwangs-Fortbildungsschule stellen. So wünschen wir die vierjährige Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Im Ausschuss werden diese und andre Wünsche an uns in Form von Anträgen wiederkehren. Wir wollen den Zwang auch auf die weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe ausgedehnt wissen, damit auch diesen jene Wohlthat zu teil werde, und weil sich sonst die Konkurrenzverhältnisse gegenüber den männlichen Angestellten noch ungünstiger als bisher gestalten würden. Erkaut bin ich über den Hinweis des Vorstehers, daß die Zwangsschule bloß eine Fortsetzung und Reiteration des Volksschulunterrichts im Lesen, Rechnen und Zeichnen sein würde; dem ist nach der Begründung keineswegs so. Wir wünschen, daß auch die Gesundheitspflege in den Fortbildungsschulen gelehrt wird. Bereits 10 Städte haben das Obligatorium für die Arbeiter bis zum 18. Jahre eingeführt. Die Angestellten bei Rechtsanwälten und Notaren, die allerdings nicht unter § 120 der Gewerbe-Ordnung fallen, sind von diesen Fortbildungsschulen ausgeschlossen; sie wünschen dringend ebenfalls derselben Wohlthat teilhaftig zu werden. Im Ausschuss sollte die Möglichkeit, auch diese einzubeziehen, erwogen werden. Wir hoffen, daß die Ausschussberatung zu der von uns gewünschten Ausgestaltung der Zwangs-Fortbildungsschule für gut Teil beitragen wird. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Nathan (Soc.-fortföhr.): Der Liberalismus hat allerdings auf diesem Gebiete eine energische Initiative jahrzehntelang vermissen lassen; eine frische Versäumnis liegt aber nicht vor, sondern nur ein zeitweiliges Nachlassen der Kräfte; denn schon 1872 ist die Zwangs-Fortbildungsschule von Liberalen Männern wie Schulze-Delitzsch, Kapp u. a. in einem Antrag gefordert worden. Unter den 29 000 Fortbildungsschülern, die sich schon jetzt in den Schulen befinden, sind doch auch eine Anzahl älterer Personen; und ca. 13 000 Lehrlinge sind auch heute noch nicht in der Fortbildungsschule, während über die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs durch jene 20 000 überhaupt nichts Bestimmtes bekannt werden kann. Mit dem Abschluß beim 17. Jahre bin ich einverstanden durchaus einverstanden. Die Einteilung der Stadt in acht Bezirke mit je einem Direktor wird nicht aufrecht erhalten werden können. Es würde dann ein Direktor über 4000 Schüler zu überwachen haben; in einer höheren Lehranstalt hat der Direktor nicht über 600 im Durchschnitt zu überwachen; achmal soviel zu überwachen ist eine unlösliche Aufgabe. Bedauerlich ist mir nur, daß die Mädchen erst in einer späteren Zeit berücksichtigt werden sollen. Wir haben beantragt, auch den Frauen, soweit es nach der Gewerbe-Ordnung angeht, die Wohlthat der obligatorischen Fortbildungsschule zu teil werden zu lassen. Man würde sonst in den kaufmännischen Betrieben überall das Bestreben zeigen, die männlichen Arbeitskräfte durch weibliche zu ersetzen, und damit hätten wir dem männlichen Geschlecht ein sehr zweifelhaftes Geschenk gemacht. Die Geldfrage spielt ja gewiß eine große Rolle; aber Herr Cassel hat doch erst im Februar d. J. im Abgeordnetenhaus erklärt, die Berliner Bürger würden zeigen, daß sie für Bildungszwecke keine Ausgaben scheuen. Alles, was in der Vorlage über die Notwendigkeit des Zwanges gesagt ist, paßt auf das junge Mädchen genau so wie auf den jungen Mann. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (A. L.): Auch wir begrüßen die Vorlage mit unbedingter Sympathie. Unser Schulunterricht ist ja doch nicht bloß für die Befähigten da. Entscheidend für mich ist, daß die Unterrichtszeit am Tage gewährt wird; nur ein am Tage erteilter Unterricht der sich an noch nicht durch die Tagesarbeit abgepannte Schüler wendet, kann ein fruchtbringender sein. Auch die heute noch wiederkehrenden Handwerker werden sich bald überzeugen, daß ihnen mit der Maßregel ein Gefallen geschieht. Bezüglich der Frage der weiblichen kaufmännischen Angestellten teile ich die Auffassung der Kollegen Dose und Nathan; ich sehe aber zugleich auch für diese Angestellten, im Gegensatz zu Kollegen Glode, den Unterricht als eine Wohlthat an. Hoffentlich wird es mit der betreffenden Vorlage, wenn wir sie durch eine Resolution foredern, nicht auch wie mit der heutigen über zwei Jahre dauern. Die Dispensation vom Zwangsunterricht sollte nicht vom Direktor, sondern vom Magistrat ausgedrückt werden, und nur nach sorgfältigster Prüfung aller Verhältnisse.

Stadtv. Cassel tritt einer Reihe von Mißverständnissen entgegen, denen seine Rede unterlegen ist. Er denke mit der überwiegenden Mehrheit seiner Freunde nicht daran, der obligatorischen Fortbildungsschule ein Bein zu stellen; der angenommene Antrag von 1902 sei aus seiner Feder geflossen. Auch die heutige Fortbildungsschule habe aufsteigende Kurse und damit ebenso hervorragendes geleistet. In seiner Februarrede habe er gerade auch diesen Umstand gebührend hervorgehoben, was Herr Nathan zu erwähnen vergesse.

Stadtv. Hinge (Soc.): Wenn Herr Cassel meint, Kollege Glode habe die Fraktion Cassel in ihrer Mehrheit für Gegner der Zwangsschule erklärt, so irrt er; Glode hat folches nicht gesagt. Was den Vorzug der Tagesstunden betrifft, so hat nicht nur der Minister sich dafür erklärt; auch zahlreiche Schulmänner haben in gleichem Sinne referiert. Leider ist man auf die Forderung des vierjährigen Unterrichts, wie ihn zum Beispiel auch Charlottenburg für nötig hält, nicht näher eingegangen. Im Ausschuss werden wir beantragen, den Schülern die Lehrmittel unentgeltlich zu liefern. Wenn wir den weiblichen Angestellten diese Wohlthat der Zwangsschule ebenfalls zuwenden, so gehen wir nicht etwa dahinstreichend voran, denn unter andern Wiesbaden, Mannheim, Stuttgart besitzen diese Einrichtung bereits. Die kaufmännischen Hilfsorganisationen ähneln sich durchweg in derselben Richtung. Troy Herr Nathan steht es fest, daß der Berliner Liberalismus seit 1891 auf diesem Gebiete völlig versagt hat, seit diesem Jahre besteht die Befugnis, den Unterricht auf die erwähnten Kategorien auch der weiblichen Angestellten auszudehnen. Den Antrag Nathan werden wir selbstverständlich unterstützen.

Stadtv. Glode: Ich habe daselbst angeführt, was Herr Rosenow bezüglich der Notwendigkeit des Zwangsunterrichts auch für die weiblichen kaufmännischen Angestellten ansaherte und mir hinzugefügt, daß es sich um die Befreiung einer gesteigerten Konkurrenz für das männliche Geschlecht handele.

Die Vorlage wird mit den dazu gestellten Anträgen einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die Armenverwaltung bezw. die Krankenhaus-Deputation hat beschlossen, die Sorge der an städtische Kosten zu beordnenden Leichen vom 1. Mai cr. ab in derselben Weise auszuführen, wie dies bei den von der Chorität aus zu beordnenden derartigen Leichen schon jetzt der Fall ist. Danach soll der Sorg ihnen über der Sargfüllung mit weifem, festzunagelndem Schürting überzogen und die Füllung des Sarges am Kopfende in solcher Menge angeordnet werden, daß eine Erhöhung als Kopfkissen entsteht, endlich soll am Fußende der Schürting soweit über den Sarg verlängert werden, daß mit diesem übertragenden Teile der Leichnam bis an den Kopf überdeckt werden kann. An Mehrkosten erwachsen daraus 1,30 resp. 0,66 M. für jede Leiche eines Erwachsenen oder eines Kindes bis zum 15. Jahre.

Der Neubau einer städtischen Fleißervernichtung- und Fleißerverwertung-Anstalt (an Stelle der städtischen Abdecker- und der bisherigen Einrichtungen auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe) soll auf dem Mieselgut Plankeufelde, eine Sammelstelle in Berlin errichtet werden. Der Magistrat legt den Vorwurf und den mit 807 000 M. abschließenden Kostenanschlag vor.

Stadtv. Stapf (A. L.) beantragt Ausschussberatung. **Stadtv. Dr. Wajdel (Soc.):** Auch wir beantragen die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. Bei der Errichtung einer solchen

Anstalt handelt es sich doch wesentlich darum, die Profitsucht eines privaten Abdeckers auszuschalten; es dürfen da auch hygienische Rücksichten nicht übersehen werden. Die Bewohner der unteren Küllersstraße jubilierten über die Verfestigung der dortigen Abdeckerei; andererseits wehrten sich die Bewohner von Blankenfelde und der benachbarten Ortschaften mit aller Energie dagegen, daß dort eine „Pestbeule“ aufgedaut wird; dazu gehören Lübars, Glienicke, Schilow, Blankenfelde selbst, Waidmannslust. Wenn auch alle hygienischen Rücksichten genommen werden sollen, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß üble, pestenzialische Gerüche von der Anstalt ausströmen. Außerdem liegt dort eine Berliner Heimstätte für druffranke Frauen und Mädchen; wir müssen im Ausschuss erfahren, in welcher Entfernung davon die Anstalt gebaut werden soll. Im Ausschuss werden unsere Bedenken hoffentlich zerstreut werden. Eine Abdeckerei gehört doch im allgemeinen in eine unbebaute und entlegene Gegend.

Stadt. Fischhof: Ich muß dagegen Widerspruch erheben, als ob Berlin eine Anstalt errichten will, die etwa gleichbedeutend wäre mit einer Abdeckerei nach dem bisherigen veralteten System. Ganz im Gegenteil bemerken wir uns, nach einem ganz modernen System eine Anstalt zu errichten, welche gesundheitliche Schädigungen für die Nachbarschaft nicht zur Folge hat. Wir müssen ja nach der Gewerbe-Ordnung die Konzession für die Anstalt erwirken und wir wollen gerade den Nachweis führen, daß schädliche Wirkungen wie bei der bisherigen Anstalt hier nicht eintreten werden. Die Sache kostet uns annähernd 900 000 M., aber das hygienische Bedürfnis unserer Stadt, die Notwendigkeit der Verhütung von Unterleibsleiden mit gesundheitsschädlichem Fleisch steht uns so hoch, daß wir eben eine vollkommenere Anlage schaffen wollen, und das glauben wir mit der Vorlage getan zu haben. Nicht die Interessen der Gemeinden Lübars und Blankenfelde, sondern die Interessen von Berlin haben wir zu vertreten. (Beifall.)

Stadt. Dr. Bant (R. 2.) tritt für die unveränderte Annahme der Vorlage mit großer Lebhaftigkeit ein und weist alle Bedenken der Vorlage als unbegründet zurück. Die Anstalt könnte ohne jeden Schaden sogar mitten in Berlin errichtet werden.

Stadt. Dr. Bent: Ich habe nicht behauptet, daß die Anstalt unter allen Umständen pestenzialische Gerüche ausströmen wird; es genügt aber nicht, wenn der Erläuterungsbericht das Gegenteil behauptet. Wir müssen untersuchen, ob sich die betr. Maschinen bemerken lassen. Ich vertritt auch nicht die Interessen von Lübars und Blankenfelde, ich habe ausdrücklich betont, daß die Ortschaften in der Nachbarschaft von Blankenfelde mit einem Protest an uns unterwegs sind; den müssen wir auch prüfen. Ich hoffe nach wie vor, daß unsere Bedenken im Ausschuss entkräftet werden. Nicht im Interesse der kleinen Ortschaften, sondern im Berliner Interesse und namentlich im Interesse der jungen Mädchen und der Frauen, die zur Erholung nach Blankenfelde geschickt werden, erheben wir unsere Einwände; schon der suggestive Einfluß der Vorstellung, daß in der Nachbarschaft Tierkadaver vernichtet werden, muß eine nachteilige Wirkung ausüben. (Widerpruch und Heiterkeit.)

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Die oben erwähnte Vorlage betr. die Reservierung eines Teils des südlichen Geländes an der Sonnenburgerstraße für eine Gemeinde-Doppelschule wird auf Antrag Gronewaldt (Fr. Fr.) ebenfalls einem Ausschuss überwiesen.

Mit dem Verkauf von Grundstücken im Scheunenviertel soll jetzt ein Anfang gemacht werden. Der Magistrat will die Grundstücke Bartelstraße 8, Linienstraße 227/228 und Kleine Alexanderstraße 29 für 80 000 bzw. 180 200 und 77 630 M. freihändig erwerben; er glaubt, durch diese Verkäufe zugleich auf eine für die Stadt günstigere Preisbildung der übrigen dort zu erwerbenden Grundstücke hinwirken zu können.

Die Versammlung erteilt ohne Debatte ihre Zustimmung. Schluß nach 9 Uhr.

Der Streik der Arbeiterinnen des Glühlampenwerkes von Siemens u. Halske

Ist gestern zu Gunsten der Streikenden beendet worden, nachdem die Verhandlungen, die seit Sonnabend gepflogen wurden, endlich zu einem annehmbaren Ergebnis geführt hatten.

Am Mittwoch entließ sich die Firma, das Einigungsamt des Gewerbevereins anzurufen und es handelte sich dann am selben Tage eine Vorberatung statt, an der außer den Vertrauensleuten der Firma und der Arbeiter auch der Verbandsvertreter Wieselthal teilnahm. Auf Wunsch der Firma wurden dann jedoch die Verhandlungen ohne das Einigungsamt nochmals fortgesetzt und sogar die auf gestern nachmittag festgesetzte Verhandlung vor dem Einigungsamt abgesetzt, da man ohne dessen Mitwirkung zu einer Einigung zu kommen hoffte. Gestern verhandelten die Vertreter der Parteien von 1/2 12—1/5 Uhr. Dann war endlich folgende Vereinbarung:

Vereinbarung.

Die Direktion des Glühlampenwerkes der Firma Siemens u. Halske verständigt sich mit der Kommission der Streikenden und ihrem Arbeiterausschuss über die Beilegung des Streiks auf folgender Grundlage:

1. Der Minimalstundenlohn für alle Arbeiterinnen beträgt 20 Pf. pro Stunde. Eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne wird je nach der Leistung von der Direktion festgesetzt. Ferner soll nach Festsetzung des Durchschnitts-Accordpreises der letzten 6 Monate für Accordarbeiter ihr eingeschriebener Lohn festgelegt werden, in der Weise, daß der Stundenlohn zwei Drittel bis drei Viertel des Durchschnitts-Accordpreises während der letzten sechs Monate beträgt.
2. Lehrlinginnen erhalten in den ersten 14 Tagen 18 Pf., von der dritten Woche 20 Pf. pro Stunde.
3. Die alten Accordpreise sind infl. Bruch berechnet und bleiben bestehen. Bei neuen Accordpreisen werden zwei bis fünf für unverschuldeten Bruch Ausschlag gezahlt.
4. und 5. wird angenommen.
6. Erster Teil wird angenommen mit der Modifikation: Der alte Preis von 9 Pf. mit den alten Einrichtungen bleibt bestehen. Zweiter Teil. Bei Lohnstreitigkeiten soll der Instanzenweg innegehalten werden. Wird auf diesem Wege keine Einigung erzielt, so entscheidet unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses als letzte Instanz die Direktion.
7. und 8. wird angenommen.
9. Das Direktorium erklärt: Eingestellt werden alle Streikenden, sowie Plätze frei sind. Es kommen in Frage ca. 60 Personen, welche augenblicklich nicht eingestellt werden können. Von diesen werden im Laufe der nächsten Tage in dem Glühlampenwerk weitere 20 bis 30 Personen unterstellt finden, während der Rest in möglichst kurzer Zeit in den übrigen Werken von Siemens u. Halske sowie von Siemens-Schubert je nach eintretenden Balanzen unterstellt finden soll.

Der Punkt 4 besagt, daß Jungen und sonstige Werkzeuge in genügender Zahl anzuschaffen und in gutem Zustande zu erhalten sind; Punkt 5, daß den Accordarbeiterinnen jeder Aufenthalt sowie Wartezeit, die ohne Verschulden der Arbeiterin eintritt, wenn sie über eine halbe Stunde dauert, in Lohn bezahlt wird. — Der Punkt 7 handelt davon, daß den Säurearbeiterinnen die nötige Schutzkleidung zur Verfügung gestellt wird, und Punkt 8 von Wachschichtungen, Ankleideräumen und Klosets, die in genügender Zahl vorhanden sein sollen, und für deren pünktliche Reinigung Sorge zu tragen ist.

Zu diesem letzten Punkte wurde noch erklärt, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus Sympathie die Arbeit eingestellt haben, sofort, also heute morgen wieder anfangen können. Von den 180 Arbeiterinnen, die zuerst die Arbeit niedergelegt haben, werden 120 sofort wieder eingestellt, die 60 aber, von denen in Punkt 9 die Rede ist, sollen a u s g e l o s t werden, so daß also keine Gefahr vorliegt, daß die Firma dabei irgend welche Maßregelung vornimmt.

Das wichtigste Zugeständnis, das die Firma in dieser Vereinbarung gemacht hat, ist, daß die Herabsetzung des Accordpreises, durch die bekanntlich der Streik entstanden ist, zurückgenommen

wurde. Ist nun auch die Forderung von 25 Pf. Minimalstundenlohn, die ebenso wie die übrigen Forderungen erst nach Ausbruch des Streiks, der ja eigentlich ein Abwehrstreik war, gestellt wurde, nicht voll bewilligt, so bedeutet doch die erzielte Lohnregelung eine annehmbare Verbesserung, zumal da es bis jetzt dargekommen ist, daß Arbeiterinnen, die vier Jahre im Betriebe thätig waren, sich mit 17 Pf. Stundenlohn begnügen mußten. Dazu kommen die Bezahlung der Wartezeit bei Accordarbeit und die übrigen Zugeständnisse, die wohl dazu führen müssen, daß eine Anzahl schwer empfundener Nöte beseitigt oder doch gemildert werden.

Die Versammlung in der Kronenbrauerei, wo das Ergebnis der Verhandlungen verkündet wurde, war lange vor Beginn polizeilich abgesperrt. Der Obmann des Arbeiterausschusses Weichner, der den Bericht gab und für Annahme der Vereinbarung eintrat, bewerkte unter anderem, daß der Generaldirektor Berliner erklärt habe, daß alle Streikenden ohne Ausnahme zu ihren alten Rechten und Pflichten in die Fabrik zurückkehren sollten und sich jeder von ihnen, dem irgend welche Schwierigkeiten bereitet würden, sofort an den Obmann des Ausschusses wenden sollte. — Der Verbandsvertreter Wieselthal, der dann in großen Zügen den Verlauf des ganzen Kampfes und der Einigungsverhandlungen schilderte, sprach sich ebenfalls für Annahme der Vereinbarung aus. — Die Versammlung nahm gegen einige Stimmen folgende Resolution an:

Die Versammlung beschließt nach der Verichterstattung durch den Arbeiterausschuss und die Streikkommission und nach den Erklärungen des Verbandsvertreters Wieselthal:

1. Wir betrachten den Streik im Glühlampenwerk durch die bedingungslose Zurücknahme der Accordreduktion als Ursache des Streiks für beendet.
2. Die sonstigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kolleginnen aus dem Glühlampenwerk, soweit unsere Forderungen nicht bedingungslos anerkannt sind, betrachten wir als eine Abzugszahlung für die Zukunft.
3. Aus dem gegenwärtig beendeten Kampf lernen wir, daß es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist, Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu werden, weil nur eine starke Organisation die Macht ist, mit der selbstbestimmten zu rechnen haben.

Im großen Saale von Duggenhausen am Moritzplatz hatten sich gleich nach 4 Uhr die Arbeiter und Arbeiterinnen des Stadteisenwerks von Siemens u. Halske versammelt, die bereit waren, wenn es nötig war, sofort die für dieses Werk geplanten Arbeitsbedingungen zu beschließen. Auch diese Versammlung war lange vor Beginn polizeilich abgesperrt wegen Uebersüllung des Saales. Der Bericht, den hier Wieselthal vom Verlauf und vom Ergebnis des Streiks im Glühlampenwerk gab, fand lebhaften Beifall. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Stadteisenwerk von Siemens u. Halske erklären sich mit dem geschlossenen Vergleich einverstanden und versichern, daß sie unweigerlich dem Rufe der Organisation gefolgt wären und die Arbeit in den dazu bestimmten Abteilungen niedergelegt hätten, wenn die Differenzen im Glühlampenwerk nicht heute beigelegt worden wären.

Soziales.

Eine städtische Armenwohnh.

Den Rentnerempfänger Johann Hecht'schen Eheleuten hatte die unterstützungspflichtige Verwaltung des Gutes Dobrin bei Pr.-Friedland als Armenunterstützung eine „Wohnung“ zugewiesen, über die sich das uns vorliegende ärztliche Attest wie folgt äußert:

Auf Ersuchen des mir persönlich seit Jahren bekannten Arbeiters Johann Hecht, zur Zeit in Berlin wohnhaft, habe ich mich mit ihm nach seiner von der Herrschaft gemieteten Wohnung begeben, diese einer genauen Besichtigung unterzogen und gebe darüber das nachstehende Gutachten ab:

Am nach der dem p. Hecht gemieteten Wohnung zu gelangen, muß man mehrere Stufen heruntergehen. Die p. Wohnung ist zum großen Teil Keller und liegt in der Erde, zum Teil nach Süden zu oberhalb der Erde und sieht nach Osten zu gegen eine andre Wohnung, von welcher sie durch einen schmalen Gang geschieden ist.

Der Eingang ist sehr niedrig und schmal; man muß sich bücken, wenn man in den Flur, welcher gleichzeitig Schornstein ist, gelangen will.

Die Eingangstür, welche aus unbehobelten Brettern zusammengesetzt ist, ist 77 Centimeter breit und 150 Centimeter hoch und schließt sehr schlecht. Die sogenannte Stube selbst besteht aus zwei Zellen, indem ein Teil durch eine Art Gewölbe (Bogen) von dem andern abgeteilt wird. Die längste Wand von Süden nach Norden mißt 305 Centimeter, die längste von Ost nach West 890 Centimeter, die höchste Höhe 190 Centimeter, der kleinere Anteil mißt 140 Centimeter und 2,25 und schließt sich an diesen ein kammerähnliches Gelag, eigentlich ein in die Erde gebautes Erdloch ohne Luft und ohne Flurablag. Der Fußboden der Stube besteht zum Teil aus Feldsteinen, zum Teil aus abgenutzten Brandsteinen, in dem kleineren Gelag sind drei zum Teil verfallene Bohlen als Fußbodenbelag. Längs der Außenwände kann man mit einem Stod fast überall in die Erde einbohren und zwar an manchen Stellen 47 Centimeter tief, an manchen 34 Centimeter tief.

Ein kleiner Ziegelofen primitiver Art steht unter östlicher Erde dieses Raumes. Das einzige sogenannte Fenster dieses Raumes hat eine Lichtweite von 74 Centimeter Höhe und 68 Centimeter Breite, und schließt überall schlecht, so daß breite Spalten zwischen Fenster und Fensterrahmen bestehen.

Ein Kamin zum Kochen besteht nicht, aber neben dem Ofen ein Poch in der Wand, welches 42 Centimeter breit und 58 Centimeter hoch ist, und sonst offen steht und nicht zu schließen geht. Ein größeres Kochgeschick hat in diesem Raume nicht Platz.

Der oben geschilderte Raum ist frisch gelakt, die Luft ist feucht, der Belag auf den Wänden ist hoch und ist die Luft derartig feucht und schlecht, daß ein angebranntes Bündelholz verlicht und nicht brennen will.

Der oben geschilderte Raum ist höchst gesundheitsschädlich und auch zu einer Menschenwohnung untauglich und sollte derselbe polizeilich als unwohnbar geschlossen werden.

Solches wird ärztlichseits der Wahrheit gemäß bezeugt. gez. Unterschrift.

Die Hecht'schen Eheleute lehnten es natürlich ab, dieses Loch zu beziehen, und begaben sich nach Berlin zu ihrem Sohne. Von hier liehen sie dann den Besitzer von Dobrin, Rittergutsbesitzer Friedrich Willms auf Spinniers bei Jempelburg, in der Meinung, daß ihm von den Vorgängen bisher nichts bekannt sei, von diesem unterrichten und um Gewährung einer Verantwärtung in Berlin bitten. Der Herr Willms begnügte sich mit der Erwiderung, daß er zur Gewährung einer Armenunterstützung außerhalb Dobrins nicht verpflichtet ist und daß die Wohnung von der Polizeibehörde der Stadt Pr.-Friedland durchaus dem Durchschnitt der dortigen Wohnungen entsprechend erklärt worden sei.

Das letztere ist natürlich unrichtig. Die Polizeibehörde von Pr.-Friedland hat in Dobrin amtlich nichts zu thun. Es kann sich also höchstens um die private Verhinderung irgend eines bestimmten Polizeibeamten von Pr.-Friedland handeln. Immerhin ist die Verhinderung auch für die Wohnungsbedingungen charakteristisch, die allem Anschein nach in Pr.-Friedland herrschen und die sich deshalb näher anzusehen, die Aufsichtsbehörde allen Anlaß hat.

Im übrigen ist der Standpunkt des Herrn Willms formell berechtigt.

Ob er auch christlich ist, ist eine andre Frage. Eins aber ist klar. Die Bestimmung, daß die Armenunterstützung nur am Orte der Unterstützungsbedürftigen selbst gezahlt werden muß, muß befolgt werden. Sie stellt in Laufenden und Wertaufsenden von Fällen anerkannt Unterstützungsbedürftige, die doch schon unglücklich genug sind, vor die Alternative, entweder ihre letzten Tage fern von ihren Angehörigen und ohne deren Pflege zu verleben oder auf die Unterstützung zu verzichten. Und oft genug verliert der Unterstützungs-

pflichtige einen Entschluß in letzterer Richtung durch die Art, wie er die Unterstützung gewährt, künstlich zu fördern.

Kerze und Krankenassen. Bürgerliche Blätter berichten, daß eine neue, tiefgreifende Beunruhigung in weite Kreise der deutschen Kerzeindustrie getragen sei. Die Ursache dieser Beunruhigung ist die Gründung einer von der preussischen Eisenbahnverwaltung protegierten freien Krankenkasse des allgemeinen Verbandes der Eisenbahnarbeiter der preussisch-bessischen Staatsbahnen und der Reichsbahnen in Elbst-Lothringen. Diese Kasse ersuchte die Bahnärzte, die Behandlung der Abteilung für Bureaubeamte zu übernehmen und zwar gegen eine Kaufabergütung von 4 M. für ledige und 12 M. für verheiratete Kassenmitglieder. Die angeblich beunruhigten Kerzefabrikanten finden es unerhört, daß ihnen für die Behandlungen an staatlichen Bureaubeamten nicht mehr geboten wird, als sie sich von den Arbeiterkräften bisher haben gefallen lassen müssen, und daß selbst die höheren und höchsten Beamten für diesen Sach behandelt werden sollen. Wie weiter mitgeteilt wird, haben die Kerze in Darmen-Eberfeld und Düsseldorf zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und sich dahin geäuert, daß bei der genannten Kasse nicht nur die Bahnärzte, sondern alle übrigen Kerze zugelassen werden und zwar auf Grund der freien Arztwahl und Bezahlung nach Einzelleistungen. Ferner wird die Bedingung gestellt, daß Unverheiratete nur bis zu einer Gehaltsgrenze von 2000 M., Verheiratete bis 3000 M. der Kasse angehören dürfen.

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Ärztung! Luzidpapierbranche!

In folgenden Firmen befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand:

Bernhardt u. Co., Wilhelmstraße 20. Böhm, Reichenbergerstraße 138. Friedheim u. Sohn, Holzmarktstraße 53. Finkenrath, Schleifschiffstraße 31. Schwoertger, Reinickendorferstraße 54b. Stange, Reuthstraße 3. Hochstein u. Weinberg, Wasserthorstraße 50. Gröblich, Dragonerstraße 21. Kitzelmann u. Wegner, Alexanderstraße 9. Henne, Weinmeisterstraße 12. Klumenthal, Marienburgerstraße 9.

Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum ungarischen Banarbeiter-Streik.

Budapest, 22. September. (B. G.) Der Ausstand der Großwärdener Banarbeiter führte gestern zu großen Demonstrationen. Die Streikenden versuchten die bei der Arbeit Verbliebenen mit Gewalt an der Arbeit zu verhindern. Die Polizei war ohnmächtig. Der sich entzündende Kampf dauerte mehrere Stunden. Zahlreiche Personen wurden verletzt. In der Angelegenheit der ausgesperrten Banarbeiter Budapests will der Handelsminister noch einen gütlichen Ausgleich verschaffen, weil er sonst zu einer radikalen Lösung sich entschließen müßte.

Verhandlungen der Streikenden in Marseille.

Marseille, 22. September. (B. Z. B.) Die Arbeitgeber der Entlader nehmen im Prinzip ebenfalls die Einsetzung eines Schiedsgerichts an, aber unter der Bedingung, daß die Kohlenarbeiter ein solches ebenfalls annehmen. Die Kohlenarbeiter stellen aber Bedingungen, welche den Arbeitgebern unannehmbar erscheinen. Die Verhandlungen dauern fort.

Es giebt noch Richter in — England.

London, 22. September. (B. G.) Der Richter Elmer beurteilte zwei Israelliten wegen der Angriffe auf die freidenkenden Juden zu Geldstrafen, er rügte die orthodoxen Juden und sagte, sie sollten sich erinnern, daß auch sie einst verfolgt worden sind. Sie sollten das in England bestehende Prestige der Glaubensfreiheit achten und jedem seinen Glauben lassen.

Forderungen der Pariser Kellner.

Paris, 22. September. (B. Z. B.) Die Kellner der Restaurants und Cafés stellten heute in einer Versammlung die Forderung auf, daß das Trinkgeldverweilen abgeschafft und ihnen in jeder Woche ein Ruhetag gegeben werde. Als beim Verlassen der Versammlung etwa 50 Teilnehmer die Internationale sangen, forderten die Polizeibeamten sie auf, aufzuhören; es entstand ein Gedränge. Die Beamten schritten nun zu Verhaftungen, es kam zu Thätlichkeiten, und die Aufseher warfen mit Steinen nach den Polizisten. Mehrere Personen sind verletzt, jedoch unerheblich. Die Ordnung war alsbald wieder hergestellt.

Der Freidenkertongress in Rom.

Rom, 22. September. (B. G.) Der X. Internationale Freidenkertongress beschäftigte sich in den einzelnen Sektionen mit Spezialberatungen, wobei sich namentlich die Verhandlungen über die Trennung von Staat und Kirche häufig zu dramatischer Höhe erhoben. Besonders die spanischen Delegierten entsetzten Verfallsstürme. Die Romanen drücken dem Kongress überhaupt die Signatur auf, so daß weniger Weltanschauungsfragen, wie die Deutschen und speziell Hädel gewöhnlich hatten, als vielmehr aktuelle politische Fragen der romanischen Länder erörtert werden. Heute wurden Kränze niedergelegt an den Denkmälern von Giordano Bruno und Garibaldi. Der Vatikan hält als Protest gegen die Invasion der Freidenker in Rom bis nach dem Schluß des Kongresses demonstrativ alle seine Sammlungen geschlossen, dagegen hat der Unterrichtsminister den Kongressisten unbeschränkt freien Eintritt in alle Sammlungen von Rom, Neapel und Pompei bewilligt.

Rom, 22. September. (B. G.) Der „Osservatore Romano“ teilt mit, daß von zahlreichen Italienern an den Papst Telegramme eingetroffen sind, worin der Papst gebeten wird, die Abhaltung des Freidenkerkongresses in Rom zu verhindern.

Anarchistenreherei.

Barcelona, 22. September. (B. Z. B.) Die Polizei verhaftete mehrere Anarchisten, unter welchen man die Hauptmitglieder eines weitverzweigten Anarchistenklubs entdeckt zu haben glaubt, der seinen Sitz in Perpignan hat.

Ein russischer Hilfskreuzer in Rügen.

Das Palmas, 22. September. (Weldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Nachdem der hier eingetroffene russische Hilfskreuzer „Terel“ gestern nachmittag angefangen hatte, Kohlen zu nehmen, erhielten die hiesigen Behörden heute früh 3 Uhr Befehl, die Versorgung des Dampfers mit Kohlen, Wasser und Lebensmittel zu verhindern. Das Beladen des „Terel“ wurde daraufhin sofort unterbrochen, und der Dampfer wurde angewiesen, heute früh in See zu gehen; er kann dies aber nicht, da die Maschine repariert wird.

Hannover, 22. September. (B. G.) Gestern abend gegen 6 Uhr wurde im benachbarten Redlinger Gölchen an einem zwölfjährigen Knaben ein Lustmordversuch unternommen. Der Knabe, der Sohn eines Invaliden, hütete in der Nähe des Gölchens Kühe, als ein gut gekleideter junger Mann nahe und ihn in ein in der Nähe liegendes Häuschen schleppte. Dort warf er ihn zu Boden und versuchte ihn zu verkränken. Er brachte dem Knaben mehrere schwere Schnittwunden am Unterleib und, da sich der Knabe wehrte, an den Händen bei. Auf die Hilferufe des Knaben eilten Dorfbesohner herbei, worauf der Thäter die Flucht ergriff. Der Knabe wurde ins Krankenhaus gebracht. Eine Verhaftung wurde bereits vorgenommen.

Frankfurt a. M., 22. September. (B. G.) Wie die Blätter melden wurde, der 24jährige Theaterdirektor Ludwig Volkmann aus Wien wegen Zuhälterei verhaftet.

Haag, 22. September. (B. G.) In Leiden verbrannten gestern bei einem Brande in einer Bäckerei drei Personen lebendig.

Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bremen, den 21. September 1904.

Dritter Verhandlungstag.

Schluss aus der Nachmittags-Sitzung.

Das Schlusswort als Referent erhält

Lebedour:

Ich bedaure, daß verschiedene Redner nicht das beherzigt haben, worauf ich in meinen Einleitungsworten ganz besonders Gewicht legte. Ich sagte, daß unsere Aufforderung an Schippel, in klarer und unabweisbarer Weise Stellung zu nehmen in der Agrarzollfrage, nicht so zu verstehen sei, daß er die Erklärung abgibt: ich bin gegen Agrarzölle; auf eine solche Erklärung kam es uns nicht an, die lag ja unmittelbar vor (Sehe richtig!) und Schippel hat sie jetzt selber wieder bestritten. Was haben wir aber im Laufe der Debatte erlebt? Eine ganze Anzahl von Genossen hat mit großem Eifer immer wieder gefordert: Schippel muß hier auftreten und erklären, daß er gegen Agrarzölle ist. Eine solche Erklärung haben wir damals nicht von ihm verlangt, und jetzt hat sie um so weniger zu bedeuten; nicht eine Erklärung, wie sie Schippel jetzt mit großem Pathos abgegeben hat, wollten wir, sondern wir verlangten, von ihm zu hören, wie er die logische Verbindung herstellen wolle zwischen der Thatsache, daß er in seinen Schriften und Reden Bedankensgänge entwirft hat, die notwendigerweise dazu führen müssen, daß Agrarzölle unvermeidlich seien und daß er dann diese Erklärung abgibt, die er jetzt hier wiederholt hat, nachzuweisen, wie das logisch vereinbar sei. Das war der Grundgedanke unserer Aufforderung an Schippel. Jene 47 Spalten waren aber noch nicht die Antwort, die wir verlangten. Das war eine historische Auseinandersetzung über alles Mögliche, was dieser oder jener über Schutzzölle gesagt hat. Im Anschluß daran kam wieder die Neuerung untermittelt, die wir jetzt wiederholt gehört haben: „Mebrigens ist es mir auch nicht im Traum eingefallen, Agrarzollzölner zu sein.“

Das es Schippel nicht im Traume eingefallen ist, Agrarzollzölner zu sein, mag sein. Ich kann seine Träume nicht kontrollieren. Es handelt sich hier aber nicht um seine Träume, sondern darum, daß er in welchem Zustande mit schendenden Augen jahrelang darauf hingearbeitet hat, die Notwendigkeit von Agrarzöllen zu beweisen, wodurch eine Anzahl von Parteigenossen von dieser Notwendigkeit überzeugt worden ist. Der Genosse Enders ist Chefredakteur unseres Organs in der großen Industriestadt Chemnitz. Er ist ein Mann von Charakter, den ich deshalb hochschätze, wenn ich auch mit seinen Ansichten vielfach nicht übereinstimme. Dieser Mann steht seit Jahren mit Schippel in so enger politischer Verbindung wie vielleicht kein anderer Parteigenosse. Auch Enders war durch die Äußerungen Schippels zu der Ueberzeugung gekommen, daß Schippel Agrarzollzölner sei. Jetzt sagt Schippel: „Enders, — ja, der, na ja, der kann das ja nicht beurteilen, der kennt meinen Standpunkt ja gar nicht.“ Ja, wenn Schippel das Unkluge hat, daß ein solcher Mann nicht im Stande ist, seinen Standpunkt klar zu erklären, wenn Schippel gezwungen ist, diesen Mann in dieser Weise zu desabundieren, so können wir schon daraus Schlüsse ziehen. Und wir könnten es, wenn wir nichts wüßten als diese Thatsache, daß dieser unglückliche Mann nicht in der Lage ist, eine Vertrauensstellung, wie es die eines Abgeordneten unserer Partei ist, zu belassen, deren Träger volle Klarheit über seine Auffassung in wichtigen Fragen schaffen muß, die das Kampfbild für unsere Partei bilden. Auch jetzt wieder hat Schippel über alles Mögliche gesprochen und sich gegen alle möglichen Genossen gewendet, die ihn angeblich nicht verstanden haben. Selbst wenn das alles richtig wäre, was er gegen Gumbow, Kautsky z. vorgebracht hat, so wäre das nebensächlich, weil das mit der Frage, die uns beschäftigt, nichts zu thun hat, das alles ist bloß Zeitverschwendung. Bis zu diesem Zeitpunkt ist er uns die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, die die Fraktion an ihn gestellt hat, auf die Frage: Wie erklären Sie diese für unser Denken unvereinbare Thatsache, daß Sie auf der einen Seite für Agrarzollzölle schriftstellerisch arbeiten und sich dann hinsetzen und sagen: „Im übrigen ist es mir nicht im Traum eingefallen, Agrarzollzölner zu sein.“ Darin, daß er diese Antwort nicht gegeben hat, liegt das, was ich als Verhöhnung der Fraktion bezeichnen habe. Nicht auf den Ton, den Schippel angeschlagen hat, kommt es mir an — das ist Nebensache — sondern darauf, daß er nicht die Antwort gegeben hat, die wir verlangt haben, daß er in 47 Spalten diese Antwort nicht gegeben hat. Mit einer kurzen Erklärung können wir uns nicht begnügen, sondern müssen auch eine Entwidlung der Gründe verlangen. Wenn er die von uns verlangte Aufklärung nicht gegeben hat, so lag das daran, daß er sie nicht geben konnte, weil diese beiden Thatsachen eben unvereinbar sind. Schippel hat die Schlussätze seines Buches verlesen, um zu beweisen, daß er nicht Agrarzollzölner sei. Er hat dabei aber die einseitigen Worte weggelassen, die zeigen, daß diese Sätze nicht seinen auf wissenschaftlicher Ueberzeugung gegründeten Standpunkt ausdrücken, sondern allerhöchstens seinen Opportunitätsstandpunkt: Weil eben die Arbeiter die Geschichte nicht begreifen können, deshalb mache ich die Antigrariererei mit. Die einseitigen Worte hat Schippel weggelassen, und das kann gar nicht auf einem Versehen beruhen. Denn Kautsky hat ihn auf diese Unterlassungsstände schon bei einer früheren Gelegenheit aufmerksam gemacht. Aber mit der Andrede, daß er es nicht gelesen habe, wird er wohl nicht mehr kommen. Er hat uns ja heute die abgelebtesten Citate vorgelesen, die er alle gelesen hätte. Diese Einleitung lautet: erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum Siege gelangt. (Bei den Arbeitern, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht.) Die sollten auch die Lohnarbeiter der Städte in Protzöllen etwas andres sehen als Stodprügel auf den Wagen usw. Wenn die Worte einen Sinn haben, dann kann das im ganzen Zusammenhang nur folgendes bedeuten: Früher verhielten sich die Arbeiter verhältnismäßig indifferent gegen Zölle. Erst seit die Agrarzölle die Oberhand gewonnen haben, ist der reine Konsumentenstandpunkt bei den Arbeitern zum Durchbruch gekommen und deshalb, weil die Arbeiter nicht die nötige Objektivität haben, um die Notwendigkeit der Agrarzölle begreifen zu können. (Sehe richtig!) Das ist der Sinn. Schippel verhöhnt eben diesen Konsumentenstandpunkt. Dieser Konsumentenstandpunkt steht für ihn noch unter dem Standpunkt des Freihandels-Hausierbüchsen. Schon in dem Gegenatz, den er zwischen Konsumenten- und Produzentenstandpunkt kontrastiert, liegt es, daß er den Konsumentenstandpunkt nicht billigt. Dieser Gegenatz existiert nach meiner Auffassung für die Partei gar nicht, sowie man nur den Produktionsprozess in seiner Totalität ins Auge faßt. Für uns handelt es sich nicht um einen Kampf zwischen Konsumtion und Produktion, sondern zwischen den Mitgliedern des Produktionsprozesses und seinen Ausbeutern. (Sehe gut!) In dieser ganzen Frage hat Schippel den wissenschaftlichen Standpunkt verlassen und ist in einen ganz oberflächlichen Gedankengang hineingekommen. Ich weiß mich persönlich von aller Animosität gegen Schippel frei, es thut mir außerordentlich leid, daß der Mann in diese Position geraten ist. Es ist nun einmal so. Er sagt jetzt, ja, er sei wohl Schutzzöllner aber nicht Agrarzöllner. Das ist wieder ein Widerspruch. Denn wer für Industriezölle ist, muß auch für Agrarzölle sein. Wenn man den Produktionsprozess im Interesse der Ausbeuter durch Industriezölle erschwert, erschwert man den Agrariern ihren Betrieb, und dann sind diese allerdings von ihrem Standpunkte aus auch berechtigt, Agrarzölle zu fordern. So gelangt die Partei mit Notwendigkeit zur Ablehnung aller Schutzzölle. Schippel sagt: „Wer für Handelsverträge ist, muß auch für Zölle sein, unter Umständen für Agrarzölle.“ Aber weshalb sind wir denn für Handelsverträge? Nur deshalb, weil sie bei den

gegenwärtigen Verhältnissen das einzige Mittel sind, um die Zölle herunterzudrücken. (Sehe richtig!) Auch hier wieder ist der Schippelsche Standpunkt ganz oberflächlich. Wie kommen um die Thatsache nicht herum, daß Schippel auf einem für unsere gegenwärtige Aktion sehr wichtigen Gebiete mit der Partei in Differenz gekommen ist. Daraus folgt für mich: Da diese Frage gegenwärtig und vielleicht auch noch auf lange Zeit für uns eine der wichtigsten und entscheidendsten Aktionen bedingt, so ist Schippel allerdings gegenwärtig nicht fähig, ein Reichstags-Mandat für die Partei inne zu haben. In diesem Sinne stimme ich dem Amendement Freyhaller zu. Durch dieses Amendement soll Schippel nicht etwa ausgeschlossen werden, wie Sidelum meint. Soweit ich die Sachlage beurteilen kann, denkt der Parteitag in seiner überwiegenden Mehrheit gar nicht daran, Schippel direkt oder indirekt auszuschließen. Das Amendement hätte allerdings bedeutend besser gefaßt werden können, wie ich überhaupt keine auf irgend einem Parteitag angenommene Resolution kenne, die nicht besser hätte gefaßt werden können. (Heiterkeit.) Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts, als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Rührt man das Amendement so auf, so hat es nichts persönlich Verlegendes. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Nebels mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist. (Debatter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Gumbow: Ich habe nicht behauptet, Schippel habe keine Berechtigung eingehandelt. Das habe ich vielmehr ausdrücklich mitgeteilt, aber hinzugefügt, daß Schippel verpflichtet gewesen wäre, in einem Artikel sofort seinen Standpunkt klarzulegen.

Kautsky: Schippel hat bestritten, daß ich über mein Buch mit ihm gesprochen habe. Demgegenüber stelle ich fest, daß Schippel sogar schon lange, bevor das Buch erschien, über die darin behandelten Grundfragen eingehend mit mir gesprochen hat. Zum Glück war ich dabei nicht allein; in Hannover war ein ihm sehr bekannter Herr dabei, als wir uns während des dortigen Parteitages über diese Fragen unterhielten. Weiter habe ich im Reichstage wiederholt mit Schippel darüber gesprochen und auch außerdem auf gemeinsamen Spaziergängen mich über seine Grundrenten-Theorie mit ihm auseinandergesetzt. Ich habe weiter nicht nur das Buch gelesen und dann ein Urteil darüber gefaßt, sondern auch eine ganze Reihe von Genossen, darunter Nebel, gefragt: Findet Ihr nicht auch, daß Schippel da hauptsächlich die Argumente der Agrarier vertritt? Wie Schippel angefaßt dieser Thatsachen sagen kann, ich hätte nicht mit ihm über diese Dinge gesprochen, verstehe ich nicht. Das läßt nur zwei Deutungen zu, entweder sein Gedächtnis ist so schwach, daß er all das wieder vergessen hat oder er hat die Unwahrheit gesagt.

Vorsitzender Ebert: Das war nicht mehr persönlich.

Frau Riez-Hamburg: Die Äußerung, die Schippel von mir citiert hat, ist in der That so gefallen. Ich meine aber, Schippel hätte aus meinen Ausführungen entnehmen müssen, daß mir vorhin nur ein lapsus linguas passiert ist. Ich wollte Agrarzölle sagen und nicht Schutzzölle. Wenn er diesen falschen Jungenschlag so gegen mich auswirft, muß es um seine Argumente doch schlecht bestellt sein.

Gumbow: Ich habe nicht behauptet, daß Schippel im Reichstag gegen Agrarzölle gesprochen habe, sondern nur gesagt, daß Schippel in seinem Buche und in seinen Artikeln sich vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gegen Agrarzölle ausgesprochen hat.

Schippel: Wenn der Genosse Riez ein falscher Jungenschlag passiert ist, so ist die Sache erledigt. Aber ihre Zunge ist doch sonst sehr gewandt, und warum will sie denn bei mir nie einen falschen Jungenschlag anerkennen? Da sollte sie doch nächstmal über mich und auch mir einmal einen falschen Jungenschlag verfallen lassen. (Heiterkeit.) Das Antrid nie mit mir über Zollfragen gesprochen hat, habe ich nicht behauptet. Ich sage nur: Er hat nie in einem Sinne mit mir gesprochen, daß ich hätte annehmen können, er mißbillige mein Buch, weil es in Widerspruch mit dem Grundgedanken der Partei stünde. In Hannover kann ich mich gar nicht mit ihm über das Buch unterhalten haben, aus dem einfachen Grunde, weil es noch nicht erschienen war. (Rufe: Ueber die Grundfragen! Ueber die Grundrententheorie!) Ich wüßte nicht, weshalb ich mit Antrid über Grundrententheorie hätte sprechen sollen.

Kautsky: In Hannover hat Schippel natürlich nicht über sein Buch, sondern über die darin behandelten Grundfragen mit mir gesprochen. Ich bin bereit, ihm den Namen des Mannes, der dabei war und den er sogar zu seiner Ansicht bekehrte, in einem kleineren Kreise zu nennen. Ich habe Schippel schon damals in Hannover gesagt: Wenn ich zu derselben Ueberzeugung gekommen wäre wie Sie, so würde ich als ehrlicher Mann sagen, meine wissenschaftliche Ueberzeugung hat mich dahin geführt, daß ich mit Euch nicht mehr weiter zusammenarbeiten laun.

Der Vorsitzende Ebert macht hierauf Vorschläge für die Abstimmung. Es soll abgestimmt werden zunächst über die Resolution Bernstein, dann über die Resolution Paplow, weiter über die Resolution Nebel mit der von Nebel acceptierten Abänderung und zuletzt über das Amendement Freyhaller. Es wird beantragt, über den dritten Absatz der Resolution Nebel gesondert abzustimmen. Die Abstimmung über die Resolution Nebel sowie über das Amendement Freyhaller soll eine namentliche sein. Die Anträge 12 und 13 werden durch die Vorlegung der Resolutionen für erledigt erklärt.

Zur Geschäftsordnung schlägt

Lebedour vor, nach allgemeinem parlamentarischen Brauch die Abstimmung über das Amendement Freyhaller vor der Abstimmung über die Resolution Nebel vorzunehmen.

Nebel erklärt, gegen die Trennung der Abstimmung über seine Resolution keinen Widerspruch zu erheben.

Richard Fischer bittet, es bei dem Vorschlag des Vorsitzenden zu belassen. Eine große Anzahl Delegierten wünschen zwar gegen das Amendement, aber für die Resolution Nebel zu stimmen, wozu sie nicht in der Lage wären, wenn das Amendement vorher etwa angenommen würde und dann die Abstimmung über die Resolution mit dem Amendement folgte.

Vors. Ebert: Das Bureau war sich wohl bewußt, daß in der Regel zuerst über das Amendement und dann über den Hauptantrag abgestimmt wird. Unser Vorschlag aber wird die Meinung des Parteitages besser zum Ausdruck kommen lassen.

Der Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden wird zurückgezogen. Die Anträge werden also in der vom Vorstand vorgeschlagenen Reihenfolge zur Abstimmung gebracht.

Die Resolutionen Bernstein und Paplow werden abgelehnt. Ebenso wird die Trennung der Abstimmung über die Resolution Nebel abgelehnt.

Es wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung über die Resolution Nebel geschritten.

Dabei wird festgestellt, daß für diese Abstimmungen auch die Abgeordneten Stimmrecht haben, da es sich nicht um eine Frage der Thätigkeit der Fraktion handelt.

Das Resultat der Abstimmung ist bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ mitgeteilt worden.

Während die Schriftführer das Ergebnis ermitteln, wird über Freyhaller's Mandat entschieden. Für die Mandatsprüfungskommission berichtet

Frau Riez über die Bemerkungen der Kommission, Informationen darüber zu erhalten, ob F e n d r i c h zur Zeit, als das Mandat aus-

gestellt wurde, organisiertes Parteimitglied war oder nicht. Die erste Antwort war zweifelhaft. Auf telegraphisches Ersuchen um präcise Beantwortung liefen zwei Depechen ein: Im ersten Fall hatte Fendrich selbst angefragt, ob es wahr sei, daß er seit April organisiert sei und im Juli Beiträge bezahlt habe. Darauf lief vom Vorsitzenden des Wahlvereins, Engler, eine bejahende Antwort ein. Inzwischen hatte sich die Kommission an den Kassierer des Wahlvereins gemeldet. Dieser antwortete, daß Fendrich's Name nicht in den Mitgliederlisten stehe und daß er keine Beiträge von ihm erhalten habe, daß aber Engler behauptete, er habe im August von Fendrich Geld erhalten, und zwar die Beiträge von April ab. Die Referentin machte auf den Widerspruch in den beiden Ausführungen von Engler aufmerksam. Das zweite Telegramm lasse die Möglichkeit zu, daß Fendrich zur Zeit seiner am 28. August stattgefundenen Wahl noch nicht organisiert gewesen sei. Da aber hier der Satz gelten müsse: in dubio pro reo, habe die Kommission angenommen, daß Fendrich im August schon Mitglied gewesen sei. Daselbe habe er auf Ehrenwort erklärt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es außerordentlich merkwürdig ist, daß jemand im Juli Beiträge vom April ab bezahlt hat und doch weder seine Mitgliedschaft noch seine Beiträge registriert sind. Bei einer richtigen Handhabung der Parteigesetze müßte die Feststellung, ob Fendrich Mitglied war, sehr einfach sein. Die Kommission schlägt vor, aus rein formalen Gründen das Mandat für gültig zu erklären, da wir keine Handhabe haben, es Fendrich abzusprechen. Sie hält es aber nicht für opportun, daß in dieser Weise Mandate zu stande kommen und beurteilt es aufs schärfste, daß solchen erst organisierten Parteigenossen Mandate gegeben werden.

Eichhorn: Die Genossen von Forzheim werden mit dem Erfolg ihres Protestes zufrieden sein. Sie wollten nur zum Ausdruck bringen, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht erteilt werden sollten. Die Berechtigte gebietet aber festzustellen, daß es nicht richtig ist, wenn Frau Riez sagt, Fendrich sei ein soeben erst organisierter Parteigenosse. Fendrich war seit langer Zeit thätig. Seine Krankheit im Frühjahr 1903 läßt es begreiflich erscheinen, daß er seine Parteigenossenschaft eine Zeitlang vergesen hat. Es war aber nicht notwendig, so lange damit zu warten.

Wolff-Hoffmann: Mit Gefälligkeitsmandaten haben wir sehr häufig zu thun. Das wird auch nicht besser werden, so lange der Parteitag nicht einen diesen Schritt durch macht. Wie die Sache liegt, ist der Parteitag durchaus berechtigt, das Mandat für ungültig zu erklären. Die eine Depeche ist doch recht fragwürdig. Fendrich hatte ja selber telegraphiert. Da kann er ja alles Mögliche telegraphieren haben.

Reinert-Hannover empfiehlt gleichfalls die Kassierung des Mandats. Schon öfter sei festgestellt worden, daß Delegierte auf dem Parteitage erscheinen, die im Wahlkreise gar nicht bekannt seien und nur geschickt wurden, weil der Kreis zu arm sei, einen eignen Delegierten zu entsenden. Ja, diese Delegierten ershatteten nicht einmal Bericht.

Fendrich erklärt, daß er sein Telegramm der Mandatsprüfungskommission vorgelegt habe, um nicht in den Verdacht zu kommen, als wolle er ein tendenziöses und suggestives Telegramm abfenden. Seine Wahl sei im übrigen ordnungsgemäß zu stande gekommen.

Lespold-Zey ist für Gültigkeit des Mandats, billigt aber die Art, wie es zu stande gekommen ist, nicht.

Dreesbach: Wir haben kein Recht, Fendrich das Mandat abzuweisen, denn nach jedem Parteitage waren Delegierte anwesend, die auf ähnliche Weise zu ihrem Mandat gekommen sind. Wir werden dafür sorgen müssen, daß in Zukunft solche Mandate nicht mehr anerkannt werden, aber so lange keine entsprechende Bestimmung im Organisationsstatut steht, können wir derartige Mandate nicht für ungültig erklären. Uebrigens hat Fendrich Durlach im Landtage vertreten, er ist also im Kreise sehr gut bekannt. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß Fendrich lange Zeit nerbenkrank war und infolgedessen sehr leicht vergessen konnte, für seine Organisationszugehörigkeit zu sorgen. Sobald er wieder schaffen konnte, hat er seine Pflichten als Parteigenosse erfüllt. Im übrigen muß man auf die Ansicht von Engler, dem Vertrauensmann des Wahlkreises und Vorsitzenden des Wahlvereins, großes Gewicht legen. Wenn er erklärt, daß Fendrich seine Beiträge bezahlt hat, steht das für mich fest!

Frau Riez bestätigt, daß Fendrich der Mandatsprüfungskommission sein Telegramm vorgelegt hat; die Kommission habe beschlossen, sich selbst Informationen einzuholen. Daß das Mandat formell ordnungsgemäß zu stande gekommen sei, habe sie bereits am Montag zugestanden.

Auf Antrag von Berlin wird die Debatte geschlossen.

Entsprechend dem Auftrage der Kommission erklärt der Parteitag das Mandat von Fendrich für gültig und spricht den Wunsch aus, daß in Zukunft Mandate auf solche Weise nicht mehr zu stande kommen mögen.

Nach Verlesung eines Glückwunsch-Telegramms vom Sekretär des internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel wird die Sitzung geschlossen.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Der französische Gewerkschaftskongress.

Bourges, 16. September. (Fig. Ver.)

Fünfter Verhandlungstag.

Siebente Sitzung. Vormittags 8 1/2 Uhr.

In den ersten vier Tagen hat der Kongress bloß den ersten der fünfzehn Punkte der Tagesordnung erledigt und auch jenen nicht vollständig: es bleibt noch der Kassierbericht unerledigt. Es ist klar, daß in den letzten zwei Kongrestagen nur noch die allerwichtigsten Fragen verhandelt werden können, vor allem die Statutenänderung (Proporzantrag der Reformisten) und der Achtstundentag. Der Kongress beschließt daher, in der Diskussion über den Proporzantrag nur zehn Redner zu Worte kommen zu lassen, fünf für und fünf wider, und zweitens eine Kommission zur Ausarbeitung eines Berichts über den Achtstundentag zu wählen.

Die Redner der Rechten (für den Proporz) sind: Maroux, Buchdrucker, Coupat, Mechaniker, Lucas, Angestellte, Kassierer, Buchdrucker und Guérard, Eisenbahner. Die Redner der Linken (gegen den Proporz) sind: Viberi, Arsenalarbeiter, Penriot, Jüngerholzhauer, Niel, Arbeitshörre Montvaller, Luquet und Villevol, Korrektoren. Die Redner für und wider werden jedesmal abwechseln. Durch Los wird entschieden, daß der erste Redner für den Proporz sprechen wird.

Debatte über die Proporzvertretung.

Maroux verliest einen Bericht der Buchdrucker: Der bestehende Zustand führt dazu, daß der Vorstand Beschlüsse faßt, die der wahren Meinung der Organisationsmehrheit nicht entsprechen. Ferner werden in den Vorstand Delegierte gewählt, die den Wählern unbekannt sind. (Pariser Vertreter der Provinzorganisationen.) Man faßt Beschlüsse, ohne sich um die Meinungen der vertretenen Arbeiter zu kümmern und dann spricht man „im Namen des organisierten Proletariats“. Der Proporz ist nötig, um die Aktion der Regierenden zu regeln. Sind diese, wie sie behaupten, wirklich die Vertreter der Mehrheit, so haben sie ja nichts zu befürchten. Die Gegner des Proporz suchen dem Ehrgeiz der kleinen Gewerkschaften zu schmeicheln. Es giebt ja Gewerkschaften, die nur ein paar Mitglieder zählen, oder gar nur aus dem Sekretär bestehen. Unter dem Proporz würden Generalstreiks nur dann dekretiert, wenn sie wirklich von der

Wahrheit gewünscht würden, nicht so wie bisher. Dann würde man auch nicht so viel gezeigerte Streiks erleben, wie bisher. Nur der Proporz vermag den Ernst und die Wirksamkeit der gefassten Beschlüsse zu sichern. (Weisfall rechts.)

Vibert: Die Proporzantagsteller behaupten, daß die kleinen Gewerkschaften die Konföderation majorisieren. Das ist falsch. Richtigere Organisationen sind gegen den Proporz. Der Marinerverband mit 12000 Mitgliedern, die Metallarbeiter mit 16500 Mitgliedern, die selbst den Buchdruckern überlegen sind, bekämpfen den Proporz. Wir, die Arbeiter der Staatswerkstätten, sind gegen den Proporz, weil wir leicht infolge der bei uns für die Organisation günstigeren Bedingungen die Mehrheit in der Konföderation bilden könnten, was uns aber einschließen könnte, zum Nachteil der Sache der proletarischen Befreiung. (Lebhafte Weisfall links.)

Coupo: Es ist falsch, zu befürchten, daß der Proporz die Minderheit unterdrücken würde. Siehe die Organisationen, die den Proporz eingeführt haben. Lediglich geht unser Antrag nicht bis zum wahren Proporz, nicht bis zur Forderung der Engländer: „Ein Mann, eine Stimme“. Man sagt, die aktive Minderheit sei imstande, die Masse fortzuführen. Das ist nur infolge richtig, als die Minderheit im Geiste der Masse handelt. Andernfalls wird die Aktion der Minderheit zu traurigen Fiascos führen. Siehe den Erbarbeiter-Generalstreik in Paris 1898: eine kleine Minderheit hat es vermocht, die Arbeitsplätze zu leeren, aber nach wenigen Tagen brach die Bewegung zusammen, und ich sah mit Trauer, daß gerade die glühendsten Generalstreikler die Arbeitsstätten nicht verlassen haben. Mit einer amorphen Masse läßt sich nichts Dauerndes erreichen, sie ist unberechenbar, man muß die Massen zum Bewußtsein und zur Organisation erziehen.

Henriet: Jüchholzarbeiter (staatliches Monopol): Die Konföderation hat bewirkt, daß der frühere Gegensatz zwischen staatlichen und privatindustriellen Arbeitern verschwunden ist. Mit Vibert betont Redner, daß die Staatsarbeiter nicht wünschen, die privaten Arbeiter durch Stimmenmehrheit zu erdrücken. Meine Organisation ist entschlossen, im Interesse des Proletariats zusammen mit den privatindustriellen Arbeitern in den Generalstreik zu treten. (Weisfall links.)

Reißer betont zunächst die Willkürlichkeit der Vorstandsbeschlüsse, die mit der bestehenden Vertretungsform notwendig verknüpft sei, und verweist auf den praktischen Mißerfolg der ewigen Generalstreiksbeschlüsse und Generalstreikspropaganda: Die Buchdrucker sind nicht gegen das Prinzip des Generalstreiks, sondern gegen die Auffassung, als ob der Generalstreik die soziale Revolution herbeiführen könnte. Sie denken ferner, daß ein Generalstreik nur dann in Szene gesetzt werden darf, wenn die wahre Mehrheit der Beteiligten sich dafür ausgesprochen hat. So aber werden Generalstreiks proklamiert, die von den Arbeitern nicht mitgemacht werden.

Weiter verweist Redner darauf, daß der Proporz in diesem oder jenem Grade im Ausland funktioniert. Die betreffenden Angaben, die er ausführlich darlegt, wurden ihm mitgeteilt für Deutschland von Legation, für Oesterreich vom Handelsministerium, für die Vereinigten Staaten von Sekretären verschiedener großer Verbände, ebenso für Kanada und England und anderwärts. Wir verlangen also nichts Neues. — Ueberall, wo ernste Organisationen bestehen, gilt der Proporz, der in nichts die Aktion hemmt. (Weisfall rechts.)

Niel verwirft den Proporz zunächst aus technischen Gründen, weil die Mitgliederzahl des Vorstandes so stark anwachsen müßte, daß der Vorstand zu einem Parlament werden würde. Und wie soll die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder kontrolliert werden? Man muß immer damit rechnen, daß die Gewerkschaften je nachdem ihre Mitgliederzahl höher oder niedriger als die wirkliche Zahl angeben könnten. Eine ernliche Anwendung des Proporz hat zur Voraussetzung die Kontrolle der Mitgliederlisten. Das würde aber ein inquisitorisches Eindringen des Vorstandes in die einzelnen Gewerkschaften herbeiführen, also eine Verletzung der Autonomie. (Lebhafte Weisfall links.) Ich weiß nicht, wie die Deutschen und Engländer sich mit der Kontrolle abfinden; in Frankreich bedarf man mehr der Autonomie und Freiheit, eine inquisitorische Kontrolle wäre für unser Temperament untraglich. — Redner erinnert daran, daß der Verband der Handelsangestellten (Reformisten) bei den Wahlen in den höheren Arbeitsrat ihre wahre Mitgliederzahl um einige Tausend erhöht haben, weshalb die Wahl fälschert wurde. (Stürmischer, demonstrativer Weisfall links.)

Die Mitteilungen Reißers über das Ausland sind dankenswert und lehrreich. Aber wir unterscheiden uns von den ausländischen Arbeitern durch Sitten, Geschichte und Temperament. Bei den latiblickigen Nationen kann wohl die Organisation auf mathematischer Grundlage aufgebaut werden, die sich an den Verstand wendet. Wir sind dagegen mehr durch das Gefühl, durch das Herz beherrscht, und dem entspricht die egalitäre (gleichheitliche — jeder Gewerkschaft eine Stimme) Vertretungsform, die ein mathematisches Verfahren ausschließt. Letzteres würde die treibende Kraft, das Wesen unserer Organisation vernichten, das Solidaritätsgefühl aufs tiefste verletzen. (Lebhafte Weisfall links.)

Vor Schluß der Sitzung wird das endgültige, durch die Jüch-Kommission geprüfte Ergebnis der gestrigen Abstimmung über den Vorstandsbericht verkündigt:

Der Bericht wurde begünstigt mit 815 gegen 360 Mandate bei 14 Enthaltungen und 6 annullierten Stimmzetteln.

Das Ergebnis wird von der Linken mit stürmischem Weisfall begrüßt.

Schluß der Sitzung 12 1/4 Uhr.

Achte Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Vorsitz: Leguay, Diamantarbeiter, Bièche, Doker, Marfeille und Frau Montagne, Wäscherinnen, Lyon.

Der Antrag der Buchdrucker betreffs der Proportionalvertretung verlangt, daß bei den Abstimmungen in konföderalen Vorstand jedes Mitglied mächtig, wie bisher, eine Stimme abgibt, sondern über eine der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder der von ihm vertretenen Organisation proportionale Stimmenzahl verfügt. Die Proportion ist auf folgender Grundlage festzusetzen:

Von	1 bis	100 Mitglieder	1 Stimme
101	200	2	"
201	500	3	"
501	1000	4	"
1001	1500	5	"
1501	2000	6	"
2001	3000	7	"
3001	4000	8	"
4001	5000	9	"
5001	7000	10	Stimmen usw.

In ähnlicher Weise will ein Antrag der Arbeitsbörse von vierzig die Abstimmungen im Kongreß regeln.

Fortsetzung der Proporzdebatte.

Lucas, Handelsangestellter, wendet sich gegen die Beweisführung Niel: Die Befürchtung, daß der Proporz eine berufliche Aristokratie wieder ins Leben rufen könnte, ist hinfällig. Meine Organisation ist für den Proporz und doch haben wir mit Erfolg den beruflichen Dünkel der Handelsangestellten bekämpft. Die ganze Beweisführung Niel läuft darauf hinaus, daß der Proporz schwer zu verwirklichen wäre. Dieser Einwand wird von den Reaktionsären stets gegen jede Reform erhoben. (Proteste links.) Die moralischen Gefühle sind beachtenswert, aber nur insofern sie auf dem Verstand beruhen. Die Gefühle aber, die auf Instinkten beruhen, können gefährliche Folgen zeitigen, atavistische Leidenschaften erwecken, die dem religiösen Fetterschismus verknüpft sind. (Proteste links und Unruhe.) Niel unterbrecht. Auch innerhalb der französischen Arbeiter bestehen die Temperamentsunterschiede zwischen dem Süden und Norden etc. (Weisfall rechts.)

Nun zu den falschen Angaben der Gewerkschaften über ihre Mitgliederzahl. Ich will annehmen, daß diese Praktiken nicht so

verbreitet sind, wie behauptet wurde. Jedenfalls ist es Zeit, mit dieser Unwahrhaftigkeit aufzuräumen. Wie? wir wollen die Welt reformieren und sollten nicht imstande sein, schlechte Sitten in unserem Milieu zu reformieren? (Lebhafte Weisfall rechts.)

Luquet, Coiffeure (Verailles) betont namentlich, daß der ganze Debatte ein Gegensatz der Richtungen zu Grunde liege: Der Proporz nach Maßgabe der Mitgliederzahl ist ungerade. Es gibt Berufe, die relativ wenige Arbeiter umfassen, aber für die Gesellschaft wichtiger sind als andre Berufe, in denen zahlreiche Arbeiter beschäftigt sind. Im allgemeinen sind alle Berufe als gleich wichtig zu erachten, daher ist die Gleichberechtigung sämtlicher Berufe in den Abstimmungen eine Forderung der Gerechtigkeit.

Guerard, der nächste Redner, kann nicht mehr zu Worte kommen, da er abreißen muß. An dessen Stelle spricht für den Proporz **Lauche, Mechaniker:** Es ist falsch, diese Debatte auf den Gegensatz der Richtungen zurückzuführen. Auf dem Kongreß von Rennes (1898) wurde der Proporz von den Eisenbahnern (Guerard) gestellt, die damals der revolutionären Richtung angehörten. Er wurde verworfen aus sachlichen Gründen, nicht aus Rücksicht auf diese und jene Tendenz. Desgleichen in den späteren Kongressen. Man unterbrecht und die Absicht, durch den Proporz die zielbewusste Minderheit unterdrücken und den „sozialen Frieden“ sichern zu wollen. In der deutschen Gewerkschaftsorganisation besteht der Proporz. Arbeiten denn aber dessen Anhänger dort für den sozialen Frieden? Sind sie nicht vielmehr Mitglieder der Sozialdemokratie und Bekenner des Klassenkampfes? (Weisfall rechts.)

Die Debatte wird heute in einer Abend-sitzung zu Ende geführt werden. Es ist noch ein letzter Redner, **Villebois (Roule),** eingeschrieben.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Neunte Sitzung. Abends 8 1/2 Uhr.

Die Proporzdebatte schließt mit der Rede von **Billeval Korrektor:** Tatsächlich besteht bereits die Proportionalvertretung im Kongreß, denn die stärkeren Verbände, die mehr Gewerkschaften umfassen, haben auch entsprechend mehr Kongreßmandate. Die ziffernmäßige Prüfung der gestrigen Abstimmung über den Vorstandsbericht zeigt, daß schon jetzt die stärkeren Verbände die Kongreßmehrheit und folglich die Vorstandsmehrheit bilden. Hier auf dem Kongreß bestehen zwei Tendenzen: soziale Friedensapostel, die an die Einigung zwischen Kapital und Arbeit glauben, und Gegner dieser utopischen Ansicht, die die revolutionäre Aktion zum Zwecke des Umsturzes der kapitalistischen Gesellschaft wollen. (Unterbrechungen rechts. Unruhe.)

Der Vorstand denkt nicht daran, sich einem Referendum zu widerlegen im Falle wichtiger Entscheidungen. Redner bricht ab inmitten der sich steigenden Unruhe, die durch die fortwährenden Unterbrechungen seitens der Rechten verursacht wird.

Man schreitet nun zur Abstimmung, die nach Mandaten vorgenommen wird. Zunächst soll lediglich über das Prinzip der Proportionalvertretung abgestimmt werden.

Ergebnis der Abstimmung: Die Proportionalvertretung ist abgelehnt worden mit 822 gegen 388 Mandate bei 1 Enthaltung. Das Ergebnis wird von der Mehrheit mit stürmischem, anhaltendem Weisfall und Bravo-Rufen begrüßt.

Die überwältigende Mehrheit, die gestern dem Vorstand ein Vertrauensvotum erteilt hat, hat sich mit der gleichen Wut für die bisherige Taktik der Konföderation erklärt in der Ablehnung des Proporz. Zugleich zeigt das Stimmverhältnis der Abstimmungen, daß entgegen der Behauptung der Rechten, die Konföderation im Geiste der Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder geleitet wird.

Journalistendebatte.

Eine längere Debatte entspinnt sich über den Antrag der Honorar-Arbeitsbörse, der den Journalisten das Recht entzieht, in den Vorstand der Konföderation gewählt zu werden. Der Antrag hat zum Anlaß die polemischen Artikel des Vorstandsmitgliedes **Louis Maurice** in der „Petite République“ gegen die revolutionäre Ausgewerkschafterei. Mehrere leitende Redner der Linken nahmen energisch Stellung gegen den Antrag, ebenso wie Delegierte der Rechten, und zwar namentlich der Meinungsfreiheit und des Rechtes auf Kritik.

Schließlich wird eine Resolution Niel votiert, welche Polemiken von Gewerkschaften in politischen Zeitungen gegen die Konföderation bedauert und für die Zukunft derartige Fälle der Entscheidung des Vorstandes überweist.

Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr abends.

Sechster Verhandlungstag.

Zehnte Sitzung. Vormittags 8 1/2 Uhr.

Finanzbericht.

Die vom Kongreß gewählte Kontrollkommission erstattet Bericht über das Kassenwesen. Alles wurde in Ordnung befunden. Die Kommission hat nur an der Buchführung der Sektion der Berufsverbände anzusetzen, daß sie nicht klar genug sei. Ferner hebt die Kommission einige kleine Zahlenfehler im gedruckten Finanzbericht hervor und beantragt die Anstellung eines einzigen berufsmäßigen Buchhalters für das gesamte Kassenwesen der Konföderation.

Der Kommissionsbericht ruft eine lange und erregte Debatte hervor. Die Kommission besteht nämlich in ihrer Gesamtheit aus Mitgliedern der Rechten. Die am Auserstehende Linke hatte das so gewollt angefaßt der von der Opposition verbreiteten verdächtigen Gerüchte. Die linksstehenden Vorstandsmitglieder protestieren gegen den verdächtigen Charakter des Kontrollberichts, trotzdem die Kommission genötigt sei, die Integrität der Kassenführung anzuerkennen.

Die Kassendebatte gestaltet sich also zu einem regelrechten Treffen zwischen den beiden Richtungen. Demgemäß beschließt der Kongreß auf Antrag **Griffuelhes**, das Votum über die Erörterungen des Berichts nach Mandaten vorzunehmen. Die Schlußanträge werden durch Handaufheben einstimmig votiert.

Während die Mandatsabstimmung sich vollzieht, erklärt **Lauche, Mechaniker** (von der Rechten), er und seine Freunde würden nicht abstimmen, da die Bedeutung des Votums ihnen nicht klar wäre.

Inzwischen wird beschlossen, angesichts des Umstandes, daß der Kongreß für die Erledigung der übrigen 13 Punkte der Tagesordnung nur noch über den heutigen Tag verfügt, und daß andererseits die Delegierten fast über alle Punkte gebundene Mandate von ihren Organisationen erhalten haben — fortan ohne Debatte über die eingebrachten oder einzubringenden Resolutionen abzustimmen.

Achtstundentag und Lohnminimum.

Der bezügliche Bericht, der von der Kommission mit allen gegen drei Stimmen votiert wurde, betont die Notwendigkeit, mit den alten irrigen Methoden zu brechen, die den Achtstundentag von der Einbringung eines Gesetzesentwurfes erhofften. Die Kommission empfiehlt die Methode des direkten Druckes auf die Unternehmer mit allen Mitteln und stellt folgende Anträge: 1. Beauftragung der Generalstreik-Kommission mit der Einleitung einer energischen Agitation für den Achtstundentag durch Wort und Schrift, durch Versammlungen und Rundgebungen, insbesondere durch große Kundgebungen am 1. Mai. 2. Die Agitation hat bis zum 1. Mai 1906 fortzubauern, an welchem Datum dann die Arbeiter sich zu weigern hätten, mehr als acht Stunden zu arbeiten. 3. Die Kosten der Agitation sind zu bestreiten durch Auserlegung eines speziellen Vertrages von zehn Centimes pro hundert Genossenschaftsmitglieder monatlich, sowie durch besondere Subskriptionslisten.

Namens der Kommissionsminderheit betont der Vertreter der (rechtstehenden) Minderheit der Arbeitsbörse von **Saint-Lazaire**, daß es vorerst notwendig sei, die Durchführung des Achtstundentages zu sichern.

Reißer (Buchdrucker, Rechte) bekämpft die Kommissionsanträge: Wenn im Ausland vielfach der Acht- und Achtstundentag durch die gewerkschaftliche Aktion erlangt wurden, so ist doch auch

die gesetzgeberische Aktion nicht rundweg zu verwerten. Diese kann an ihrem Teil die Verkürzung der Arbeitszeit fördern, wie man das überall gesehen hat. Der 10 Centimes-Beitrag ist eine neue Last. Nachdem die Proportionalvertretung verworfen worden ist, kann der Kongreßbeschuß zu Gunsten dieses neuen Beitrags nicht wirksam sein. Die Organisationen müßten hierüber erst befragt werden. Die sofortige Einführung des Achtstundentages ist unmöglich. Die Auswirkungen dieser Reform auf die Industrie müssen berücksichtigt werden. Es sind daher Uebergangsetappen unumgänglich. So haben die deutschen Buchdrucker gehandelt — und mit Erfolg.

Yvetot, Vorstandsvizepräsident für die Arbeitsbörse, verweist darauf, daß man schon lange genug gewartet habe. Der Kommissionsantrag sieht übrigens einen Zeitraum von 18 Monaten vor, um den Achtstundentag durchzusetzen.

Inzwischen wird das Ergebnis der Abstimmung über die Erörterungen des Berichts der Kontrollkommission verkündigt: sie wird abgelehnt mit 666 gegen 288 Mandaten bei 27 Enthaltungen. (Weisfall links.)

Die Debatte über den Achtstundentag dauert weiter fort, trotz des erwähnten Beschlusses gegen jegliche Debatten.

Elfte Sitzung. Nachmittags 2 1/2 Uhr.

In Fortsetzung der Achtstundentag-Debatte spricht noch **Dubéas, Coiffeur** (Paris), für sämtliche Anträge der Kommission und bemerkt, daß der Beitrag von 10 Centimes monatlich pro 100 Mitglieder die Summe von 1500 Franc ergeben werde. **Pouget** beantragt die Ersetzung des obligatorischen Beitrags durch freiwillige Geldsammlungen. Daraus werden die Vorschläge der Kommission mit dem Änderungsantrag **Pouget** durch Handaufheben votiert.

Der Konflikt zwischen der Kohlenträger-Gewerkschaft und dem Dokerverband von **Marseille**, der den Kongreß schon mehrfach beschäftigt hat, entseht einen heftigen minutenlangen Tumult; die Delegierten verlangen den Uebergang zur Tagesordnung. Schließlich wird der Konflikt dem Vorstände zur Entscheidung überwiesen.

Kontrollmarke.

Bonsquet (Linke) wirft dem Buchdruckerverband vor, eine eigene Kontrollmarke geschaffen zu haben, ungeachtet eines früheren Kongreßbeschlusses, der die konföderale Kontrollmarke eingeführt hat. Als jener Beschluß gefaßt wurde, dachte niemand daran, daß ein Verband eine eigene berufliche Kontrollmarke einführen würde.

Billeval Vater (Buchdrucker von der Rechten, während sein Sohn, Delegierter des Korrektorverbandes, der **Linke** angehört) verliest eine sehr einflüchtige, reich dokumentierte Rede, worin er die Schaffung einer besonderen Kontrollmarke-Liga empfiehlt und die Vorteile einer einzelberuflichen Kontrollmarke darlegt. Der konföderale Vorstand hätte bloß sämtliche berufliche Kontrollmarken zu centralisieren und eine Liste derjenigen aufzustellen, die konföderierten Gewerkschaften angehören. Die Liste, d. h. die Zusammenstellung der photographischen Abbildungen der Kontrollmarken wäre regelmäßig in der „Voix du Peuple“ zu veröffentlichen.

Lucas, Handelsangestellter (Rechte), beantragt, die Frage auf den nächsten Kongreß zu vertagen:

Sergent, Buchdrucker, betont die Wirkungslosigkeit der konföderalen Kontrollmarke, weil man nicht imstande sei, die Unternehmer zu zwingen, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. (Widerpruch links.) Die berufliche Marke sei ein gutes Mittel, die Arbeiter der Organisation zuzuführen. So habe der Buchdruckerverband im letzten kommunalen Wahlkampf die Kandidaten aller Parteien aufgefordert, ihre Ämter mit der Kontrollmarke zu versehen.

In der Abstimmung wird die konföderale Kontrollmarke mit großer Mehrheit beschlossen. (Weisfall links.)

Generalsche Schiedsgerichte.

Griffuelhes beantragt eine Resolution, welche die Abschaffung der Appellation und die Ausdehnung des Schiedsgerichtswesens auf alle Arbeiterkategorien, einschließlich der Landarbeiter, verlangt.

Briat beantragt noch, die Abschaffung des Gegenklageverfahrens zu fordern. — Die Resolution nebst dem Zusatzantrag **Briats** wird votiert.

Unfallgesetz.

Auf **Griffuelhes** Antrag wird beschlossen, die Abänderung des Unfallgesetzes von 1898 im Sinne seiner Ausdehnung auf alle Arbeiterkategorien ohne Unterscheid des Geschlechts und der Nationalität. Auf **Briats** Antrag protestiert der Kongreß gegen die vom Senat votierte Bestimmung der Novelle zum Unfallgesetz, wonach dem Unternehmer das Recht zuerkannt wird, den verwundeten Arbeiter in seiner Wohnung zu Kontrollzwecken aufzufahren. (Ein Delegierter links ruft: „Da haben Sie den Bankrott des Parlamentarismus!“)

Krieg und Antimilitarismus.

Der Kongreß votiert eine von **Griffuelhes** beantragte Resolution, die gegen jeden Krieg protestiert und die chauvinistischen Leidenschaften, die von den herrschenden Klassen ausgebeutet werden, verurteilt.

Yvetot fordert die antimilitaristisch gefinnenen Kameraden auf, für die Gründung von Sektionen der „Internationalen Liga gegen den Militarismus“ zu sorgen.

Die übrigen acht Punkte der Tagesordnung bleiben unerledigt bezw. dem nächsten Kongreß überwiesen.

Ferner votiert der Kongreß noch einen Antrag, der zur Veranstaltung von feindlichen Kundgebungen gegen den spanischen König während seiner Reise in Frankreich auffordert, um so wider die grausamen Repressalien gegen die spanischen Arbeiter zu protestieren.

Ueber den Tagungsort des nächsten Kongresses (September 1906) wird durch das Los entschieden, nachdem in lebhafter Debatte zahlreiche Städte sich um die Ehre beworben haben. Das Los entscheidet für **Amiens**.

Damit ist der Kongreß geschlossen.

Die Delegierten stimmen die „Internationale“ an und verlassen den Saal unter Rufen: „Hoch die proletarische Befreiung! Hoch die soziale Revolution!“

Schluß 6 1/2 Uhr.

Wasserstand am 21. September. Elbe bei Müßig — 0,00 Meter, bei Dresden — 0,00 Meter, bei Magdeburg + 0,00 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 0,00 Meter. — Oder bei Raasdorf + 1,58 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,04 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 0,44 Meter, bei Frankfurt + 0,15 Meter. — Weichsel bei Braubrunnen + 1,88 Meter. — Varthe bei Posen — 0,22 Meter. Rache bei Uß + 0,33 Meter.

Witterungsüberblick vom 22. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. G. (Tag- u. N.)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. G. (Tag- u. N.)
Zwimende	766	D	2bedekt	9	Daparanda	774	NRD	2bedekt	4		
Hamburg	765	NRD	2bedekt	9	Petersburg	774	R	1bedekt	7		
Berlin	765	SD	4bedekt	8	Uort	—	—	—	—		
Frankfurt a.M.	762	R	3bedekt	8	Uerbeen	771	SO	2wolfig	11		
München	761	SW	—bedekt	6	Paris	767	NRD	2wolfig	11		
Wien	763	SW	—bedekt	8	66	—	—	—	—		

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. September 1904.

Nächtlich und vorherrschend wolfig mit leichten Regenschauern und möglichen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 23. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Cavalleria rusticana. (Bauernchöre) — Coppelia.
Neues königl. Opern-Theater. Was ihr wollt.
Deutsches. Reizenglieder.
Berliner. Letzte Stunden.
Leistung. Die Frau vom Meer.
Welfen. Der Himmelskronen.
Thalia. Der Weiberkönig.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Kreuzschreiber.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) John Gabriel Borkman.

Neues. Erdgeist.
Kleines. Rastlos.
Reizend. Eine Hochzeit.
Central. Die Geisha.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Belle-Alliance. Dufel Bräutigam.
Luisen. Wein Leopold.
Deutsche Volksbühne. Genoveva.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.

Apollo. Venus auf Erden mit Hans, das deutsche Pferd. Spezialitäten.
Herrfeld-Theater. Nur eine Nacht. Um andern Morgen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Paisage-Theater. Dida. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Die Insel Rügen.
Jugendtheater. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater. Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Sonnabend: Gastspiel des Fräulein Gusti Förster: Der Zigeunerbaron.
Sonntag: Die Geisha.
Abends: Die Fledermaus.

Luisen-Theater. Heute Freitag:
Der Verschwendter.
Sonnabend: Rätchen v. Heilbronn.
Sonntag: Die Geisha.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Goldbauer.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Heute: Gastspiel Adolf Philipp.
Zum **GROSSEN 341. TEICH**
Male: Anf. 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30.
Sonntag, den 25., nachm. 3 Uhr: Ueber'n grossen Teich.

Casino-Theater. Leffingstr. 37. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Einziges Theater Berlin im Genre der alten Wallner-Bühne.
Mutter Gräbert.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten v. Reisingen.
Vorher der erstklassige bunte Teil.
Sonntag: 4 Uhr: Der Denunziant.

Deutsche Volksbühne. Carl Weib-Theat., Str. Franz. Str. 132.
Genoveva.
Tragödie in 5 Akten von Fr. Hebbel.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Menschen von Tharau.
Sonntag: ermäßigte Preise: Die Räuber. Abends: Genoveva.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Eine Hochzeitsnacht.
(Une Nuit de Noce.)
Schwank in 3 Akten von H. Rétoul und H. Barre.
Sonntag: 3 Uhr: Nora.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b.
Sonnabend, den 24. September cr.:
Eröffnungs-Vorstellung:
Der Troubadour.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Zar und Zimmermann. Abends: Der Troubadour.

Trianon-Theater. Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 3 Akten von André Sylvane und Maurice Strakosky.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Galeerenflave.
Sonnabend: Extra-Elite-Vorstellung: Gewonnenes Herz.
Die Sätze sind noch an einigen Sonnabenden für Vereinsmitglieder frei.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Freitagabend 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.
Sonnabendabend 8 Uhr: Das Heiratsnest.
Sonntagmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Sonntagabend 8 Uhr: Johanniseuer.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Freitagabend 8 Uhr: John Gabriel Borkman.
Sonnabendabend 8 Uhr: Johanniseuer.
Sonntagmittag 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.
Sonntagabend 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Des Pastors Rieke. (Wangol, Durieux, v. Winterstein, Ekert.)
Sonnabend: Nachtasyl.
Sonntag: Des Pastors Rieke.
Montag: Elektra.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Sonntag, 25. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater. Heute Freitagabend 8 Uhr:
Gastspiel: **Aug. Junkermann: Dufel Bräutigam.**
Sonnabend und Sonntag: Dasselbe Gastspiel.
Sonntag: 3 1/2 Uhr zu halben Preisen: Die Dame aus Trouville.

Letzte Woche!!!
Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153/156. — Straßenbahnlinien A, A/E, T, V, 91.
Die größten Wasser-Schauspiele der Welt.
In die Luftsprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8, Sonntag 3, 5 1/2, und 8 Uhr.
Heute Freitag: Eintrittspreis 50 Pf. a Person auf all. Plätzen.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.

Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 163.
Rosa
das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: See-Elefant.
Eintritt vom Garten 30 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder d. Hälfte.
Besichtigung bis 8 Uhr abends bei elektrischem Licht.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Bender. X Josephi. Grünfeld. X Frid-Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr
Gr. dramatisch-satirische Komödie in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Victoria-Bräuerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85.
Neu! Geschwister Rafael, die schönen Romanzmalereien. Neu! Mr. Huson, Exzentric-Spatenfinger. Neu! Salvador & Selma, Kräftequadrillen auf lebendem Viehdahl. Neu! Original-Koch. Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 7 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Galeerenflave.
Sonnabend: Extra-Elite-Vorstellung: Gewonnenes Herz.
Die Sätze sind noch an einigen Sonnabenden für Vereinsmitglieder frei.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Freitagabend 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.
Sonnabendabend 8 Uhr: Das Heiratsnest.
Sonntagmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Sonntagabend 8 Uhr: Johanniseuer.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Freitagabend 8 Uhr: John Gabriel Borkman.
Sonnabendabend 8 Uhr: Johanniseuer.
Sonntagmittag 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.
Sonntagabend 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Des Pastors Rieke. (Wangol, Durieux, v. Winterstein, Ekert.)
Sonnabend: Nachtasyl.
Sonntag: Des Pastors Rieke.
Montag: Elektra.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Sonntag, 25. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater. Heute Freitagabend 8 Uhr:
Gastspiel: **Aug. Junkermann: Dufel Bräutigam.**
Sonnabend und Sonntag: Dasselbe Gastspiel.
Sonntag: 3 1/2 Uhr zu halben Preisen: Die Dame aus Trouville.

Letzte Woche!!!
Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153/156. — Straßenbahnlinien A, A/E, T, V, 91.
Die größten Wasser-Schauspiele der Welt.
In die Luftsprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8, Sonntag 3, 5 1/2, und 8 Uhr.
Heute Freitag: Eintrittspreis 50 Pf. a Person auf all. Plätzen.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.

Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 163.
Rosa
das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: See-Elefant.
Eintritt vom Garten 30 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder d. Hälfte.
Besichtigung bis 8 Uhr abends bei elektrischem Licht.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Bender. X Josephi. Grünfeld. X Frid-Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr
Gr. dramatisch-satirische Komödie in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Victoria-Bräuerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85.
Neu! Geschwister Rafael, die schönen Romanzmalereien. Neu! Mr. Huson, Exzentric-Spatenfinger. Neu! Salvador & Selma, Kräftequadrillen auf lebendem Viehdahl. Neu! Original-Koch. Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 7 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Galeerenflave.
Sonnabend: Extra-Elite-Vorstellung: Gewonnenes Herz.
Die Sätze sind noch an einigen Sonnabenden für Vereinsmitglieder frei.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).
Sonnabend, 24. September 1904, in den Räumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee No. 10:

Großes Herbst-Vergnügen
veranstaltet von den socialdemokratischen Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Konzert, ausgeführt von Mitgliedern des Central-Verbandes der Civil-Berufsmusiker Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin) unter Leitung ihres Dirigenten **Max Behnfeld.** 248/16*

Auftreten des **Nordstern-Ensembles** | **R. Schaub.** | Turnersche Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins **Fichte.**
Nach der Vorstellung: **Tanz.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billet 30 Pf. — Kassenverkauf findet nicht statt. — Anfang 8 1/2 Uhr. **Das Komitee.**

Cirkus Busch.
23. September, abends 7 1/2 Uhr:
Südwest-Afrika.
15 Polarbären, dress. und vergel. von Mr. Henriksen. Die berühmte franz. Reiterfamilie Léousson. „Milton“, Sprung bis über 2 Meter Barriere. „Chips“, Sprung über 6 Pferde mit Reiter. Die neugagierten Clowns.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Nehm. Wochent. 5, Sonntag 3 Uhr.
die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Dida
Pocahuntas, die indische Jean Paul, Komiker.
The Finlays.
Lucie Vardier, Vortragskünstl.
14 erstklassige Nummern.

Seala-Theater.
Eintritt. 132 (a. b. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Löwys Duell.
Voffe mit Gelang in einem Akt, sowie
30 internation. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Sansouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Donnerst., Sonnt., Mont.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausstehenden Vorzugs-tarifen gelten.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaiseraal: **Tanz.**

Otto Pritzkows
Abnormalitäten - Ausstellung
Münzstr. 16, am Alexanderpl.
Feodora, das Weib mit den Löwentatzen.
Lebend! Lebend!
32 Jahre alt, 70 cm. groß.
Charistiro, das rätselhafte medizinische Wunder.
Neu! Die kunstvoll plastisch tätowierte Dame.
Eintritt 10 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Wegler, Pietro, Britton, Steidl, Böhm, Blümel, Bäckmann, Walden, Schrader).
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Möbelverkauf,
passendste Gelegenheit für Brautleute.
Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ute Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 R., hochelegante Einrichtungen bis zu 1000 R. und darüber. Zahlungsplan bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Einmalen billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verließen gemachten Möbel, zumal dieselben nie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderstich 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Küchenschrank, Vertikal 36, Salonarmatur, Tischgarnituren 105, Rauchstühle stellen mit Matrassen 40, gezeichnete Stühle, Büchertische, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Buchbaum, Salons, Ummantelungen, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Werkstätte gefertigt, auch nach Ansehen. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 2922*

Cirkus Schumann.
Heute, Freitag, den 23. September, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
U. a.: **Mons. Pernelet** in seinen **40 Krokodilen.**
Berliner Taximeter, höchst komische Scene.

Im Marstall des Grafen X.
Werde-Pantomime, dargestellt von Pferden. Neueste Originaldressur des Directors **Albert Schumann.**
Die neuen höchst originellen Reiterstücke, ausgeführt von 9 Herren.
Herr **Albert Carré**, Sohn des königlich niederländischen Circusdirectors **Oskar Carré**, mit seinen Freiheitsdressuren.
Der Welt-Champion **Georg Zurich**, Renner: Sämtliche Spezialitäten sowie Clowns und Auguste m. ihren neuesten urkomischen Entrees u. Intermezze.
Sonntag: 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr: Zwei große Vorstellungen.
Nachmittags ein Kind frei.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, [52/12*]
Specialarzt für **Haut- und Nervenleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
(Mitgl. des Arb.-Radf.-Bundes „Freiheit“.)
Sonntag, 25. Sept., nach Rieder-Lehme. Start 8 Uhr.
Schlesische Brücke. (Gäste willkommen.)
Nächste Sitzung: Donnerstag, 6. Okt., abends 8 1/2 Uhr, beim Sportgenossen **H. Krone**, Hegnitzerstr. 18. — Freunde und Genossen, die den Sport und die Geselligkeit pflegen wollen, werden gebeten, sich uns anzuschließen.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Sonntag, d. 25. d. Mt., Vereinsstour, mittags 1 1/2 Uhr nach **Wilhelmstr. (Zelb-schützen).** Start Pappelplatz. Gäste der Invaliden- und Bergstraße. — Gäste willkommen. 25/13

Wildfleisch a Pfd. 40, 50 Pfg. Blatt 60 Pfg.
Oderbruch-Gänse, auch aus- geschl. Junge Enten, Hühner, Tauben. Drossener-straße 61.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbier in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 5060L*

L. Katz & Co.
Spandauerstr. 45, am Holkenmarkt.
Größtes **Special-Geschäft**
sämtlicher **Gastwirtsartikel.**

Nur 12 Minuten
vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen.
Nur bis zum 1. Oktober 1904
werden die ersten 100 Parzellen zu Ausnahmepreisen von **1 Mark an pro qm. netto Bauland** unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landbau gestattet.
Abends von 10-6 Uhr im Restaurant Meier, Straße am Falkenberg 19 bei Grünau. (Firma und Nummer beachten!)

Hausfrauen gebraucht
Kondensierte Alpenmilch
Nestle
Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18.

Veteranenstrasse 1-2.

Eröffnung

unserer bedeutend vergrösserten Geschäftsräume

Sonnabend, den 24. d. Mts.

3 Uhr nachmittags

Vom Tage dieser Neueröffnung an, geben wir statt der in vielen Warenhäusern bisher üblichen Rabattmarken, die dem Publikum eine Vergünstigung von kaum 2¹/₂ bis 3% gewähren, genau wie der

Rabatt-Verein Norden 5% auf alle Waren.

Dadurch fallen die bekannten Übelstände fort, dass man bei 25 bis 49 Pf. nur eine, bei 50 bis 74 Pf. zwei Rabattmarken u. s. w. bekommt und das Publikum verfällt in keine Selbsttäuschung, namentlich da man nicht für gesparte 100, sondern erst für 120 Rabattmarken 1 Mark erhielt. Die Art unserer reellen Geschäftsführung und der Ruf unserer seit ca. 30 Jahren bestehenden Firma bürgen dafür, dass trotz der grossen Vergünstigung unsere bekannt billigen Preise bestehen bleiben.

Ferner errichten wir zur kostenlosen Benutzung eine Auskunftsstelle für Rechts- und Streitfragen, für Rat und Ausarbeitung von Schriftstücken und Briefen und für Gelegenheitsgedichte zu Hochzeiten, Geburtstagen u. s. w.

Eine Tasse Kaffee gratis!

erhält jeder Käufer im Erfrischungsraum

Spezialmischung III à Pfd. 98 Pf.

Photographie-Bons gratis!

bei einem Einkauf von 5 Mark an.

Die Bilder werden in vollendet künstlerischer Ausführung in Visit- oder Kabinet-Format hergestellt.

Die laufenden Rabattmarken werden jederzeit baar eingelöst.

Ein Fest im Bürgerpark.

Die reiche und künstlerisch strebende Gastfreundschaft unserer Bremer Parteigenossen bewährte sich am Dienstagabend in einem Volksfest in dem prächtigen Bürgerpark.

Draußen im Park entwickelte sich am späteren Abend ein Schauspiel, dessen ungeheurer Erfolg die Art eines unvergleichlichen Eindruck hinterließ.

Es fährt ein Sturmwind durch die Lande, In hohen Bogen treibt die Zeit; Dem schlechten Manne Spott und Schande, Der recht nicht rat- und thatbereit.

Heran, du ernstes Volk der Denker, Mit Seherblicken schaue drein; Du sollst im stolzen Kampf der Denker, Der Führer uns im Sturm sein.

Ihr Bürger, reicht zu fester'm Bunde Dem Gleichgesinnten eure Hand! Denn's gilt: die letzte Feiertunde Mit freud'gem Sinn dem Vaterland.

Rum brause, Sturmwind, durch die Lande, Rum woge, wildes Meer der Zeit; Wir werden nicht zu Spott und Schande, Du triffst uns rat- und thatbereit.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz. Gefechte bei Mukden.

London, 22. September. Wie dem „Daily Telegraph“ aus Tokio vom 21. d. M. telegraphiert wird, meldet ein dort am 20. d. M. eingetroffener Bericht des Marschalls Dyma: Eine feindliche Abteilung in der Stärke von wenigstens 4 Bataillonen Infanterie, acht Schwadronen Kavallerie und 8 Geschützen aus der Richtung von Fuhju und eine andre aus der Gegend von Mukden her kommende, aus mehr als einem Bataillon Infanterie, etwas Kavallerie und sechs Geschützen bestehende Abteilung hatte am 17. ds. Mts. einen Gegenangriff gegen die japanischen Kolonnen bei Pingtaiße ausgeführt.

Ueber die Lage von Port Arthur

Tsingtau, 22. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein amerikanischer Kaufmann Namens Davidson ist, aus Port Arthur kommend, hier eingetroffen. Er erklärt, die Japaner hätten vor einiger Zeit die Wasserleitung von Port Arthur abgeschnitten. Seitdem sei die Garnison für die Wasserversorgung auf Kondensatoren angewiesen.

Tokio, 22. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Obwohl eine amtliche Bestätigung fehlt, scheint es sicher, daß die Japaner das europäische Fort und eine andre Anlage westlich von Tschang besitzen, die sie in verzweifelter Ansturm nahmen.

Tschifu, 21. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Frau eines russischen Offiziers, eine geborene Engländerin, die mit dem russischen Depeschenträger Prinzen Radziwill von Port Arthur nach Tschifu reiste, berichtete in einer Unterhaltung, daß die Hospitaler in Port Arthur grobhartiges leisteten.

Auf 1000 Mann lämen 30 Wärterinnen. Die Damen beschäftigten sich mit der Anfertigung von Kleidern für die Soldaten, während die ärmeren Frauen die Wäsche besorgten. Anstedend Krankheiten herrschten nicht. Die von japanischen Gewehr- und Maschinen-gewerkschaften Betroffenen genossen schnell. Viele Leute führten an den Stichen großer Fliegen, die Leichengift auf die Lebenden übertragen. Ein Arzt, der von einer solchen Fliege gestochen worden sei, starb, trotzdem er sich sofort den Dampfen schenkte. Die Altstadt Port Arthur sei fast gänzlich zerstört; die Verluste an Menschenleben seien verhältnismäßig gering. Die Japaner hätten einmal 57 Granaten gegen eine russische Batterie verschossen, ohne daß eine einzige getroffen hätte. Die Garnison sei ohne Mitleid. Die Verteidiger hätten das unbedingteste Vertrauen, daß die Festung sich halten könne.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteiverammlung in Bielefeld beschäftigte sich mit der Angelegenheit Schwedendiel, die am ersten Verhandlungstage des Parteitag durch den Referenten der Kontrollkommission vorgebracht wurde. In der Diskussion wurde bekanntlich moniert, daß die Reichswehrführer nicht Gelegenheit gehabt hätten, gegen den Entschluß der Kontrollkommission den Parteitag anzurufen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zwangweise fotografiert. Der Dresden'er Vertrauensmann des Verbandes der Konditoren ist dieser Tage gegen seinen Willen und trotz entschiedenen Protestes auf Veranlassung der Polizei fotografiert worden. Auf die Frage des zwangweise Abfotografierten nach dem Grunde der unberechtigten Maßnahme wurde ihm der Bescheid: Das Polizeipräsidium habe die photographische Aufnahme angeordnet. Warum? Dafür hat der Photographierte nur die eine Erklärung, daß er sich kürzlich in einer Versammlung an der Diskussion über den Generalstreik beteiligte.

Auch eine Straftat. Die Genossen in Elsterwerda stehen in der Parteibruderei zu Halle ein Flugblatt anfertigen. Durch einen leicht erklärlichen Irrtum des Drucker-Geschäftsführers war der auf dem Flugblatt als Verantwortlicher bezeichnete Genosse als in Elsterwerda wohnend angegeben, während er thatsächlich in dem einige hundert Schritte von Elsterwerda entfernten Orte Wieblich wohnt. Dies unbedeutende Versehen — das Flugblatt selbst enthält nichts Strafbares — gilt im Lande der polizeilich reglementierten „Pressefreiheit“ als eine Straftat, wegen der sich der Geschäftsführer der Druckeri und der verantwortliche Verleger demnächst vor Gericht zu verantworten haben.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten hat am Mittwoch, den 21. d. M. beschlossen zunächst 50 Proz. aller in den Betrieben der Vereinigung beschäftigten Arbeiter auszusperrten.

Wir ersuchen alle Ausgesperrten, Freitag früh 10 Uhr zur Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses zu kommen. Wer nicht ausgesperrt ist, verläßt zunächst nicht den Betrieb. Diese Kollegen erhalten in den nächsten Tagen weitere Anweisung. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten. Zugang nach Berlin ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Internationale Streikstatistik.

Die zahlreichen und teilweise überaus umfangreichen Ausstände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika verleiht der internationalen Streikbewegung, nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, noch ein überaus lebhaftes Gepräge. Weder im Juli dieses Jahres noch im August des Vorjahres waren in den hauptsächlichsten Industrieländern zusammen so viel Arbeiter ausständig wie im August dieses Jahres. In den Vereinigten Staaten dauerte der große Ausstand der Angestellten in den Großschlachtereien auch während des August noch an. Dazu kamen Streiks im Textildgewerbe, in der Eisen- und Maschinenindustrie und vor allem im Baugewerbe. In New York ist eine völlige Störung der Bauhätigkeit eingetreten, indem durch eine Aussperrung gegen 100 000 Arbeiter feierlich machten. Dieser verließ die überaus heftige Ausstands-bewegung in den Vereinigten Staaten in einer für die Arbeiter wenig günstigen Weise, was bei dem starken Angebot auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt nicht zu verwundern ist.

Tiefenlande von Gonzaga mehr als 2000 Gedarbeiter, in Venedig die Bädergelichen und ungefähr 2000 Glasperl-arbeiterinnen, in Mailand 400 Arbeiter einer Seidenfabrik, in Rom ein Teil der Droschkentreiber. Die verhältnismäßige Ruhe in Spanien wurde durch einen Generalstreik in Saragossa unterbrochen, der zur Schließung sämtlicher Geschäfte geführt hat. In Russland ist von größeren Ausständen nur der allgemeine Maurerstreik in Warschau zu erwähnen, an dem sich über 2000 Arbeiter beteiligten. Schon zum zweitenmal in diesem Jahre wird das Baugewerbe von Warschau durch einen Maurerstreik gestört. Das erste Mal streikten die Maurer im April, ohne ihre Forderungen zu erreichen. Der jetzige Streik, der sich um die gleichen Forderungen dreht, begann am 22. August und dauerte Ende des Monats noch an.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Gewerkschaften!

Auf die vielfachen Anfragen erwidern wir, daß die Auskunfts-erteilung in Alters-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung, gewerblichen Sirektigkeiten (aus dem Arbeitsverhältnis), Fabrik- und Gewerbe-Inspektion (Arbeiterführung) und auf dem Gebiete der Eivil-projekt-Ordnung nach wie vor nur auf unserm Sekretariat (Berliner Gewerkschaftskommission) an jedermann, männlich und weiblich, völlig unentgeltlich von den Sekretären geschieht. Alle andern Auskunfts-Bureaus haben mit der Berliner Arbeiterchaft nichts gemein. Die Auskunftserteilung erfolgt an den Wochentagen vormittags von 11 bis 12 1/2 Uhr und nachmittags von 6 bis 7 1/2 Uhr. Wir ersuchen höflichst, die veränderte Bureauzeit zu beachten.

Sonntags ist das Bureau geschlossen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Für Lohnbewegung der Tischler und Klavierarbeiter nahm eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiterverbandes am Mittwochabend Stellung. Der Vorsitzende Th. Glöde berichtete zunächst über die Verhandlungen mit der Meisterkommission. Wir fordern, so führte er aus, daß bei neuen Arbeiten der erste Afford in Lohn gearbeitet werden soll, und zwar soll derselbe von Organisation zu Organisation festgelegt werden, um die Existenzsicherheit zu beseitigen und einheitliche Preise zu erzielen. Wir verlangten 95 Proz. des im letzten Halbjahr erzielten Durchschnittsverdienstes, um eine feste Norm zu schaffen; da bei Lohnarbeit die Beurlaubung für beide Teile aufhört, und damit auch der erste Schritt zu einer tariflichen Vereinbarung getan wäre. Weitere Arbeiten könnten dann in Berechnung ausgeführt werden. Die Meister waren unter sich nicht einig; gingen aber schließlich auf 75—80 Proz. des Durchschnittsverdienstes ein.

Die Diskussionsredner äußerten sich meist im Sinne Glödes, einige verlangten an 100 Prozent festzuhalten. Die Affordverhältnisse seien ungesund, da die Kollegen dabei stets im Nachteil seien. Der Meister könne genau nach Zeichnung eine neue Arbeit tags, oft wochenlang kalkulieren, der Geselle müsse oft in einer halben Stunde seinen Preis machen und habe bei kleinen Nachforderungen stets Schwierigkeiten. Der organisierte Arbeiter leiste bei Lohnarbeit dasselbe als bei Afford, den Kollegen von mittlerer Leistungsfähigkeit müsse Rechnung getragen werden. Den Forderungen der Meister wurde von den Rednern kein großer Wert beigemessen, da die ersteren bei schlechter Konjunktur ihr Wort brechen. Ein Redner fordert Verklärung der Arbeitszeit und eine Schlichtungskommission erst dann, wenn der Innungs-Arbeitsnachweis beschwunden ist. Fast einstimmig gaben schließlich die Vertrauensmänner dem Standpunkte der Ortsverwaltung ihre Zustimmung.

Die Verhandlungen sollen beschleunigt werden. Auch die Meister drängen dazu, da vier große Werkstellen im Streik stehen. Zur Lohnbewegung der Klavierarbeiter referiert Siegfried. Er sagt: Die Verhältnisse unserer Kollegen haben sich in den letzten Jahren, im Gegensatz zu den Tischlern, verschlechtert. Die gemeinsame Versammlung mit den Kollegen des Fachvereins und Ortsvereins (Hirsch-Dunder) war gut besucht. Wir haben uns auf folgende Forderungen geeinigt: Die Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 51 Stunden, da durch die durchgeführte Teilung der Arbeit dieselbe sehr geistig werdend geworden ist. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist daher sehr am Platze. Bei Affordarbeit ein Aufschlag von 10—25 Proz. Unsere Lohnforderung ist 27 M. pro Woche. Wo ein Minimallohn bereits besteht, ein Aufschlag von 10—15 Proz. — Für Holzaufladen und Abladen 60 Pf. pro Stunde. — Der Affordarbeiter, welcher Lohnarbeit ändern soll, erhält jetzt 45—50 Pf., wir verlangen den Durchschnitts-Affordverdienst. Materialien (Winsten usw.) soll in Zukunft der Fabrikant liefern.

Weiter wird der Arbeitsnachweis der Fabrikanten vielfach von Tischlern benutzt, obwohl derselbe Agitatoren ausschließt. So stellt z. B. die Firma Wehlein meist auf Empfehlung ein, verlangt aber einen Gehalt von Nadweil. Siegfried appelliert an die Solidarität der Tischler in dieser Lohnbewegung.

Glöde teilt mit, daß die Ortsverwaltung im Einverständnis mit dem Hauptvorstand in Stuttgart diese Lohnbewegung der Klavierarbeiter zu unterstützen habe. Zum Schluß berichtet Maah über Verhältnisse im Streik und Differenzen. Von 98 Werkstellen sind 21 noch im Streik. Er macht den Kollegen detaillierte Angaben über den Verlauf unter Nennung der beteiligten Firmen. In Bau-tischlereien werde jetzt darauf gesehen, daß der gedruckte Tarif überall ausgehängt wird.

Mit dem Streik der Schlosser der Metallbetten-Fabrik von Westphal u. Reinhold beschäftigte sich am Mittwoch eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma, die bei Mühlbrodt in der Müllerstraße tagte. — Diesmal waren dem Betreibereiser des Metallarbeiterverbandes bei Verbreitung der Einladungsblätter keine Hindernisse bereitet worden. — Ueber den Stand des Streiks berichtete Bude. Der nach der vorigen Versammlung gewählten Kommission hat der Arbeitgeber erklärt, daß er nicht auf die Forderungen eingehen könne. Dann wurde Bude als Vertreter des Metallarbeiterverbandes bei dem Arbeitgeber vorstellig. Dieser erklärte jedoch nun, daß er mit Aufstehenden überhaupt nicht verhandeln könne. Das Ersuchen Budes, die Kommission rufen zu lassen und dann gemeinsam mit ihr zu verhandeln, wurde abgelehnt. Der Einigungsversuch blieb also ganz erfolglos. Ihre Abneigung gegen die Arbeiterorganisation hat die Firma dann noch in folgendem Fabrikanschlag zum Ausdruck gebracht:

„Von Zeit zu Zeit wird der Versuch gemacht, Unzufriedenheit in unsere Fabrik durch Einmischung Fremder, welche über die Arbeitsverhältnisse in unserer Fabrik falsch unterrichtet sind, hineinzutragen. Diese Fremden nennen sich „Organisation“. Gleiche Versuche sind schon öfter gemacht worden. Die Arbeiter haben sich verhalten lassen, einige Rolle wöchentliche Beiträge an die Organisation zu zahlen, aber bald haben sie eingesehen, daß jeder berechtigter Wunsch auch ohne diese Organisationsbeiträge erreicht wurde. So war es, und so wird es immer sein.“

Am 9. April 1903 ist zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern vereinbart worden, einen Arbeiterausschuss zu wählen, welcher etwaige Mängel der Fabrikleitung oder den Unternehmern unterbreiten soll. Warum ist bisher der Arbeiterausschuss nicht hervorgegangen? Weil keine Veranlassung dazu vorlag! Oder falls eine Veranlassung dazu vorlag, warum hat der Arbeiterausschuss nicht seine Pflicht getan? Dann ist es nicht die Schuld der Fabrikleitung, sondern der Arbeiter gewesen. Es sei hiermit

festgestellt, daß jede begründete Differenz zwischen Arbeitern und Arbeitgeber auch ohne Einwirkung Fremder und ohne Zahlung des Beitrags zur Organisation befriedigt werden kann. (Das Deutsches wollen unsere Leser auf Kosten der „geistigen Leiter der Produktion“ seien. Red. d. „S.“) Es steht jedem Arbeiter frei, zur Organisation zu zahlen oder zu sparen. Wir werden aber denjenigen Arbeitern besonders Schutz angedeihen lassen, die nicht organisiert sind und durch organisierte belästigt werden. Arbeiter, welche zu feige sind, mit uns zu unterhandeln und glauben, durch die Organisation mehr zu erreichen, mögen die Arbeit in der Fabrik einstellen, da wir mit Leuten, die außerhalb der Fabrik stehen, nicht unterhandeln werden.

Wir bringen die Bildung des Arbeiterausschusses wieder in Erinnerung. Berechtigte Beschwerden werden auch ohne Organisationsbeiträge ihre Erledigung finden.

Westphal u. Reinhold.

Wer die Mißstände in der Fabrik kennt und weiß, wie sich die Arbeiter bisher verhalten haben, sie abzustellen oder auch nur zu mildern, dem erscheint es selbstverständlich, daß die Arbeiter sich durch dieses Schriftstück gewiß nicht abhalten lassen, mit Hilfe der Organisation eine Besserung anzustreben. Uebrigens muß man annehmen, daß die Arbeitgeber selbst nicht so ganz von der Güte der Arbeitsverhältnisse überzeugt sind. Haben sie doch in den letzten Tagen einigen Arbeiterkategorien Lohnzulagen gewährt, allerdings ganz unbedeutend. Ja, man hat sich sogar bei den Viehrenten persönlich nach ihren Wünschen erkundigt. — Der Referent erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Streikenden entschlossen sind, den Betrieb unter keinen Umständen wieder zu betreiben, bevor die Verhältnisse geregelt sind. Sodann berichtete ein Mitglied der Kommission noch einiges über Äußerungen des Fabrikanten zu den Forderungen. Beverlenswert ist, daß er die Forderung, einen Akkordtarif in der Schloßerei auszuüben, mit der Begründung ablehnte, er könne seine Geschäftsgeheimnisse nicht preisgeben. — Sonderbare Affordpreise müssen es sein, die als Geschäftsgeheimnisse angesehen werden! — Die Arbeiter der in der Versammlung vertretenen verschiedenen Branchen des Betriebes erklärten sich bereit, wenn not thut, thätig zu Gunsten der Streikenden einzutreten. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die Kollegen erklären sich mit dem Vorgehen der Streikenden einverstanden und beauftragen die Streikleitung, alle notwendigen Schritte zu unternehmen.“ — Ferner wurde beschlossen, daß an anderen Orten nochmals eine Kommission bei der Firma vorstellig werden sollte. Außerdem wurde noch folgende Resolution angenommen: „Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichten sich, soweit sie nicht organisiert sind, dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten, und erklären, da sie wohl wissen, daß nur durch die Organisation der Arbeiter ihre Interessen vertreten werden können und werden, trotz des Abtrünnens des Unternehmers den Deutschen Metallarbeiterverband hochzuhalten.“

Zur Lohnbewegung der Bildhauer der Stadt- und Modellbranche sollen in der heute abend stattfindenden Modellwerkstatt, wo Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen gegeben wird, entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Die Forderungen sind am Montag allen irgendwie im Bereich kommenden Arbeitgebern zugesandt worden; Antwort wurde bis Freitag erbeten. Am Mittwoch hatten bereits einige Firmen die Forderungen anerkannt. Am Abend desselben Tages beriet die Vertrauensleute aus den verschiedenen Werkstätten in einer zahlreich besuchten Sitzung über die Maßnahmen, die je nach dem, was die Verhandlungen mit den Prinzipalen ergeben, zu treffen sind.

Die Firma Wertheim scheint sich die Gewohnheiten der Stühnenmacher aneignen zu wollen. Vor einigen Tagen wandten sich die Metallarbeiter der Reparaturwerkstatt an die Leitung des Betriebes mit dem Ersuchen, eine Verchiebung der Arbeitszeit vorzunehmen in der Weise, daß bei kürzerer Mittagszeit früher Feierabend sein sollte. Die Antwort war, daß man seitens der Betriebsleitung anordnete, daß es bei den bisherigen Pausen bleibt und, gewissermaßen als Strafe, abends noch eine halbe Stunde länger gearbeitet werden sollte. Natürlich liegen die Arbeiter sich das nicht ohne weiteres gefallen. Da glaubte die Leitung des Betriebes eine Kraftprobe machen zu müssen und sperrte sämtliche Arbeiter des Betriebes aus. Die Aussperrenden machten Schule. Zugang von Arbeitern ist vom Warenhaus Wertheim ferngehalten. Deutscher Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin).

Der Streik der Kutscher Berlins ist beendet. Am Mittwochnachmittag hat eine weite Verhandlung der Unternehmer mit der Kutscherkommission stattgefunden, an welcher auch ein Vertreter der Verwaltungsjuristen Berlin I des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter teilgenommen hat. Nach zweistündiger Verhandlung kam eine Einigung auf folgender Grundlage zu stande: 1. Die Kutscher erhalten einen Lohn von 36 M. pro Woche. 2. Für das Beladen der Waggons erhalten die Kutscher für je 100 Centner eine Extrazahlung von 50 Pf. 3. Für jede geleistete Fuhr Getreide, wofür der Empfänger eine Vergütung nicht gewährt, erhält der Kutscher von seinem Arbeitgeber eine Extrazahlung von 25 Pf. Auch wurden die Arbeitsverhältnisse einer Neuordnung unterzogen und dann beschlossen, einen Tarifvertrag auf die Dauer von 2 Jahren abzuschließen. Die darauf stattgefundene Kutscherversammlung erklärte sich mit diesen Abmachungen einverstanden und ist die Arbeit am Donnerstag früh wieder aufgenommen worden.

Die Berliner Fleischermeister beabsichtigen, dem Beispiele der Bäckermeister zu folgen und sich ihren Gesellen gegenüber ebenso hochbeinig zu zeigen. Hoffentlich mit demselben Erfolge. Die Berliner Fleischer-Jungung hat an sämtliche Fleischer-Gewerbetreibende Berlins und der Umgegend folgende Aufforderung gerichtet: „Mehrere in Berlin bestehende Gesellenvereinigungen haben sich veranlaßt gesehen, an den Vorstand der Jungung und an die Vorstände anderer Meistervereinigungen, sowie an viele einzelne Meister in Bezug auf Arbeitszeit, Lohnverhältnisse und Stellenermittlungsweisen Forderungen zu richten, welche mit der Art und Weise und dem Wesen des Fleischergewerbes unvereinbar und unerfüllbar sind. Dies ist auch von dem einsichtsvolleren Teil unserer Gesellschaft rückhaltlos anerkannt worden, andererseits steht man nicht an, die Erfüllung der geforderten Forderungen durch Drohungen erzwingen zu wollen. Die Jungung und ihre Vertreter stehen nicht an, zu erklären, mit den berufenen Vertretern der Gesellschaft nicht bereit zu sein, Mißstände zu beseitigen, vorhandene Uebelstände, so weit die Möglichkeit gegeben ist, abzuschaffen; so wird kostenloser Stellenermittlung, Verminderung der Arbeitszeit usw. ein- und durchgeführt werden, sobald abgeschlossene Verträge es gestatten und die Verhältnisse in Bezug auf Arbeitszeit geregelt sein werden. Bei den bis jetzt laut gewordenen Forderungen handelt es sich in den meisten Fällen um eine leichtfertige Kraftprobe der sog. „organisierten Gesellen“, nicht aber um eine wirklich notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Außerdem wäre es nur der erste Schritt zu weiteren unberechtigten Forderungen. Die Berliner Fleischer-Gesellen beziehen Löhne wie wenige andere Handwerksgelegen, wozu freie Wohnung und eine Beförderung kommt, wie letztere recht, recht viele Menschen sich nicht leisten können. Jeder suche den sozialen Anforderungen der Zeit seinen Gesellen gegenüber besonders in Bezug auf Sonntagsruhe nach den gesetzlichen Bestimmungen in weitgehendem Maße gerecht zu werden! Niemand aber lasse sich unangenehme Bedingungen abpressen! Denn es ist zum Beispiel ein Hund, die Löhne nach dem Alter zu bemessen, statt nach der Leistung. Deshalb lasse jeder jede ihm zugehende Aufforderung unbedacht. Der Vorstand der Berliner Fleischer-Jungung. J. A. Moritz Schmidt, Obermeister.“ — Es wird von den Gesellen und ihrer Organisation abhängen, ob die Herren Schächtermeister der Parole folgen und die Gesellenforderungen unbedacht lassen können!

„Mühlerbetriebe?“ Immer mehr gewinnen die städtischen Arbeiter Berlins die Ueberzeugung, daß unsere Kommunalbetriebe sich zu wirklichen Musteranstalten durchaus nicht entwickeln. Ob dabei den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter entgegen getreten wird oder ob gar dem doch so häufig betonten Grundsatz liberaler

Wirtschaftsweise unfreies Kommunalfreiwild ins Gesicht geschlagen wird, was fragen einzelne Vornehme danach, wenn sie nur mit den von ihrem kurzfristigen Standpunkt aus angeordneten Maßnahmen ihr Mitleid gegenüber der begehrtlichen Arbeiterklasse stillen können. Man ist ja schon manches gewöhnt in den Betrieben der Gasanstalten, aber es kommt immer schöner. Doch lassen wir die Thatsachen reden: Auf dem Betriebe der Gasanstalt Danzigerstraße wurde vor einigen Tagen 6 Arbeitern der Befehl zu teil, am nächsten Morgen auf ihrer Arbeitsstätte mit einer „Maurerleiste“ zu erscheinen. Sie sollten von diesem Tage ab gegen einen erhöhten Lohn von 4,50 M. das „Maurerhandwerk“ erlernen, um dann nach einigen Wochen ihre Kunst beim „Retortenbau“ bewerten zu können. Bänzlich iraten dieselben auch an und wurden nunmehr gelehrten Maurern zugeleitet, die jetzt verpflichtet sind, den Leuten das Handwerk zu lehren in einer Zeit, wo bei einem praktischen Maurermeister der Bechling noch nicht einmal den Inhalt des Wörtchens kennen lernt. Man kann sich nicht genug darüber wundern, daß eine solche komplizierte Arbeit von Leuten ausgeführt werden soll, die auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, die einfachste Sicherheit für richtige Ausführung zu bieten. Ob die Stadt Berlin materiell dabei auch nur ein Jota gewinnt, erscheint uns sehr zweifelhaft. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, kann man nicht verstehen, wie gerade ausgerechnet auf Kosten der Arbeiter der Berliner Bürgerschaft gezeigt werden soll, daß die Hauptstadt des Deutschen Reiches den bisher so gern betonten Grundsatz von dem „goldenen Boden des Handwerks“ ad acta legen will. Da wäre eine Reform an anderer Stelle weit notwendiger. Ein Innungsmeister würde sich schämen, die „Verlingsjucherei“ in dieser Form zu betreiben. Vielleicht nimmt das Magistrats-Kollegium Anlaß, sich diese neue „Theorie“ etwas näher anzusehen.

Deutsches Reich.

Die Organisation der Maurer zu zerstückeln war bekanntlich der Herzenswunsch der Bauherren in Königsberg. Deshalb wurde der Streik angezettelt und deshalb war auch die 24 Wochen andauernde Nachtprobe. Leider haben sie ihren Zweck nicht erreichen können. Jetzt nach dem Streik aber suchen sie das Versäumte nachzuholen. Einzelne Maurermeister verlangen, daß die Maurer den Vertrag des Ortsvereins der Maurer, der jetzt nach Beendigung des Streiks in den christlichen Verband aufgenommen werden dürfte, unterschreiben und auch diesem Streikbrecherverein beitreten sollen. Das ist ein ganz unerhörter Terrorismus, den solche Leute ausüben, die nicht genug über den „Terrorismus“ der Arbeiter zern können. Es sind auch tatsächlich Maurer, die das schamlose Ansuchen zurückgewiesen haben, nicht eingestellt worden. Natürlich hat dieses Vorgehen begeisterte Aufregung unter den Maurern hervorgerufen. Sie weigern sich entschieden, das zu thun, was die Arbeitgeber von ihnen verlangen. Das Verhalten der Scharmacher widerspricht vollständig den Erklärungen, welche die Vertreter des Arbeitgeberverbandes dem Reichstagsabgeordneten Genossen Haase abgegeben haben. Neuerdings scheint aber doch Aussicht vorhanden zu sein, daß es doch zu einem endgültigen Frieden kommen wird. So hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts Vermittlungsversuche angebahnt, damit zwischen den Parteien ein Vertrag abgeschlossen wird. Am Donnerstag sollen die Verhandlungen beginnen. Hoffentlich haben sie den gewünschten Erfolg. Gegenwärtig ist aber die Situation im Baugewerbe sehr ernst. Die Maurer sind durchaus nicht kampfmüde.

Auch die Bauhilfsarbeiter in Königsberg haben nunmehr den Streik für beendet erklärt. Sie haben ohne Verhandlungen mit den Arbeitgebern die Arbeit aufgenommen. Diese haben zwar einen Sieg errungen, auf den sie aber nicht stolz sein können, denn es handelte sich um eine Nachtprobe und nicht um eine Lohnfrage. Auch ihre Organisation, die noch sehr jung ist, sollte zertrümmert werden. Auch das ist nicht gelungen. Sie ist unversehrt aus dem beinahe halbjährigen Kampfe hervorgegangen. Bei der Beendigung des Streiks haben sich die Bauhilfsarbeiter verpflichtet, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Organisation immer mehr und mehr ausgebaut wird, damit sie dem Verbands der Arbeitgeber völlig gewachsen ist.

Systematische Maßregelung von centralorganisierten Zimmerern in Hamburg. Vor einiger Zeit nahm eine Anzahl centralorganisierter Zimmerer bei dem Zimmermeister Jörnig Feierabend, weil sie Grund zu der Annahme hatten, daß sie nach und nach durch Lokalvereiner ersetzt werden sollten. Sie suchten sich anderweitig Arbeit. Zwei wurden am 7. September von dem Zimmermeister Dübler angestellt. Sie mußten nun nach den „Arbeitsnachweis“, d. h. das Maßregelungsbureau der Baugewerksinnung, passieren. Zu diesem Zweck bekommen die Angestellten einen Anstellungsschein, dessen Ausfüllung auf dem Maßregelungsbureau ergänzt werden muß, wenn die Anstellung perfekt werden soll. Die Ausfüllung wurde verweigert, und das bedeutet für den betreffenden Meister, er soll die Leute nicht in Arbeit nehmen. Sie fingen am 8. September doch zu arbeiten an, wurden am selben Abend mit der Rotierung von Dübler entlassen, er habe vom Innungsbureau die Mitteilung erhalten, daß er die Leute nicht beschäftigen dürfe, weil sie bei Jörnig Feierabend genommen hätten. Die beiden centralorganisierten Zimmerer wurden rausgeschickt. Mit diesen beiden sind bis jetzt 24 centralorganisierte Zimmerer nachweislich auf Veranlassung des Innungsbureaus der „Bauhütte zu Hamburg“ gemahregelt worden.

Hausland.

Die Wirkung des Marzfelder Streiks. Infolge des nunmehr einen Monat anhaltenden Streiks hat die Marzfelder Schiffsahrt einen Ausfall von 250 000 Tonnen für die Einfuhr und von 150 000 Tonnen für die Ausfuhr zu verzeichnen und mehr als eine Million an Staatssubvention verloren. Die Rolleinnahmen haben um drei Millionen weniger ergeben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Fuhrleute und Ladearbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Mehrere Mühlen und Oelfabriken haben den Betrieb wieder begonnen.

Eine Organisation der Chor-Sänger hat sich in Paris gebildet, der zur Zeit über 300 Personen angehören. Es ist ihnen gelungen, in einigen Theatern die Gehälter, die bisher 90 Frank pro Monat für die Männer und 70 Frank für die Frauen betragen, auf 100 beziehentlich 120 Frank zu erhöhen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Künster und sechster Wahlkreis. Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr findet im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12, eine Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Koyke referiert und ein Kandidat für den 30. Bezirk aufgestellt werden soll. Zahlreiches Erscheinen der Genossen des fünften und sechsten Kreises erwarten. Die Vertrauensleute.

Waidmannslust. In der Volks-Versammlung, die Sonntagnachmittag 4 Uhr im Schweizerhaus tagt, spricht Frau Heber über die politische Lage. Nachher gemüthliches Beisammensein. Die Handzetteldistribution ist Sonnabend.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Wenn die von den sozialdemokratischen Stadtverordneten wiederholt und seit langem geforderte Einführung einer Pflicht-Fortbildungsschule für Berlin, zu der der Magistrat sich jetzt endlich entschlossen hat, den Freisinn wirklich so mit Freude erfüllt, wie in freisinnigen Kreisen behauptet worden ist, dann hätte man eigentlich erwarten sollen, daß das Statut, das der Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt hat, zu keiner längeren Erörterung mehr führen würde. Aber in der gestrigen Sitzung entseßte Herr Cassel, der Vorsitzende der „Alten Linken“, durch die zweideutigen Ausführungen, mit denen er die Vorlage „begrüßte“, noch einmal eine recht lebhaft Debatt. Er gab zu, inzwischen eingesehen zu haben, daß ohne „Zwang“ nicht auszukommen ist. Aber er konnte sich

nicht enthalten des Bedauerns darüber, daß der Magistrat jetzt, im Gegensatz zu seiner früheren Haltung, so wenig Worte des Lobes hat für die bisher fakultative Fortbildungsschule, die doch recht Habiles geleistet habe. Unter lebhaftem Beifall seiner Freunde sprach er den Wunsch aus, daß neben der obligatorischen Fortbildungsschule auch die alte fakultative weiterbestehen und sich weiterentwickeln möge. Und damit man nicht darüber in Zweifel sei, was alles an der fakultativen Fortbildungsschule ihm und den Seinen so gut gefällt, sprach er dann für teilweise Beibehaltung des Abendunterrichts.

Stadtschulrat Gerstenberg, dem die Casselschen Ausführungen, verteidigte sich mit Geschick. Die fakultative Schule, sagte er, habe Gutes geleistet, aber nur am einzelnen, nicht an der Masse; denn an die Fülle nur die obligatorische Schule heran. Stadtschulrat Cassel (Fraktion Rommen), der dem Stadtschulrat sekundierte, fügte das treffende Argument hinzu, daß gerade die obligatorische Schule der daneben bestehenden fakultativen Schule, die als ihre Fortsetzung zu denken sei, erst brauchbare Schüler zuführen werde. Der Vorsteher Langerhans, Herrn Cassels Fraktionskollege, empfand es immer noch schmerzhaft, daß nun ein „Zwang“ ausgeübt werden solle, aber Herr Dove, gleichfalls von der „Alten Linken“, gab den Rat, sich die Sache nur nicht zu schlimm vorzustellen. Die Stadt Berlin, sagte er, hätte den Schritt schon viel früher thun sollen.

Unser Genosse Glocke erinnerte die zwangsfürchtige Gefolgschaft Cassels daran, daß ohne die wiederholten Anträge der Sozialdemokraten die Stadt Berlin diesen Schritt wahrscheinlich heute noch nicht thäte. Die freisinnige Mehrheit antwortete mit lärmenden Zwischenrufen. Glocke beleuchtete die noch keineswegs zweifelsfreie Haltung dieser Mehrheit. Er zeigte die Schwierigkeiten, die bei fakultativem Fortbildungsschul-Besuch einem bildungsfähigen Lehrling von seinem Arbeitgeber bereitet werden, und begründete dann die Verbesserungsvorschläge, die unsere Fraktion zu dem vom Magistrat vorgelegten Statut macht: namentlich Hineinziehung des 18. Lebensjahres und Ausdehnung der Besuchspflicht auch auf das weibliche Geschlecht.

Die gefährdete Ehre des Liberalismus suchte Herr Nathan (Soz.-Fortschrittler) zu retten. Liberale seien es gewesen, die schon in den siebziger Jahren die obligatorische Fortbildungsschule — gefordert. Herr Rosenow (Neue Linke) versicherte, er empfinde „ungesteuerte Freude“. Er fügte hinzu, auch der Arbeitgeber könne sich freuen; denn höhere Bildung des Arbeiters nütze auch ihm. Die Debatte hätte damit enden können, aber Herr Cassel empfand das Bedauern, sich zu rechtfertigen. Unse Parteigenossen Hingy und Glocke gaben ihm die verdiente Antwort. Hingy richtete auch an Herrn Nathan die Frage, warum denn der fordernde Liberalismus die Pflicht-Fortbildungsschule nicht selber längst eingeführt habe.

Rum, wir werden sie also jetzt bekommen. Wie sie aussehen wird, wenn sie endlich zu stande kommt, das kann man noch nicht wissen. Der Ausschuss, dem das Statut zur Vorberatung überwiesen ist, wird seine „mildtende“ Hand walten lassen.

Die große Krant kommt von der großen Poverth. Diese von Fritz Reuter humoristisch zum besten gegebene Lehre wird von Leuten, die auch in der Socialpolitik des Staates der Socialreform als Sprachrohr der Regierung gelten, der Welt als bitterernste Lebensweisheit verstanden. Herr v. Schweinburg ärgert sich über die in unserm geistigen Volksthum über die Ursachen der Sterblichkeit beleuchtete Statistik und schreibt in seinen „Berliner Politischen Nachrichten“ u. a. folgendes Blech zusammen:

In Berlin ist eine Krantheits- und Sterbefall-Statistik aufgestellt, und es hat sich dabei ergeben, daß in den kleinen Wohnungen absolut mehr Kinder an Darmlarich gestorben sind als in den größeren. Flugs fabriziert das socialdemokratische Centralorgan einen Artikel, in welchem die Behauptung aufgestellt wird, daß allein die Kleinheit der Wohnungen den Tod der in ihnen lebenden Kinder verschuldet habe, und macht das „Proletariat“ darauf aufmerksam, daß seine Kinder es seien, die so „dahinsinken“. Daß ganz andre Momente als die Kleinheit der Wohnungen Erkrankung und Tod der Kinder haben herbeiführen können, soll nur nebenbei erwähnt werden. Es ist doch aber eine beispiellose Reue, aus dem Umstande, daß absolut mehr Kinder in kleinen Wohnungen als in großen gestorben sind, darauf zu schließen, daß die „Proletariatskinder“ als solche Krantheit und Tod mehr ausgeht als als andre Kinder, und aus diesem Schlusse eine Anklage gegen die heutige Staats- und Wirtschafts-Ordnung zu konstruieren. Es ist ganz natürlich, daß in kleinen Wohnungen absolut mehr Kinder als in großen sterben, weil es eben bedeutend mehr kleine Wohnungen giebt. Dem „Vorwärts“ passiert bei dieser Verheerung übrigens ein Unglück, das komisch wirken könnte, wenn es sich hier nicht um eine recht ernste Sache handeln würde. Nach dem von ihm selbst wieder gegebenen Zahlenmaterial sind fast am wenigsten Kinder in bloßen Wohnungsküchen an Darmlarich gestorben. Nach der eignen Logik des „Vorwärts“ müßten demgemäß die bloßen Wohnungsküchen für die Kinder die gesündesten Wohnungen sein. So schlägt sich die schamlose Verheerung selbst ins Gesicht.

Daß ganz andre Momente als die Kleinheit der Wohnungen Erkrankung und Tod der Kinder herbeiführen können, lehrt nicht nur Schweinburg, sondern auch unser Artikel und zwar schon durch seine Ueberschrift, die da lautet „Kot und Krantheit.“ Und ein fünfjähriges Kind könnte Herrn Schweinburg darauf hinweisen, daß verhältnismäßig nicht mehr Personen in Wohnküchen sterben können als darin wohnen. Doch halt! Wir geraten auf den Abweg, Herrn Schweinburg erst zu nehmen. Das geht nur und nimmermehr einer Leistung gegenüber, von der man bestenfalls nur glauben kann, daß sie unter der Einwirkung allzu starken Prästidens verbraucht worden ist. Und da wir von allen Menschen bis zum Beweise des Gegenteils immer nur das Beste annehmen, so setzen wir voraus, daß Herr Schweinburg erst durch den Anblick der erschütternden Zahlen, die das Berliner Statistische Amt veröffentlicht, veranlaßt worden ist, sich auf die von uns angedeutete Weise zu huragieren. Und daher verzeihen wir ihm das an Fritz Reuter in besonderen und an der gesunden Vernunft im allgemeinen verübte Attentat.

Die Stadthauptkasse von Berlin hatte am Schluß des Etatsjahres 1903 einen Bestand von 9 726 736 M. Beim Ordinarium ergab sich eine Mehreinnahme von 7 188 748 M. und beim Extraordinarium eine Mehrausgabe von 6 618 417 M. In der Mehreinnahme kommt der zur Deckung des Fehlbetrages aus dem Etatsjahre 1902 für das Etatsjahr 1904 gezahlte Zuschuß von 1 026 450 M., der Betriebsfonds betrug 2 990 000 M., der Bestand beim Depositenkonto 22 612 290 M., zusammen 35 329 026 M. Hiervon gehen ab die dem Vorkauskonto bis zum Abschluß nicht erstatteten Vorschüsse mit 12 184 670 M. und verbleiben danach 23 144 356 M. Buchbestände am 31. März 1904. — Gegenüber dem in Einnahme und Ausgabe mit 117 467 826 M. abschließenden Haushaltsetat für 1903 beträgt das rechnungsmäßige Soll der Einnahme: 136 851 698 M. und der Ausgabe: 132 024 451 M. Die hierin enthaltenen Reste früherer Jahre betragen sich auf 5 439 173 M. der Einnahme und 15 700 695 M. der Ausgabe. Von diesen sind 1 105 087 M. für den Bau der Rantenschiffbrücke usw. Ausgaben zu freieren. Es verbleiben somit 14 595 008 M. Der Interdich von 9 156 485 M. wurde gedeckt durch den Bestand aus dem Jahre 1902 mit 8 129 984 M. und aus 1 026 540 M., die durch Vereinnahmung aus besonderen Titeln zur Vereinnahmung des Fehlbetrages vom Jahre 1902 sich ergaben. Werden diese Beträge mit zusammen 14 595 008 M. von dem rechnungsmäßigen Soll in Abzug gebracht, dann verbleibt ein Soll von 122 256 689 M. in Einnahme und 118 028 842 M. in Ausgabe, sowie ein Ueberschuß von 4 227 247 M. Dieser Ueberschuß wird als besonderer Fonds geführt und

Tann, wenn nicht anderweitig über ihn verfügt wird, für die Zwecke des Staats von 1905 eingestrichelt werden. Die städtische Anleihe betrug am 31. März 1902: 290 884 283 M., davon wurden getilgt: 5 890 850 M., und hinzu kamen von der neuen Anleihe: 46 402 892 M. Ferner sind für Rechnung der neu aufzunehmenden Anleihe aus den bereiteten Mitteln der Stadthauptkasse entnommen 9 743 373 M., wodurch die Anleiheschuld der Stadt Berlin Ende März 1903 auf 338 639 598 M. anwuchs. Der Anteil der städtischen Werke an diesen Schulden beträgt 247 555 067 M. Noch nicht verwendet waren 20 Millionen M. Auf den Stadthauptkassen im engeren Sinne entfallen daher nur 71 Millionen Mark Schulden, ausschließlich des zunächst vorzuschüssig veranschlagten Betrages von rund 9 1/2 Millionen Mark für den Ankauf der Aktien der Straßenbahn von Siemens u. Halske. Die Passiva des engeren städtischen Haushaltes betragen Ende März 1903 einschließlich 15 640 040 M. Ausgabereserve) 88 931 958 M. Die Aktiva betragen (einschließlich 10 140 551 M. Einnahmehilfe) 45 512 844 M. Die mit 9 1/2 Millionen Mark gekauften Aktien der Straßenbahnen von Siemens u. Halske sind nur zum Nennwert mit 5 834 000 M. als Aktiva aufgeführt. Es ergibt sich hierbei eine Differenz von 4 Millionen Mark.

Wie der Mensch sich irren kann. Ein höchst schmeichelhaftes Urteil hat der frühere Bürgermeister von New York, A. van Wyk, gefällt, der nach einer langen Reise durch Europa nach London zurückgekehrt ist. Ich habe mir die verschiedenen Städte, die ich besuchte, sehr gern angesehen, so schreibt er, nicht nur auf ihre Einrichtungen, auf ihre kommunale Verwaltung hin, sondern ich habe auch die Charaktereigenschaften der verschiedenen Bevölkerungen beobachtet. Da kann ich denn nur sagen, daß seit den 26 Jahren, die seit meiner letzten Reise in Europa verfloßen sind, der größte Fortschritt, den je eine Stadt zu Stande gebracht hat, von Berlin gemacht worden ist. Das mögen die Londoner vielleicht nicht gern hören; aber es ist eine Tatsache. Berlin hat sich so verändert, wie keine Stadt in dem gleichen Zeitraum. Betrachtet man die Bevölkerung in allen Schichten, von der höchsten bis zur niedrigsten, und in allen Lebenslagen, beobachtet man sie in den Cafés, Parks und Gärten, so erhält man den Eindruck, daß sie die glücklichsten Leute in Europa sind. Der Engländer und Amerikaner ist zu ernsthaft; sein Lebensziel ist zu einseitig auf Erwerb gerichtet, so daß er für Vergnügen und Erholung nicht allzuviel aussetzt.

Einen Bürgermeister von New York haben wir uns eigentlich etwas weniger überauswiegend vorgestellt. Oder sollten die der Hauptstadt des Fitzgibbon'schen geschriebenen Schmeichelworte nur ironisch gemeint sein?

Der Berliner Verkehrsverein hat beschlossen, eine Reihe weiterer großer Protestversammlungen abzuhalten, um die Bevölkerung über das Vorgehen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft aufzuklären. Der Vorstand wird ferner durch Flugblätter usw. die Interessen der Abonnenten der „Großen“ vertreten. Die Satzungen des Vereins bejagen in der Hauptsache folgendes: „Der Sitz ist Berlin; das Tätigkeitsfeld umfaßt Groß-Berlin. Der Verein erstrebt in erster Linie die Verbesserung der Verkehrsmittel in Berlin und den Vororten, die Verbilligung der Fahrpreise, die Einführung niedrig bemessener Abonnements und die Schaffung hygienischer und sozialer Einrichtungen zum Besten der Fahrgäste und des Betriebspersonals. Die Mittel sind vornehmlich: Errichtung einer Centralstelle für das Verkehrswesen, Eingaben an Behörden, Entsendung von Deputationen, Veranstaltung öffentlicher Versammlungen und Agitation der Presse. Als Mitglieder des Vereins können Behörden, Vereine und andere juristische Personen, sowie alle im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Personen ohne Unterschied des Standes und Geschlechts aufgenommen werden, welche sich zur Zahlung eines fortlaufenden vierteljährlichen Mitgliedsbeitrages von 50 Pf. verpflichten. Der Vorstand ist ermächtigt, unter Umständen Ermäßigungen einzutreten zu lassen. — Wir halten dafür, daß die „Große“ sich durch die Beschlüsse des Verkehrsvereins in ihrem Kampf gegen die Bevölkerung Berlins nicht im geringsten irren machen läßt. Und daher glauben wir ferner, daß der Verkehrsverein bald festig ent schlummern wird.

Generalarzt Schaper, der ärztliche Direktor der Charité, tritt am 1. Oktober in den Ruhestand, da er sich körperlich nicht mehr wohl genug fühlt, um den großen Anforderungen seiner Amtsgeschäfte gewachsen zu sein. Hermann Schaper wurde am 10. Dezember 1840 zu Elbing geboren. Im Jahre 1878 wurde er Leibarzt des Prinzen Albrecht von Preußen, der er heute noch ist. In demselben Jahre kam er nach Hannover und 1887 nach Braunschweig. Von hier aus machte er im Gefolge des Prinzregenten Reisen durch viele europäische Staaten. Zu Studienzwecken besuchte er namentlich Frankreich und Italien. Viel beschäftigte ihn unter anderem die Serumtherapie von Peching und Roux. Im Jahre 1892 wurde Schaper als Nachfolger Reibhauens ärztlicher Direktor der Charité. Hier nahm er einen hervorragenden Anteil an der Ausarbeitung der Pläne für die Neubauten. Sein Name wird mit der Umgestaltung der großen Heilanstalt auf immer verbunden bleiben. Neben seinen Amtsgeschäften entfaltete Schaper noch eine rege Tätigkeit in Vereinen usw. Im Verein für innere Medizin ist er Ehrenmitglied, im Centralkomitee des Roten Kreuzes und im Vaterländischen Frauenverein Vorstandsmitglied. Außerdem gehört er den Kuratorien von Bethanien, vom Augustahospital und vom Kaiserin Auguste Victoria-Haus in Weihensee an.

Das königl. statistische Bureau in der Lindenstraße wird, wie bereits im Sommer gemeldet und kürzlich offiziell bestätigt worden, im nächsten Jahre, in welchem dies Institut auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken kann, verlegt werden, weil die bisherigen Räume nicht mehr ausreichen, zum Teil auch wegen des zunehmenden Straßenlärms nicht mehr zweckdienlich erscheinen. In der gleichen Lage soll sich übrigens auch das altehrwürdige Kammergericht befinden, welches im Jahre 1794 in dieser „füllen Gegend“ entstand und 1890 umgebaut wurde.

Es bleibt beim Alten. Die gemischte Deputation zur Vorberatung über die Lage, bezw. die Neuordnung des höheren und mittleren Schulwesens in Berlin hat ihre Beratungen beendet und beschlossen, daß 1. keine der bestehenden höheren Lehranstalten geändert und 2. kein Reformgymnasium gegründet wird, 3. mit der Begründung einer 14. Realschule am Wedding, die die Fläche zwischen der Brunnenstraße und Moabit ausfüllen soll und 4. mit der Begründung einer königlichen Ober-Realschule im Zuge der Reuen Königsstraße und der Greifswalderstraße, deren Unter- und Mittelbau die Form einer Berliner Realschule erhalten soll, vorgegangen, und 5. eine Mädchengymnasial- oder Mädchen-Realgymnasial-Abteilung im Anschluß an eine höhere (bestehende) Mädchenschule errichtet wird. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten und erucht die Stadtverordneten-Versammlung um folgende Beschlusfassung: „Die Stadtverordneten-Versammlung hat von den Beratungen der gemischten Deputation zur Vorberatung über die Lage u. des höheren und mittleren Schulwesens in Berlin Kenntnis genommen. Sie erklärt sich mit dem gefaßten Beschlusse einverstanden.“

Wie anderswo, so hält Berlin auch im Schulwesen peinlich darauf, daß es nicht in den Verdacht gerate, in irgend einer Hinsicht neue Bahnen zu betreten.

Von den 1895 in Berlin gezählten Brunnen sind zahlreiche eingegangen und nur wenige neu angelegt. Im Jahre 1895 bestanden von 24 001 Grundstücken 17 657 oder 73 1/2 Proz. Brunnen, 1900 waren nur 70 1/2 Proz. aller Grundstücke mit Brunnen versehen. Die Zahl der Häuser nur mit Kesselbrunnen war von 11 640 im Jahre 1895 auf 11 458 im Jahre 1900 zurückgegangen, dagegen wiesen die Grundstücke mit nur abessigen Brunnen oder nur eigener Privatwasserleitung gegen 1895 eine Zunahme um 1,4 Proz. bezw. 1 1/2 Proz. auf. Verhältnismäßig am häufigsten waren die Brunnengrundstücke vertreten in der Luisenstadt, wo in dem jenseits des Kanals gelegenen westlichen Teil fast 60 von hundert Grundstücken mit Brunnen oder Privatwasserleitung versehen waren. Auch im westlichen Moabit, der Friedrichs- und Tempelhofer Vorstadt und im ganzen Stralauer Viertel betrug der Anteil dieser Grundstücke mehr als 89 Proz.

Güterverkehr auf Berliner Bahnhöfen. Anlässlich der außerordentlich großen Steigerung, die der Eisenbahnverkehr in letzter Zeit erfahren hat, teilt das Verkehrs-Bureau der Berliner Handelskammer folgendes mit: Die allgemeine Verkehrszunahme ist darauf zurückzuführen, daß infolge der durch die Trockenheit verursachten Behinderung der Flussschifffahrt ein erheblicher Teil derjenigen Güter, die sonst auf dem Wasserwege verschifft werden, den Eisenbahnen zugeführt worden ist. Die große Verkehrs Zunahme hat dazu geführt, daß die sofortige Laderechtfeststellung der auf den Berliner Bahnhöfen und Ringbahnhöfen eingegangenen Wagen und die pünktliche Auslieferung der Güter nicht immer möglich gewesen ist. Auch ist die Beförderung der eingehenden Güter auf einigen Strecken, so namentlich auf der Linie Eiserwerda-Berlin, verzögert worden. Wie der Berliner Handelskammer mitgeteilt wird, hat die Eisenbahnverwaltung alle Maßnahmen getroffen, um die hervorgerufenen Uebelstände zu beseitigen. Das Rangier- und Betriebspersonal ist verstärkt, es sind Bedarfszüge eingelegt, die Sonntagsruhe wird beschränkt. (1) Der Durchgangsverkehr, der die Berliner Rangierbahnhöfe stark belastet, ist zum Teil abgelenkt; auch sollen die für einige Stationen geplanten und bereits in Angriff genommenen Erweiterungen der Freiladeweise schleunigst ausgeführt werden. Diese Maßnahmen können jedoch nur dann wirksam sein, wenn die Empfänger auch ihrerseits befristet sind, die glatte Bewältigung des Verkehrs durch schleunige Abnahme der Güter zu unterstützen. Die Berliner Handelskammer empfiehlt daher allen Verkehrs-treibenden auf das dringendste, nicht nur die allgemein geltenden Entladefristen innezuhalten, sondern die Wagenladungen, wenn irgend angängig, in kürzester Zeit zu entladen. Falls die Bemühungen der Eisenbahnverwaltung, weiteren Verkehrsstörungen vorzubeugen, die Unterstützung der Interessenten nicht in dem erwarteten Maße finden, ist zu befürchten, daß die allgemeine Verab-sagung der Ladefristen auf sechs Stunden für alle Berliner Bahnhöfe und Ringbahnhöfe, eine Erhöhung der Standgelde oder die bahnsseitige Ausladung nicht rechtzeitig abgenommener Ladungen angeordnet wird. Andererseits darf aber angenommen werden, daß die Eisenbahnverwaltung die in Aussicht gestellte Erweiterung der Freiladeweise schleunigst durchführt.

Eine Fahrkule für das Droschkensubergewerbe ist durch die neue Droschkenordnung notwendig geworden, die den Befähigungs-nachweis für Droschkensührer fordert. Bisher wurden die Führer auf öffentlichen Straßen in der Nähe der Nordbahn ausgebildet; ein Verfahren, das mancherlei Uebelstände im Gefolge hatte. Von den Berliner Fußherren ist nun eine Fahrkulekommission gebildet worden, die die Berliner Stadtverwaltung veranlassen will, für die Errichtung einer zweitägigen Fahrkule für das Berliner Fußherren-Sorge zu tragen. Die Kommission will sich in einer Eingabe an den Magistrat wenden, worin gebeten wird, irgend einen städtischen Lagerplatz im Norden für die Zwecke einer Fahrkule freizugeben. Diese Forderung wird damit begründet, daß auch die Bürgerkassette Berlins ein erhebliches Interesse daran hat, daß die Berliner Führer gut ausgebildet sind, und daß die Fahrkule außer der Ueberlastung des Platzes keinerlei Zuschüsse der Stadt erfordern würde, was bei den Fahrkule verschiedenen anderer Gewerbe der Fall sei.

Zehntausend Mark aus dem Bureau einer Orts-Krankenkasse gestohlen. Eine Beute von zehntausend Mark machten Einbrecher, die in der Nacht zu gestern den Geschäftsräumen der Orts-Krankenkasse der Schneiderinnung in der Reuen Grünstr. 25 einen Besuch abstatteten. Dort fand Mittwochabend eine Vorstandssitzung der Innung statt, die sich bis Mittwochabend ausdehnte. Als nun gestern früh eine Frau sich anschickte, die Räume zu reinigen, fand sie die eisenbeschlagenen Nordtüren erbrochen vor. Ein Blick in das Raucherzimmer brachte die Gewißheit, daß hier Einbrecher gehaust und den eiserne Geldschrank demoliert hatten. Die von dem Vorstand benachrichtigte Kriminalpolizei stellte bald fest, daß hier mehrere „schwere Jungen“ an der Arbeit gewesen waren. Nachdem diese den eisernen Geldschrank etwas von der Wand abgerückt hatten, haben sie die eine Seitenwand durchlöchert. Zu diesem Zweck brachten sie mittels einer Stachlamme die Stahlplatte Zoll für Zoll zur Glühigkeit. Darauf wurde die Platte mit Hilfe eines scherenähnlichen Instrumentes solange bearbeitet, bis eine Öffnung von fast zwei Fuß Länge und genügender Breite herausgeschnitten war. Nun war ihnen die Plünderung des Geldschrankes ein Leichtes. Die Diebe mußten mit großer Vorsicht gearbeitet haben, denn nirgends ist im ganzen Hause ein Geräusch oder sonst etwas Verdächtiges wahrgenommen worden. Ob sich die Diebe abends haben in das Haus eingeschlichen lassen, oder ob sie die Eingangstür von der Straße mittels eines Nachschlüssels öffneten, ist noch nicht festgestellt. Vorläufig fehlt von ihnen jede Spur. Die Geschäfte der Krankenkasse erleiden durch dieses böse Vorkommnis keine Störung.

Eine Erkrankung an den schwarzen Tod ist in Berlin wieder festgestellt. Der 28 Jahre alte, kinderlos verheiratete Schlosser Theodor Schadow, Alderstr. 38, wurde vor einem halben Jahre von einem Leipziger Geschäft auf Montage nach Warschau geschickt. Vor acht Tagen nach Leipzig und Berlin zurückgekehrt, erkrankte er. Nachdem gestern der Arzt die Krankheit als schwarze Tod erkannt hatte, wurde Schadow unverzüglich nach der Charité gebracht und dort in einer Parade abgefordert. Alle Vorsichts-maßnahmen wurden sofort getroffen. Den Seitenflügel des Hauses, in dem der Kranke im ersten Stock wohnt, darf vorläufig kein Fremder betreten. Zwei Saugmannsposten sperren ihn. Frau Schadow ist gesund. In einer Vernehmung für die Allgemeinheit berichtet keine Veranlassung.

Ein deutscher Protestantentag soll vom 4. bis 7. Oktober hier in der Groß-Loge „Kögl. Hort“, Dorotheenstr. 27, tagen.

Kindersaubertung. Eine polizeiliche Durchsicht der Regelsbahnen hat in Berlin und den Vororten in den Abendstunden stattgefunden. Dabei wurden mehrfach Regelsungen unter vierzehn Jahren betroffen, die noch nach 7 Uhr abends beschäftigt wurden. Da dies einen Verstoß gegen das Kindersaubert-Gesetz bildet, haben die beteiligten Gastwirte polizeiliche Strafbefehle zu gewärtigen.

Ein aufregender Zusammenstoß zwischen einem Krankentransportwagen und zwei Straßenbahnwagen verursachte am Donnerstagmorgen in der Lindenstraße gegenüber der Reuenburgerstraße eine längere Verkehrsbehinderung und großen Menschenauflauf. Als der Krankentransportwagen des Garnisonlazarets in Tempelhof die Lindenstraße queren wollte, kamen von rechts und links zwei elektrische Straßenbahnwagen der Linie 64 Zoologischer Garten und 38 Kreuzberg-Gesundbrunnen. Beide Wagen fuhren in den Kranken-transportwagen hinein. Der Fahrer und der auf dem Bodensitz sitzende Passagier stürzten zwischen die Pferde, dem Krankenwagen wurde die eine Seite total zerschmettert, und die drei Insassen, ein Soldat der Luftschifferabteilung und zwei Infanteristen, erlitten durch Glassplitter verschiedene Verletzungen am Kopf und an den Händen. Sie wurden auf der nächsten Unfallstation verbunden und dann nach Tempelhof gebracht. Die Schuldfrage an dem Unfall ist noch nicht gelöst, die Angaben der Augenzeugen stehen sich diametral entgegen. Die Fahrgäste der Großen Berliner kamen mit dem Schrecken davon; auch die Pferde blieben unverletzt.

An die Rad- und Motorradfahrer Berlins erläßt der Deutsche Radfahrerbund folgenden Aufruf: In letzter Zeit sind verschiedentlich durch unvorsichtig drausuffahrende Rad- und Motorradfahrer Straßenunfälle verursacht worden, durch welche Fußgänger zu Schaden gekommen sind. Wenn auch diese Unfälle in Anbetracht der großen Zunahme, welche das Radfahren während der letzten Zeit in der Reichshauptstadt gefunden hat, erfreulicherweise im Verhältnis zu den durch andere Fahrzeuge verursachten Unfällen nur sehr geringfügiger Natur sind, wollen wir doch nicht unterlassen, die Rad- und Motorradfahrer Berlins und der Umgegend zu bitten, besonders jetzt, da der Herbst mit seinen glitschigen und schwierigen Straßen nahe, in jeder Beziehung die größte Vorsicht walten zu lassen, die von den Behörden gegebenen Vorschriften zu beachten und den Befehlen der Aufsichtsbeteiligten unbedingt Folge zu leisten,

damit das im Laufe der vielen Jahre so schwer erworbene Wohlwollen der Behörden nicht wieder verloren geht.

Eine aufregende Geschichte wird aus dem Hause Warshauerstraße 12 berichtet: Hier wohnte bei dem Tischler Adamschen Ehepaar seit drei Monaten ein Tischler Julius Weinberg aus Potsdam. Dieser war die letzten vierzehn Tage in Haft und kehrte vorgestern mit dem Aufstreichungsbescheide zurück. Als nun Adam um 10 1/2 Uhr nach Hause kam, machte ihm Weinberg den Vorwurf, er habe aus Eifersucht der Polizei mitgeteilt, daß er sich ohne Paß hier aufhalte, und auf diese Weise seine Ausweisung verschuldet. Darüber kam es zu einem heftigen Streit und einer Schlägerei. Als schließlich Weinberg mit gestücktem Messer auf seinen Gegner einbrang, sprang Adam, während seine Frau und sein neunjähriger Sohn um Hilfe riefen, aus dem Küchenfenster der im ersten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Schwer verletzt wurde er mit einem Rettungswagen nach der Charité, Weinberg dagegen nach der Revierwache gebracht.

Wir würden fragen, wie es kommt, daß ein Russe in Haft genommen und dann ausgewiesen wird, weil er keinen Paß hat, wenn nicht bekannt wäre, daß man sich unter dem Russen über nichts mehr wundern darf.

Sicherheitszuspäße in Berlins Umgebung. Ein Berichterstatter meldet: Als vorgestern ein junger Mann mit seiner Geliebten im Jagd 8 Spaziergang ging, begegnete ihm drei Stroche, die ihn anempfehlen und einen Streit vom Jaun brachen. Wahrscheinlich aus Angst vor Schlägen lief er davon und ließ seine Geliebte im Stich. Diese wurde nun trotz ihrer Hilferufe von den Strochen in das Dickicht geschleppt und vergewaltigt. Antidivener von Plönsen, die der junge Mann zu Hilfe rief, hörten bald das Mädchen schreien und fanden so die Spur der Begehrer. Als diese die Beamten kommen sahen, ergriff einer die Flucht, während zwei Widerstand leisteten. Einer von den beiden entkam dann auch noch, der dritte aber wurde überwältigt, festgenommen und nach Berlin gebracht. Hier stellte man ihn fest als einen 18 Jahre alten, obdachlosen Arbeiterburschen Hermann Ballach. Seine beiden Mitthäter will der Stroch nicht kennen. Er wurde gestern von der Kriminalpolizei nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. — Ein Muster von Mut und Ritterlichkeit scheint der junge Mann, der das Mädchen im Stich ließ, gerade nicht zu sein.

Feuerbericht. Ein großes Nachschußgebot wurde Mittwochabend infolge viermaliger Meldung nach der Raunynstr. 23 gerufen, weil hier dichter Rauch das Haus erfüllte und die Hausbewohner daher ein größeres Feuer befürchteten. Die Wehr konnte aber keinerlei Brandherd aufsuchen, stellte vielmehr fest, daß der Rauch lediglich vom Schornstein herrührte. Die Vöschlgelehrten infolgedessen nach kurzem Aufenthalt wieder in die Depots zurück. — Zur selben Zeit war in der Heimendorferstr. 204 in einer Wohnung durch Umfallen einer Petroleumlampe Feuer ausgebrochen, das Decken und Möbel ergriffen hatte. Die Gefahr konnte indes leicht beseitigt werden. — In der Swinemünderstr. 90 gab es einen Küchenbrand abzulösen, der neben Küchenschubeln auch den Fußboden beschädigte. — Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Jagowstr. 24, Köhlstr. 3 und noch nach einigen anderen Orten Alarmlösungen ein, doch handelte es sich in diesen Fällen durchweg um Brände, die ein besonderes Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Theater. Kno Holz erscheint am Sonnabend auf dem Lessing-Theater wieder, auf dem er schon einmal durch Dr. Wrohm zur Aufführung kam, nämlich bei einer Vorstellung der „Freien Bühne“ mit der in Gemeinschaft mit Johannes Schloß verfaßten „Familie Seelde“. Kno Holz ist teurer mit der Komödie „Socialistischer Kater“ herabgestiegen und gibt nun ein modernes Schauspiel „Traumulus“, bei welchem sein Mitarbeiter Oskar Jeske ist, mit dem gemeinsam Holz auch das Gedichtbuch „Deutsche Weisen“ veröffentlicht hat. — August Junfermann, der bekannte Reiter-Interpret, tritt heute, Freitag, aus Anlaß seines 50jährigen Bühnenjubiläums im Belle-Alliance-Theater ein kurzes Gastspiel als „Onkel Präsig“ an. Das Gastspiel ist auf nur drei Abende berechnet, also Freitag, Sonnabend und Sonntag. In der Vorstellung von „Onkel Präsig“ sind noch beschäftigt: die Damen Bradtz, Wannonius, Brahms und Bijaco und die Herren Paulmüller, Gordon, Winkler, Müller, Formes, Schlotthauer. Sonntagmorgen 1 1/2 Uhr geht zu halben Preisen „Die Dame aus Trouville“ in Szene. — Central-Theater. In der heutigen „Geisha“-Aufführung sind hauptsächlich beschäftigt: Mia Werber, Mia Weise, Karl Schulz, Rudolf Ander, Erich Deutsch und Emil Albes.

Vorträge im Kunstgewerbe-Museum. In den Monaten Oktober bis Dezember d. J. werden im Hörsaal des Königl. Kunstgewerbe-Museums öffentliche Vorträge gehalten werden, die durch ausgestellte Gegenstände und Abbildungen sowie durch Lichtbilder mittels des elektrischen Bildwerfers erläutert werden. Es werden sprechen: Dr. E. Schmederer-Meyer über „Die deutsche Buchillustration des XIX. Jahrhunderts“ Montagabends 8 1/2—9 1/2 Uhr; (Beginn: Montag, 10. Oktober). Dr. Otto Rimmel über „Japanische Kunst“ Freitagabends 8 1/2—9 1/2 Uhr; (Beginn: Freitag, 14. Oktober). Dr. Georg Swarzenski über „Die Hochrenaissance in Florenz“ Dienstagabends 8 1/2—9 1/2 Uhr; (Beginn: Dienstag, 11. Oktober).

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburger Konsumverein. Der Geschäftsbericht, der in der letzten Generalversammlung eingehend erörtert wurde, erstreckt sich diesmal nur auf 8 1/2 Monate, weil der Schluß des Geschäftsjahres vom 14. Oktober auf den 30. Juni verlegt ist. Der Umsatz im eignen Geschäft betrug im ersten Lager 23 545,45 M., im zweiten 25 218,15 M., im dritten 29 418,48 M., zusammen 108 182 M., wozu noch 5100 M. Umsatz im Lieferantengeschäft kamen. Der erzielte Bruttogewinn betrug 19 109 M. oder fast 16 Prozent des Umsatzes, die Umkosten 12 145 M. oder 10,7 Prozent des Umsatzes, so daß nach einer Abschreibung von 10 Proz. auf den Wert des Inventars ein Reingewinn von 5182,35 M. verblieb. Hiervon kommen 4531,28 M. zur Verteilung an die Mitglieder als Rückvergütung von 4 Proz. ihres Einkaufs, während der Rest den bestehenden Reservefonds, Dispositionsfonds, Produktionsfonds, Personal-Unterstützungsfonds und einem neu gegründeten Erweiterungsfonds überwiesen wurde. Der neue Fonds soll die Einrichtung neuer Geschäftsstellen erleichtern. Der Mitgliederbestand hat sich von 959 auf 1068 gehoben; 152 sind im Laufe des Geschäftsjahres neu eingetreten, 43 durch Tod oder infolge ihres Umzuges ausgeschieden. Die Genossenschaft gewährt das Bild eines zwar langsamen, aber ständigen Wachstums.

Räpencil. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte die Einführung des zum besoldeten Stadtrat gewählten Gerichtsassessors Rabarius. Abgelehnt wurde ein Antrag von Richterlöh in Höhe von 300 M., die vom Richter des Strandbades verlangt wurden. Der vom Brandunglück heimgeführten Gemeinde Hased wurden 200 M. bewilligt. Gegen eine Pacht von 8000 M. jährlich, die von 5 zu 5 Jahren um 500 M. steigt, wurde das Restaurant Marienlust am Langen See an Herrn Streichhorn verpachtet. Ein Antrag des Magistrats, von dem Bau einer Dienstwohnung für den Direktor der Realschule in dem neuen Schulgebäude abzusehen, ihm aber eine Mietschuldigung von 1200 M. zu gewähren, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Um eine bessere Verbindung zwischen Berlin und Steglitz zu erreichen, beabsichtigt der Steglitzer Kommunalverein eine Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten zu richten. Der Verein will die Wiederaufnahme der verfallenen Fahrzeit von zehn Minuten, die sich früher schon bewährt hatte, zu erreichen suchen, desgleichen Anwesenheitsfolge im Abgang der einzelnen Züge untereinander.

Die Verzweiflungsthat einer unglücklichen Frau und Mutter beschäufte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen versuchten Totschlages hatte sich die Tischlerfrau Meta Dhm geb. Verisch aus der Sussitenstr. 15 zu verantworten...

Dienstmädchen-Mißhandlung. Alle erdenklichen Mittel und Wege haben die Kaisermeister Köppchen Eheleute angewendet, um ein ihrer Ansicht nach zu Unrecht - gegen sie ergangenes Urteil wieder zur Aufhebung zu bringen. Im April vorigen Jahres hatte die vierte Strafkammer des Landgerichts I gegen die Angeklagten auf je 8 Wochen Gefängnis erkannt...

aufgetretenen Zeugnis auch keinen Glauben, sondern kam wieder zur Beurteilung der Angeklagten mit der Maßgabe, daß nicht gemeinsame, sondern nur einfache Körperverletzung vorliege. Die Strafe wurde wieder auf je drei Wochen Gefängnis festgesetzt. Die Stärkung des Volontums durch Gerichts- und Postzeitlichkeit wird in Preußen unausgesetzt betrieben. Im objektiven Verfahren hat am 23. April das Landgericht Posen auf Unbrauchbarmachung eines Kriegsbildes erkannt...

Am 13. August berichteten wir über eine schöffengerichtliche Verhandlung, in welcher der Schneidermeister Teltow verurteilt worden war, weil er in angetrunkenem Zustande bei einer in seinem Wohnhause existierenden Varnische mehrere Personen mißhandelt hatte. Herr Z. legt Wert auf die Feststellung, daß der Vorgang einige Zeit zurück liegt und daß inzwischen das Verurtheilte das Urteil abgeändert und nur auf 100 M. Geldstrafe erkannt hat...

und so weiter sind Vorkosten nicht unter dem jemals zwischen Arbeitern und Unternehmern existierenden Tarif herzustellen. Die hygienischen Vorschriften sind genau einzuhalten, die gesundheits-schädlichen und gefährlichen Arbeiten, wie Fäulen, Vorziehen und Fiberrichten, möglichst einzuschränken event. gänzlich einzustellen. Ferner unterstützt die Versammlung die auf dem Heimarbeitersongreß angenommene Resolution, da die Lage der Heimarbeiter der Branche tieftraurig ist. Der Verein der Zimmerer hielt am 18. d. M. in Wendisch Industriefabrik seine Monatsversammlung ab. Die Versammlung bewilligte zunächst der Metallarbeiter-Gewerkschaft 500 M. zur Fortführung ihrer Streiks. Im 2. Punkt der Tagesordnung beschloß sich die Versammlung mit der Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbegerichtsbeirathung...

Verfammlungen.

Mit dem schädigenden Einfluß der Wohlthätigkeitsanstalten und Gefängnisse

auf die Verhältnisse in der Vorkostenfabrikation beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung der Vorkosten- und Pinselmacher, die am 10. September im Gewerkschaftshaus stattfand. V. E. referierte. Er ging aus von den Klagen, die namentlich seitens der Anstaltmeister und selbständigen Vorkosten- und Pinselmacher auf ihrer letzten Tagung und auch sonst über den Betrieb des Vereins für Unfallverletzte in Berlin geführt wurden. Man könne ja verstehen, wenn die Unternehmer der Branche den Verlust der Kundschaft schmerzhaft empfänden. Er sei nun im Betriebe des Vereins für Unfallverletzte gewesen und habe sich über die Verhältnisse unterrichtet. Er müsse sagen, die Einrichtungen in der Werkstatt seien so, daß sich jeder Arbeiter der Branche ein Loß verdienen könnte durch Schaffung gleicher Betriebsbedingungen. Der von den organisierten Arbeitern aufgestellte Tarif werde innegehalten und die Verletzte, die hier Arbeitsgelegenheit erhalten haben, erzielten bei achtstündiger Arbeitszeit einen Verdienst, der verschieden sei je nach den Kräften und der schon erworbenen Geschicklichkeit der Beschäftigten...

Vermischtes.

Die Cholera. Aus Petersburg wird berichtet: Im transkaspischen Gebiet hat die Cholera in der Woche vom 11. bis 18. September im Vergleich zu der vorangegangenen Woche stark abgenommen; in Baku erkrankten am 12. September drei, am 17. September eine Person. Amerikanische Straßenbahn-Überraschung. Aus Metro in Massachussetts wird berichtet: Mittwochabend fiel aus einem Waggon ein mit 50 Pfund Dynamit gefülltes Paket heraus. Ein mit 22 Fahrgästen besetzter Wagen der elektrischen Straßenbahn stieß auf der Fahrt dagegen. Infolgedessen explodirte das Dynamit, wodurch der Straßenbahnwagen vollständig zertrümmert wurde. Neun Personen wurden getödtet und neunzehn so schwer verletzt, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Abgelehnte Begräbnung. Der Dienstheld Wilhelm Duvor war, wie wir seiner Zeit meldeten, wegen bestialischer Ermordung eines elfjährigen Mädchens auf dem Hagenhose bei Königslutter vom Schwurgerichte in Braunschweig zum Tode verurtheilt worden. Rummer hat der Prinz-Regent das Todesurtheil bestätigt. Die Hinrichtung des Mörders wird, dem Vernehmen nach, bereits morgen früh 8 Uhr auf dem Innenhofe des Arrestgefängnisses in Braunschweig durch den Scharfrichter Engelhardt-Magdeburg vollzogen werden. Elf Gebäude niedergebrannt. Aus Königsberg wird uns telegraphisch: Im Marktsiedens Friedhof bei Ortelburg sind gestern nachmittags elf Gebäude niedergebrannt. Die Löscharbeiten waren durch Mangel an Wasser erschwert worden. Eisenbahnunglück in Frankreich. Aus Grenoble wird gemeldet: Bei der Rückkehr eines Pilgerzuges aus Notre Dame de la Selette stürzte ein Wagen um, worin sich 36 Pilger befanden. Viele der Insassen wurden schwer verletzt. Vom Kampf gegen die Sprachverwirrung. Die „Köln. Jtg.“ schreibt: Die geualischen Gabelberger Stenographen spulen aus Anlaß des Internationalen Stenographentages in München wieder in den Mätern des deutschen Zeitungswaldes, und es ist erstaunlich, wie unansprechbar diese sprachliche Mißbildung ist. Frankfurter Würste. Schweinfurter Grün, Berliner Blau, Pfälzer Tabak, das alles hat seine Berechtigung - wenigstens grammatisch, denn die Endung -er zeigt hier eben die geographische Abtammung an, aber der „Gabelberger Stenograph“ ist ein Unling. Es giebt keinen Ort Namens Gabelberg, aus dem alle die zahlreichen Vertreter des größten deutschen Stenographiensystems stammten oder nach dem sie sich nannten, sondern der geniale deutsche Meister hieß Gabelberger, und man darf natürlich von diesem Eigennamen keinen solchen Gebrauch machen, als hätte der Systembezügler nur Gabelberger geheißen. Vollkommen richtig sind dagegen Bezeichnungen wie „Stenographenverein Gabelberger“ oder „Verein Gabelbergerischer Stenographen“ oder „Stenographen nach Gabelberger“, aber der „Gabelberger Stenograph“ ist und bleibt falsch. Er ist eine mißverständliche Wortbildung. Man kann ihm nämlich auch einigen Gesinnung abgewinnen, wenn er sich etwas sorgfältiger schreibt. Wir haben Wagnerfänger - warum sollen wir da keine Gabelbergerfänger haben? Oder, wenn man will, Gabelberger-Stenographen? Die einen singen nach Wagner, die andern schreiben nach Gabelberger, die Wortbildung ist genau so abseuerlich wie es ein „Wagner Sänger“ wäre, den aber giebt es Gottlob nicht. Briefkasten der Redaktion. Gießberg. Gemüthlicher Kranzthaler ohne Krone. - 2. 110. Das erfahren Sie durch die Adresse: Centralverband des Passagier-, Bade- und Krankenpflege-Verbands Deutschlands, Geschäftsstelle: A. Strauß, Berlin SO. 16, Reanderstr. 13. - Telephon. Werden Sie sich zunächst an den Vorsteher Ihres Postamtes, später an die Oberpostdirektion, Berlin O. 2 - W. 325. Erken Sie sich in Verbindung mit einem Seminarlehrer Ihres Bezirkes oder Ihrer Provinz. - 2. 10. Bitte, wiederholen Sie Ihre Anträge. - 2. 94. Eignet sich nicht für die Veröffentlichung. - Weidobachstraße. Die Anzahl konnten wir leider bisher nicht feststellen. - 2. 19. Das erfahren Sie durch jeden ordentlichen Bankier. Fragen Sie z. B. in der Deutschen Bank an, Ecke der Französischen- und Nauenerstraße. - 2. M. Reifenschnab Dag, Hauptstadt Amsterdam. - 2. W. Wir verzichten lieber über keine amtliche Quelle. - 99. Werden Sie sich beim Polizeipräsidenten am Alexanderplatz, Abteilung für Feuerwehr. - Alter Abonnent. Ebenso wie vorher unter Chiffre 99, Abteilung für Bekannendungen. - Steglitz. (Wette.) Dieser Hühnerstiel ist erlich, aber immer nur für den ältesten Sohn in der Familie. - 2. W. Rein. - 2. A. Rein. Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentag: 7 Uhr. W. A. 510. So wie die Sache jetzt liegt, ist eine Beschwerde und die Weiterverfolgung einer solchen ausgeschlossen. Sie hätten von der dänischen Behörde sich bezeugen lassen sollen, was für eine Bewandnis es mit dem Stuhl habe. Die unwahre Angabe Ihrer Frau berechtigt die Behörde zu besonderer Betonung Ihres schließlichen Mißtrauens. - U. 1. 1. Nur die Kinder, nicht der Ehemann, treten an Stelle ihrer Mutter als Erben ein. 2. Sie können Abstrich sich ertheilen lassen. - Glas 6. Sie müssen Ihre Forderung nach erworbener Volljährigkeit durch einen Anwalt beim Landgericht einbringen lassen. - Uter. Die Mutter kann das Kind zurückverlangen. - G. W. 76. Prüffel. 1. Wenn nicht schon auf Strafe (wahrscheinlich Geldstrafe) erkannt ist, so liegt Verjährung vor. 2. Ja. - G. W. 26. Eine Klage überläßt dürfte Aussicht auf Erfolg haben. - U. 2. 7. Unterweisung des Kindes bei Geschäft oder nachherige notarielle, gerichtliche oder handeltamliche Anerkennung und Antrag auf Umfriedung. - U. 2. 3. Der Erzeuger haftet für die aufgewendeten Verbringungs-sollen, ferner für die Alimante und endlich für die Erziehungs-kosten. Für letztere werden etwa 60 Mark, für die Alimante in Ihrem Falle etwa 30 bis 40 Mark insgesamt für angemessen erachtet werden. Der Lohn ist in der Alimantenhöhe pünktlich. Das Klagerrecht steht der Mutter zu. - U. 2. 18. Sind Sie noch minderjährig, so sind Sie an den Vertrag nicht gebunden. Sind Sie volljährig, so sind Sie an Ihr Abkommen an. Die moderne Schneiderin auch dann gebunden, wenn Sie das Nest für wertlos halten. Ob etwa aus dem Wortlaut des Schutzes, den Sie unter-schieden zu haben scheinen, ein Recht überläßt folgt, dem Vertrage zurück-zutreten, läßt sich ohne Kenntnis des Wortlautes des Schutzes nicht sagen. - U. 2. 21. Die gewünschten Testamenten-Drucke finden Sie auf den letzten drei Seiten des dem Arbeiterrecht beigesetzten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. - 2. 19. 1904. Rein

Vorzugs-Preise zum Umzug.

Teppiche

Saalgröße à 90, 65 u. 50 M.
Salongröße à 65, 40 u. 30 M.
Wohnzimmergröße à 35, 25 u. 20 M.
Sofagröße à 14, 10 u. 6 M.

Steppdecken

Excelsior-Cloth à 8, 6.⁵⁰ u. 4 M.
Seidenart. Lasting, doppelseit. à 12, 10 u. 8 M.
Wollatlas- à 10, 7.⁵⁰ u. 5 M.
Seiden-Atlas u. Serge à 18, 15 u. 12 M.

Läuferstoffe

Brüssel u. Tapestry 2.⁵⁰ u. 1.⁵⁰ M.
Velour 3.⁶⁰ u. 2.⁹⁰ M.
Holländer 1.²⁰, 80 u. 40 Pf.

Teppichhaus

Gardinen

Englisch Tüll per Fenster von 2.⁵⁰ M.
Brüsseler Tüll per Fenster von 4.⁷⁵ M.
Spachtel-Tüll per Fenster von 10.- M.
Erbstüll per Fenster von 12.- M.

Stores

Relief-Tüll von 2.⁷⁵ M.
Spachtel-Tüll „ 5.⁵⁰ M.
Band (Lacet) „ 7.- M.

Tischdecken

Wolle m. Franse à 5.-, 4.- u. 3.- M.
Tuch, gestickt, à 8.-, 6.-, 3.²⁵ M.
Plüsch mit Borde 7.- M.
Plüsch, gestickt, à 15.-, 12.-, 8.⁵⁰ M.

Portieren

Plüsch, gestickt, 2 Schals u. 1 Lambrequin von 10.- M.
Tuch, gestickt per Garnitur von 6.- M.
Velvet m. Tuchapplikation per Garnitur v. 18.- M.
Wolle, gestickt per Garnitur von 7.- M.

Diwanddecken

Karamani, doppelseitig mit Fransen 7.- M.
Velour-Frisé, doppelseitig 8.⁵⁰ M.
Plüsch-Moquette 30.- u. 24.- M.

Felle und Felleppiche

Chinesische Ziege mit Futter à 7.⁵⁰, 6.⁰⁰ u. 3.⁷⁵ M.
Angora, Lamm, Grösse 90x180 7.⁰⁰ M.
Dingo-Fell-Teppich mit Futter 6.⁷⁵ M.

B. Hurwitz Rotes Schloß

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Anserte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Anserte bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Ansertestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandteppichhaus Weidenweg 19. Spottbilliger Gardinenverkauf. 149*
Beuten, Bettwäsche, Bettlatten, Aussteuerwäpche, Spottpreise, Wandteppichhaus Weidenweg neuziehen. Verkaufzeit genehmigter Ladenschluss.
Geschworne Teppiche, Bettvorleger, Portieren, Steppdecken, Spiegel, Regulatoren, Freischwinger, Federbetten, Kissenwandwahl, spottbillig. Wandteppichhaus Weidenweg neuziehen. 149*
Spottbillige hochlegante Stores, Gardinen, Betten, Aussteuerwäpche, Tischdecken, Schlafdecken, Brautleuten wird gütliche Gelegenheit gegeben, im Wandteppichhaus Weidenweg 19 einzukaufen. 149*
Industriefabrik. Sommerpaletts spottbillig. 149*
Verfallene goldene Herrenuhren, Damenuhren, silberne Lohengraben, Damenketten, Herrenketten, Trauringe, Stegeln, Einlegungs-Gehäufte, Schmuckkästen, Jabelholz spottbillig. Wandteppichhaus Weidenweg neuziehen.
Verfallene Pländer jeder Art spottbillig, vorzügliche Betten, Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Anlette, Hemden, Uhren u. Wandteppichhaus, Rührerstr. 7.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Ringelstichen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpplerstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43 197*

Beuten, hochseine, 14,00, Rängestr. 53, IV. 1425b

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich im Lager viele zurückgegebene und verlassene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Bettlatten 27 Mark, Ausziehstuhl 16, Kuschelbetten mit Federmatratzen und Kissen 36, Tischensofa 50, Pannensofa 70, Badstühle 20, Kuchentisch 25, ganze Einrichtungen billig. Versand frei. 31/19*

Möbel. Ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung. Sicherer Resten bei ganz geringer Anzahlung zu billigen Preisen. Liefert die Möbel-fabrik August Krause, Schützenstr. 72, sein Laden, Verkauf vorn I und im Hofgebäude. 24818*

Teppiche mit Gardinen. Jahres-niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-fünftel Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Schillerstr. 40, Große Frankfurterstr. 56.

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 24968*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Verkauf, Gollnowstr. 26. 23638*

Nähmaschinen, neue bis 10 Mark, mer Teilzahlung Nähmaschine läuft oder nachweis. Alle Systeme, Woche 1,00. Postkarte erbeten. Lieferung sofort. Borchert, Hornbeckerstr. 50. *

Waschmaschinen! Einloggschloffer! 0,80. Inwellochschloffer! 0,00. Dreilochschloffer! Gasdrücken! 0,00. Gasdrückapparat! Gasdrücken! spottbillig! Wohlfahrt, Wallnertheaterstr. 32. 25198*

Bronzegastronen! dreiflammig! 6,00. Gaslösen 11,00. Schmelz-Gasbeleuchtung spottbillig. Wohlfahrt, Wallnertheaterstr. 32. 25198*

Gefäßen, gebrauchte, neue 2,00 an. Dauerbrandöfen 11,00. Gabeln, Kochmaschinen 14,00. Gasöfen 6,00. Schröder, Dörfstr. 43. *

Steppdecken billig! Fertig Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Rekonstruktion, ausgehend, Vereine, umständlicher billig verkauft. Drömer, Driegerstr. 2. 1379b

Wandteppichhaus, Quadratur neben Markt, verkauft Schulz, Rixdorf, Lenaustr. 12/13. 12885*

Verkauf sofort zwei Kleider-schränke, Bettlatten, Bettlatten, Kleider-schränke, Schilde, Schmelz-trument, vollständige Küchen-Einrichtung (auch einzeln) spottbillig. Waldemarstr. 27, vorn I. 32/13

Möbel, elegante 5 Zimmer, gut erhalten, verkauft spottbillig, auch einzeln, Händler werden, Minienstr. 107/108 I links. 32/10

Knobverkauf von Möbeln wegen Aufgabe der Tischlerei, Admiralstr. 7 Hof I. 32/12

Taschensofa, 50 Mark, sechs Leder-schilde, spottbillig, Straußbergerstr. 6a, Hof parterre. 32/9

Schuhgeschäft, gut gehend, so-fort zu verkaufen. Zu erfragen Waldemarstr. 21, Schlichterladen, und Expedition, Rögnerstr. 24. 1107*

Milchgeschäft verkauft sofort billig. Hornbeckerstr. 59. 131*

Selten wiederkehrende Gelegen-heit: Polstermöbel 2,50, große Spiegel 4.-, Küchenschrank 2.-, Näh-maschine 14.-, elegantes Tischensofa 45.-, echt Kirschbaum furnierter Kuschelsofa 38.-, Bilder 2.-, Perlesteppich 5.-, Steppdecken, Simliedene, Handarbeit, 6.-, komplette Kuschelbetten 33.-, für Bekannte auch Sonntags. Köpplerstr. 29a, I. 1444b

Seifengeschäft, gutgehendes mit Rolle, frankfurterhalb zu verkaufen. Koabstr. 13. 1116

Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Jähr-licher Garantie. Unterricht im Sticken, Stopfen gratis. Köpplerstr. 6, Alsterstr. 113, Belle-alliancestr. 78, Frankfurter Allee 10.

Fahrrad, elegant, spottbillig Bienerstr. 37, Restaurant. 1454b

Möbelspeicher! Möbelspeicher! Große Auswahl! Empfehlenswert für Brautleute komplette Einrichtungen, auch einzeln, zu billigen Preisen, Säulenstühle, mahdum 50,00, Regentrommel, Plüsch-Tischensofas 45,00, Schreibröhre, reelle Bestellen, Kuchentisch 27,00, Ginge Polster-matratze, Brunnenstr. 30. 1442b

Verkauf gutes Bett, Gardinen, Ledergardinen, Stores, Gasöfen, Tischdecken, Teppich, zwei elegante Steppdecken. Nannstr. 52 I links.

Spiegelverstoß, Regentrommel, Kuschelsofa schenken! Verkauf! Gängegeschloffer! Brunnenstr. 77.

Säulenstühle, Bänderständer, Kuschel-sofa, große Badstühle ver-lauft. Damm, Wallnertheaterstr. 28.

Kleiderstoffe, schwarz und farbig, Reife jeder Größe, Geldereste spottbillig! Hochstr. 76, Charlottenburg. Klein Laden. 144/14

1 Spiel Kristalline-Bälle, sehr gut erhalten, spottbillig zu verkaufen. Schönholzerstr. 12, Laden. 1447b

Sie wissen nicht, wo Sie Ihren Winterpaletot kaufen sollen? Ratlosig bei Schlegelinger, Lurmitzstr. 85.

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurze Str. 11, 1. Etage. Erfahrener Prozessbeistand! Eheverträge, Inter-ventionen, Strafsachen! Eingaben-gehalte! Raterteilung. 121/9*

Rechtsbureau! (Alexander-Platz), Grünerweg vierundneunzig. Lang-jähriges! Erfolgreichstes! 1426b*

Bahr wohnt Brunnenstr. 116.

Kaufhäuser! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auhrem Hause. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 23638*

Wandteppich, Brunnenstr. 63, Ecke Annenstr., täglich 8-8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 26128*

Fahrradverkauf, Kuhn, Köpplerstr. 63. 30/19

Fahrradverkauf, Möbel, Pianino, Beleuchtung, Nagel, Schöndorfer Allee 163a. 23938*

Goldschmied, Silber, Jahngebläse, Platin, alte Uhren, Emailpapier verkauft. Schneider, Brunnenstr. 137, Eingang Bernauerstr., Gold-schmied. 1372b

Bandwürmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kostet a 2 Mark. Linnaea, Invalidenstr. 105.

Saal! Festlichkeiten, Vereine. Vereinszimmer, Amentstr. 16. *

Vereinszimmer, renoviert, vierzig Personen, Pianino Kommandantenstr. 65. 24828*

Rechtsbureau! Brunnenstr. 63, vierzigjähriger Prozessbeistand, Eingabengehalte, Raterteilung. (Aller-billigst!) 1446b*

Die Beleidigungen gegen Frau Schneider nehme ich hiermit unter Bedauern des Vorfalls zurück. Frey Road. 14/17b

Bitte! Zur Anschaffung von Kollegers Karten für die Bibliothek der vereinigten Gewerkschaften in Druck a. d. Kur bitte die Leitung derselben wohlhabende Parteifreunde um die dazu nötigen Darzettel, eventuelle Sendungen an Ferdinand Haberl, Druck a. Kur, Bismarckstr. 5. 14386b

Herrliche Vereinszimmer, Kauf-schloß, Gerichtr. 71. 1192*

Vereinsaal für Gesang, Theater, Sportvereine noch zwei Tage frei. Invalidenstr. 146. 1107*

Suche gutgehende Arbeiterrekonstruktion Kultur Küche, Rarkyaten-damm 16, O. 17. 14466*

Bräute Lohse mit Inhalt, Pa-diers, verloren. Gegen Belohnung abzugeben. Kalmowski, Verband deutscher Hotelbediener, Weidenbamm 1.

Vermietungen.

Lagerkellereien für Maler, Spirituosen, Brennmaterialien spottbillig. Alsterstr. 25a. 132*

Wohnungen.
Stube, Küche, Korridor 2,50 und 21,00 Mark. Stralauer Allee 90. *

Kleine Wohnungen Müllerstr. 129.

Wohnung 8, nahe Oberbaum, ist vom 1. Oktober Hof-Parterre-wohnung von 2 Stuben, Küche und Zubehör für 22,50 Mark zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. *

Gartenhofwohnung, 2 Stuben, Küche, Gasanlage, spottbillig Alsterstr. 25a. 132*

Zimmer.
Verlees Vorderzimmer, 2 Treppen, vermietet. Schloßstr. Gerichtr. 71, Hornbeckerstr. 7. 132*

Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle, 9,00 Mark, Kaffee, Pian, Gerichtr. 71, 1453b

Mietsgesuche.
Möbliertes Zimmer, 1. 10., suchen zwei Handwerker im Süden oder Süd-westen. Offerten unter „K. St. 99“ Postamt 13. 1433b

Herr sucht möblierte Schlafstelle (allein) S. oder SO. Seemanns, Reichensbergerstr. 48, vorn IV.

Klavierspieler, Geiger, sucht Musikverein Alsterstr. 86. Neben-beruf. Übung Freitag 9. 1107

Granitblecher auf einige Tage gelocht. Granitwerk Seidenfels, Tempelhofer Ufer 27. 1433b

Kreisjägerschreiber auf Rufen, Lohn 36,00, verlangen Puhlmann u. Schulz, Beuthstr. 2. 1436b

Gesangsverein sucht Dirigenten für Dienstags, Wedungen bei Wetter, Schillerstr. 32, vorn IV. 1439b

Schildermaler, lotter, jüngerer, dauernd sofort verlangt. Wilms Pinner u. Co., Köpplerstr. 71a.

Im Arbeitsmarkt durch Besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige Möbeltischler nach Schweden für polierte Arbeiten können dauernde und gut bezahlte Arbeit bekommen im H. P. Smiths Fabrik, Malmö, Ostra Langgatan 18. 31/18*

Deutscher Berufsvorbereiter u. mehrere deutsche Arbeiter schon beschäftigt. Klein Komilit.

Schmiedemeister wird in einer großen Waggonfabrik ersten Ranges aufgenommen. - Nur die Offerten jener Bewerber werden berücksichtigt, die in Waggonfabriken längere Zeit gearbeitet haben und mit dem Schmiedewesen vollkommen vertraut sind. - Offerten sind unter J. 2 in die Expedition dieses Blattes zu senden. 4052*

Arbeiterinnen. Abbremerinnen für Glühkörper werden sofort gesucht von der **Kuer-Gesellschaft**, Alte Jacobstr. 139.

Detacheuse für Antwerpen wird gesucht. Zu erfragen bei Engel, Kuhlenstr. 46, Duer-genbände IV. 1433b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Humorist Schmelzer, Rögnerstr. 10. 1309*

Humorist Bogdanowitsch, Huns-dorferstr. 9. 1107*

Humoristen Ladmann und On delich frei, Wallnerstr. 35, I. 14166*

Stellenangebote.
Chemigraphie. Hönader zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Chiffre H. 2 an Expedition dieses Blattes. *

Schlossergehilfen verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 1381b

Bauschlagelager verlangt zu Laci-brellen Schlosserei R. Blume, Char-lottenburg, Schillerstr. 97. 1382b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Humorist Schmelzer, Rögnerstr. 10. 1309*

Humorist Bogdanowitsch, Huns-dorferstr. 9. 1107*

Humoristen Ladmann und On delich frei, Wallnerstr. 35, I. 14166*

Stellenangebote.
Chemigraphie. Hönader zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Chiffre H. 2 an Expedition dieses Blattes. *

Schlossergehilfen verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 1381b

Bauschlagelager verlangt zu Laci-brellen Schlosserei R. Blume, Char-lottenburg, Schillerstr. 97. 1382b

Verschiedenes.

Tanzschule Graue, Kantenstr. 16. Sonntagshurte 3,00, Dienstagshurte 1,50 (Monat) 1232b

Patentanwalt Dammann, Dren-nenstr. 57, Rortzplatz. Rat in Patent-sachen bis abends acht 1374b

Unfall-sachen, Raterteilungen, Ein-gabengehalte, Strafsachen, Leich, Brunnenstr. 97 (Wollmanndamm). *

Unfall-sachen, Rechtsbureau Huber-Steiglerstr. 14, fünfundsechzig, 2373a*

Geschäftsführer-Gesuch.

Das Offenbacher Gewerkschaftshaus sucht baldigst einen mit Küche und Wirtschaftsbetrieb durchaus erfahrenen energischen Geschäftsführer. Derselbe muß perfekte Buchführung verstehen sowie kautionsfähig sein. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind baldigst zu richten an den Vor-sitzenden Julius Wolff, Offenbach am Main, Große Marktstr. 23. 3962*